

# Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

9 | 2018 € 5,50



## Fremde Heimat

Migration und Integration

Christine Kurmeyer | Wolfgang Thierse |  
Karin Nink | Otfried Höffe |  
Ulrike Heitmüller | Paul Collier |  
Thomas Meyer | Beate Tröger |  
Sascha Krannich

Mitten im Sommerloch eine parteiübergreifende Initiative der Linken mit dem Namen »#aufstehen«, die von anderen Erfolgsmodellen zehren möchte. Überraschen kann daran nur, dass gerade dessen Initiatoren – Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine – die große Resonanz gelang. Es stimmt ja, dass die entschiedenen Anhänger/innen einer sozialen Demokratie in der SPD, bei den GRÜNEN und in der Linkspartei, wenn sie nur wirklich gewollt hätten, schon in der vergangenen Legislaturperiode ihre Parteien heftiger zu einer politischen Bündelung der Kräfte hätten drängen können. Damit wäre ein Regieren diesseits der Union in Deutschland vielleicht ermöglicht worden. Es darf aber nicht vergessen werden, dass es schon seit Längerem an Netzwerken, Instituten und Plattformen für ein solches Projekt keineswegs fehlt, auch nicht an gemeinsamen Projekten. Das (Drei-Parteien-)»Institut Solidarische Moderne« sticht dabei hervor. Das waren Gründungen »von unten«, immer mit namhafter Beteiligung aus allen Revieren und, was die Papiere und Beschlüsse betrifft, nicht ohne konzeptionelle Kraft. Das war alles gut gedacht und überwiegend auch ganz gut gemacht. Es hat aber, außer den Kontakten selbst und dem »Beweis«, dass die beteiligten Parteiminderheiten ganz gut miteinander könnten, nichts Handfestes gebracht. Schade eigentlich. Nicht hervorgetreten sind bei diesen jahrelangen Bemühungen allerdings die Aktivist/innen der jetzigen Initiative, denn dort hätten sie sich einreihen müssen, weil andere vorangegangen waren. Und nun ein Versuch »von oben« mit zwei Gallionsfiguren, die bis dahin eher im Bremserhäuschen saßen. Dennoch, der Gedanke eines mitte-linken Gesamtmilieus zur Erarbeitung der Konturen einer gemeinsamen Politik und zum Aufbau von Vertrauen, bleibt richtig. Erfolg kann er nur haben, wenn eine aktive Mitgliedschaft jedem (sehr naheliegenden) Versuch widersteht, das Ganze zur weichen Variante einer autoritär geführten »Bewegung« gegen die eine oder andere der drei Parteien werden zu lassen, sodass »die Linke« am Ende gespalten wäre denn je, mit vier politischen Akteuren statt drei. Dazu in dieser Ausgabe eine Glosse.



Schwerpunktthema ist ein weiteres Mal die Integration, denn erst allmählich klärt sich konzeptionell, und noch allmählicher auch politisch-praktisch, welches die Voraussetzungen eines solch komplexen Projekts von historischer Dimension für Deutschland und die EU eigentlich sind. Der in einigen Massenmedien noch immer dominierende Jubelton (»Wir schaffen das schon«) ist dabei keine Hilfe. Was nun nützt, ist eine empirische Wende, die dem humanen Impuls gleichwohl die Treue hält. Erst langsam zeichnen sich deren Konturen ab.

*Thomas Meyer*



Folgen Sie uns auf: [www.facebook.com/NeueGesellschaftFrankfurterHefte](http://www.facebook.com/NeueGesellschaftFrankfurterHefte)  
Die NG|FH können Sie auch digital lesen, im Browser oder als App: für PC/Mac, Smartphone und Tablet.

---

1 Editorial

---

**Essay**

5 *Heimat ist mehr als funktionierende Infrastruktur*  
Wolfgang Thierse

---

**aktuell.hinterfragt**

11 *Iberischer Hoffnungsschimmer für Europas Sozialdemokratie*  
Gero Maass

14 *Die Glosse: Linke Stammtisch-Bewegung*  
Karsten Rudolph

16 *Vor 70 Jahren erschien die erste Ausgabe des »Neuen Vorwärts«*  
Karin Nink

---

**Migration und Integration**

19 *Konstruktive Integrationspolitik für geflüchtete Frauen*  
Christine Kurmeyer

23 *Wie sich Religion auf den Integrationsprozess auswirkt*  
Ulrike Heitmüller

27 *Migrant/innen im Zwiespalt der Identitäten*  
Baha Güngör

30 *Asylpolitik neu denken*  
Paul Collier

35 *Wie ein kohärentes Zuwanderungs- und Integrationsgesetz aussehen könnte*  
Sascha Krannich

40 *Integration – Einsichten und Fallstricke*  
Thomas Meyer

## online/offline

---

- 45** *Digitalisierung, Sozialdemokratie – und der Wunsch nach einer »lebenswerten Zukunft«*  
Aleksandra Sowa

## Soziale Demokratie

---

- 48** *Für mehr Realismus in der Migrations- und Integrationsfrage*  
Nils Heisterhagen
- 52** *Der Sinn von Solidarität*  
Otfried Höffe

## Kultur und Kritik

---

- 57** *Heimat – eine gefährdete und gefährliche Utopie*  
Johano Strasser
- 63** *Wie freies Sprechen das Denken beflügelt*  
Martin Tschechne

- 
- 66** *Mit dem Übermenschen zur Republik?*  
Dirk Klose

- 
- 68** *Irmgard Keun in einer Werkausgabe*  
Wolf Scheller

- 
- 71** *Publikationen zum Protest gegen den Hamburger G20-Gipfel*  
Ulrich Baron

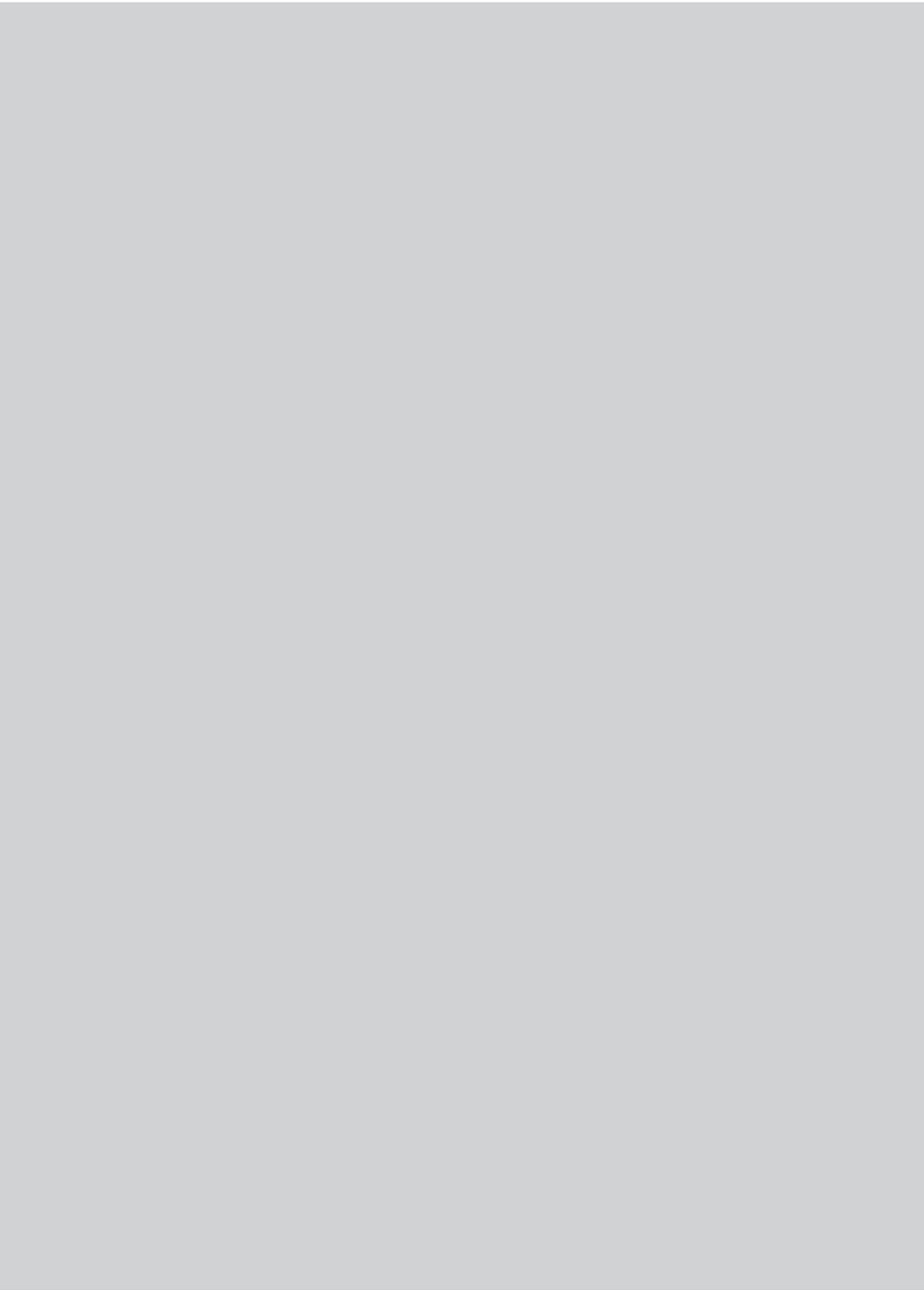
- 
- 74** *Über die Rolle des Biografischen in der Literatur*  
Beate Tröger

- 
- 77** *Die Widerstandstätigkeit des Berliner Juden Martin Monath*  
Peter Brandt

- 
- 80** Impressum

Titelfoto: Reuters/Stefanie Loos/Spielende Kinder in einer Berliner Unterkunft für Geflüchtete, die sich auf Frauen und Familien konzentriert, 3. März 2016

Die übrigen Bilder dieser Ausgabe stammen aus einer Fotoreportage über das Containerdorf für Geflüchtete im Berliner Stadtteil Treptow-Köpenick.



Wolfgang Thierse

## Heimat ist mehr als funktionierende Infrastruktur

Warum reden gegenwärtig so viele Menschen über Begriffe (und Realitäten), die bis gestern ebenso vielen als kontaminiert erschienen, ja beinahe mit einem Tabu belegt waren? Heimat, Nation, Identität: Der Blätterwald rauscht, das Feuilleton bebt, Bücher und Artikel erscheinen, in denen mit lange nicht mehr erlebter Intensität über diese Begriffe verhandelt und gestritten wird. Und Politiker/innen von der Mitte bis rechts außen mischen mit. Zur erneuten Großen Koalition gehört auf Bundesebene – man staunt – ein Heimatminister. In der *Süddeutschen Zeitung* sprach Gustav Seibt von einer Fieberkurve des Heimatbegriffs. Und selbst auf Seiten der Sozialdemokratie regt sich eine neue Aufmerksamkeit für die bisher eher verschämt-verdrängte Thematik (vgl. Marc Saxers Beitrag in der *NG|FH* 4/2018). Was ist passiert?

Im April veröffentlichte das Institut für Demoskopie Allensbach die Ergebnisse einer Umfrage zu diesem Thema in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Sie sind von überraschender Eindeutigkeit: »Heimat« ist kein Begriff des rechten politischen Randes. Heimatverbundenheit ist bei Anhänger/innen aller politischen Parteien annähernd gleich stark (mit Ausnahme der GRÜNEN), Heimatliebe ist offensichtlich keine Frage der parteipolitischen Orientierung. Auch 76 % der SPD-Wähler/innen fühlen sich ihrer Heimat stark verbunden. Bei »Heimat« denken die Befragten vor allem an Kindheit (87 %), an Familie (87 %), an Freunde (84 %), des Weiteren an alte Zeiten (75 %), an Geborgenheit (72 %). Mit Spießigkeit, mit Zwang und Enge verbinden nur 20 % der Befragten den Heimatbegriff. Ein insgesamt freundlicher Befund, der alle Aufregung zu widerlegen scheint.

Aber die aufgeregte Debatte gibt es ja trotzdem. »Heimat« ist zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen und neuer intellektueller Aufmerksamkeit geworden. »Wir dachten, wenn wir für Wohlstand und Demokratie arbeiten, dann sind alle happy. Aber so einfach ist es offenbar nicht«, sagt die Schriftstellerin Juli Zeh mit Blick auf den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl der *Berliner Zeitung* und drückt damit eine – durchaus sozialdemokratisch getönte – Betroffenheit aus, um dann eine Erklärung zu versuchen: »Wir erleben eine tiefere Identitätskrise. Wenn man nicht weiß, wer man ist, dann versucht man, sich abzugrenzen, z. B. von Einwanderern. In den vergangenen Jahren wurden unter dem Stichwort Emanzipation viele Gewissheiten über Bord geworfen, auf denen sich sozialer Zusammenhalt

stützte. Das war auch richtig. Es wurde allerdings nicht daran gedacht, dass das den Einzelnen überfordern kann, wenn ein Gott, eine Gruppe, ein Patriarch fehlt. Man sucht Rückzugsräume, das kann die Familie sein oder auch die Nation.« Das ist wohl ein zutreffender Befund, für den es Gründe gibt.

Grundsätzlich: Etwas wird wichtig, wenn es nicht mehr selbstverständlich, wenn es bedroht ist. Das gilt insbesondere für diesen so emotionalen und vertrauten wie historisch belasteten und leicht zu missbrauchenden Begriff Heimat. Die radikalen Veränderungsprozesse, die von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgrenzungen, die der Begriff Globalisierung zusammenfasst, die Migrationsschübe, die Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation, die Ängstigungen durch Terrorismus, Gewalt, kriegerische Konflikte, insgesamt das Erleben einer »Welt in Unordnung« – das alles verstärkt auf offensichtlich dramatische Weise das individuelle und kollektive Bedürfnis nach neuen (und alten) Vergewisserungen und Verankerungen, nach Identität, nach Sicherheit, eben nach Beheimatung. Die Bewältigung dieser Umbrüche ist – individuell wie kollektiv – vor allem auch eine kulturelle Herausforderung. Heimat wird als eine kulturelle Größe darüber hinaus zu einem umkämpften politischen Thema. CDU/CSU haben es begriffen. Innen- und Heimatminister Horst Seehofer schreibt in der *FAZ*: »Für mich ist der Begriff der Heimat zentral, weil er in seiner Vielfältigkeit weniger streitbelastet ist als Leitkultur oder Nation«. Die AfD betreibt nationalistische und völkische Politisierung des Heimatbegriffs.

### **Und die Sozialdemokratie?**

Sie sollte wissen, dass die Gefühle der Unsicherheit, der Gefährdung des Vertrauten und Gewohnten, der Infragestellung all dessen was Halt gibt und Zusammenhalt sichert, bei denen besonders stark sind, die die SPD wählen oder gewählt haben. Es sind ja nicht die kosmopolitischen Eliten, die Libertären, die auf den Wellen der Globalisierung Surfen, die Modernisierungsschübe erfolgreich Meistern, die Entheimungsbefürchtungen und Entfremdungsängste empfinden. Es sind die Anderen, die die Veränderungen durch die Globalisierung und durch »das Fremde« und »die Fremden« als Gefährdung ihrer vertrauten Lebenswelt, auch als sozialen Verteilungskonflikt erfahren. Das muss die Sozialdemokratie angehen!

Ängste sind soziale und politische Realitäten. Man überwindet sie nicht, indem man sie für dumm oder einfach unbegründet erklärt. Ängste kann man auch ausbeuten und parteipolitisch instrumentalisieren, die AfD schafft das ziemlich erfolgreich. Man kann sie aber auch ernst nehmen und beantworten, also die ängstigenden Probleme zu lösen versuchen. Das müsste – eigentlich selbstverständlich – der sozialdemokratische Weg sein. Für Sozialdemokrat/innen sollte das heißen: Das aktuell drängendste, die Gesellschaft am stärksten spaltende Problem – die Integration der großen Zahl von Geflüchteten – verlangt eine doppelte Perspektive, muss als doppelte Aufgabe begriffen und zu lösen versucht werden: Die zu uns Gekommenen sol-

len, sofern sie hier bleiben wollen und können, heimisch werden im bisher fremden Land – und den hier Geborenen soll das eigene Land nicht fremd werden, sondern heimisch bleiben.

Heimisch werden, heimisch sein heißt, die gleiche Chance zur Teilhabe an den öffentlichen Gütern des Landes zu haben, also an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Kultur. Es heißt, menschliche Sicherheit und Beheimatung zu erfahren, was mehr ist als Politik allein zu leisten vermag, sondern Aufgabe vor allem der Zivilgesellschaft ist, ihrer Strukturen und Gesellungsformen, von deren Einladungs- oder Abweisungscharakter, also von unserem Engagement, unserer Solidarität als Bürger/innen des Einwanderungslandes Deutschland abhängt, ob Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft zu werden vermag.

Ob das gelingt, ist allerdings nicht nur Sache des guten Willens, des Edelmutts der Bürger/innen. Der Staat ist in allen seinen Facetten gefordert, die praktische Problemlösung der Aufnahme und Integration so vieler Geflüchteter zu bewältigen. Dabei muss man wissen und darf es – auch als Sozialdemokrat – aussprechen: Je größer die Zahl der zu uns Kommenden, umso größer die Integrationsprobleme. Deshalb sind ja fast alle verantwortlichen demokratischen Politiker/innen der Meinung, dass Regelungen und eben auch Begrenzungen der Zuwanderung unvermeidlich sind. Der Streit geht darüber, wie das politisch vernünftig, rechtlich einwandfrei und menschlich anständig gelingen kann. Und dieser Streit ist auch unvermeidlich.

Kann man, sollte man, zumal als Sozialdemokrat/in, Heimat zu einem »Projekt« machen – über das notwendige Beheimatungsprojekt für die zu uns gekommenen Geflüchteten hinaus? Marc Saxer jedenfalls spricht davon in dieser Zeitschrift und ich stimme ihm ausdrücklich zu. Die Schwierigkeiten allerdings sind immens: Inwieweit kann und soll man Heimat (und was an ihr) zum Gegenstand von Politik machen, wie sie zum Ziel politischen Handelns machen, ohne übergriffig zu werden? Ohne sich den Gefahren von Ideologisierung und falscher Politisierung von Heimat auszusetzen, die wir aus unserer deutschen Geschichte kennen! Heimat ist doch wirklich mehr als die materielle und soziale Infrastruktur, um die Politik sich wahrlich zu kümmern die ständige Pflicht hat!

### **Was bedeutet »Heimat«?**

Heimat meint ja den immer kulturell geprägten Raum der Vertrautheiten und Geborgenheiten, der emotionalen Bindung und Identifikation, der Anerkennung und Wertschätzung, der Selbstverständlichkeiten und Zuordnungen. Heimat meint die Kenntnis von Ort, Herkunft und Geschichte, die Erfahrung von Gemeinschaftlichkeit, des Geworden- und Geprägtseins und meint zugleich eine Hoffnung in die Zukunft hinein. Sie ist immer auch ein Sehnsuchtsort, wie Ernst Bloch es am Schluss seines monumentalen Werks *Das Prinzip Hoffnung* unübertrefflich formuliert hat: »Was allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war.«

Wie viele Erinnerungen, Erlebnisse, positive Gefühle verbinden sich mit dem Wort Heimat, gar mit einem emphatischen Begriff von Heimat! Und wie sehr entzieht er sich handlicher, operationalisierbarer Definition. Johann Gottfried Herder schrieb: »Heimat ist der Ort, wo ich mich nicht erklären muss.« Deshalb ist Heimat wohl auch etwas, das man nicht gänzlich rational erklären, sondern eigentlich nur erzählen kann – in Geschichten, so vielfältig und bunt, wie die Menschen sind. Heimat gibt es eigentlich nur als je meine, je unsere Heimat, nur im Plural, als Heimaten. Man kann sie nicht erzwingen oder gar verordnen. Was soll da »Heimatpolitik« leisten und zustande bringen? Wenn sie das alles freilassen, in Freiheit lassen will, und vernünftigerweise freilassen sollte.

Unterstellt man, wovon ich überzeugt bin, dass alle Menschen (gewiss unterschiedlich intensiv) das Bedürfnis nach Beheimatung haben, dann gibt es eine politische Verantwortung dafür, dass Menschen (möglichst viele, im Idealfall alle) heimisch werden und heimisch sein können, dass sie die Chance zur Beheimatung erhalten, dass ihr Beheimatungsbedürfnis erfüllt werden kann – in unserem Land als dem Verantwortungsbereich deutscher Politik. Eine solche Vorstellung von Heimat als (im weitesten Sinne des Wortes) politische Aufgabe der Beheimatung nimmt dem Heimatbegriff alles Starre, Konservative, Reaktionäre. Heimat als Prozess von Beheimatung(en) ist dann weder sozial noch ethnisch noch religiös exklusiv. Ein solcher, »linker« Heimatbegriff zielt auf die Kräfte und Dimensionen von Beheimatung, macht diese zum Gegenstand politischer und kultureller Aufmerksamkeit und politischen und kulturellen Handelns.

### **Sozialdemokratische Beheimatungspolitik**

Dann kümmert sich Politik um die wesentlichen Beheimatungsdimensionen von Menschen, die der politischen Gestaltung und Förderung zugänglich sind. Das beginnt mit der Förderung der Familie, dem ersten Ort der Erfahrung von Zuhause, von Geborgenheit. Geht weiter mit der Sicherung des elementaren Menschenrechts auf menschenwürdiges Wohnen. Geht weiter mit dem Schutz der Kindheit, den gleichen Bildungschancen, der fairen Zugänglichkeit zu einem guten Schulsystem für alle Kinder, unabhängig davon woher sie sozial, ethnisch oder geografisch kommen. Es folgt der Schutz und die Förderung der Natur, der Umwelt, der Landschaften, der Orte, die uns Vertrautheiten und Wohlbefinden ermöglichen, der Schutz und die Pflege lokaler kultureller Traditionen, der geschichtlich geprägten Räume und Symbole von Gemeinschaftlichkeit (auch und gerade gegen deren Zerstörung durch die zerstörerischen Kräfte von marktgesteuerten »Modernisierungen«).

Sozialdemokratische Beheimatungspolitik muss bestimmt sein vom Sinn für soziale Netzwerke, für das Funktionieren und die Lebendigkeit von Gemeinschaftlichkeitsformen. Sie fördert die Vielfalt von Vereinen und Verbänden und das reiche ehrenamtliche Engagement, das ganz wesentlich das erzeugt, was Menschen als ihre Heimat empfinden. Die Pflege dieses sozialen Kapitals muss ein Zentrum von Be-

heimatungspolitik sein. Zu den wichtigen Beheimatungskräften gehören auch die Kirchen, die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, ohne deren ideelle und moralische Motivation und ohne deren soziales Beziehungsgeflecht Heimat für viele Menschen nicht möglich erscheint. Die Kirchengemeinde ist eben Heimat für die Gemeinschaft der Gläubigen, Kirchen wie Moscheen und Synagogen sind Begegnungsorte. Man solle die Kirche im Dorf lassen, das ist auch der Wunsch nach Erkennbarkeit des Heimatortes.

Sozialdemokratische Politik muss vor allem auch ganz praktisch auf die Gestaltung der materiellen Voraussetzungen von Beheimatung zielen. Arbeit zu haben, zählt selbstverständlich zu den elementaren Voraussetzungen, sich heimisch fühlen zu können. Arbeitslos macht auch heimatlos, weil es die Lebensmöglichkeiten radikal einschränkt. Und ohne öffentliche Daseinsfürsorge ist Beheimatung nicht recht möglich, die öffentliche Infrastruktur bestimmt die materielle Qualität von Heimat. Ob Kommunen als lebenswert empfunden werden, hängt ganz wesentlich von deren sozialer, verkehrlicher, technischer und kultureller Infrastruktur, von deren Angebot an Dienstleistungen ab. Für den Umfang und die Qualität der öffentlichen Güter (auch der öffentlichen Sicherheit), also deren gerechte und faire Zugänglichkeit trägt demokratische Politik die Verantwortung. Sozialdemokratische Beheimatungspolitik muss sich deshalb um die Verteidigung oder Rückgewinnung der öffentlichen Räume kümmern und gleichzeitig deren Privatisierung und deren vollständiger Unterwerfung unter Marktmechanismen widerstehen.

Beheimatungspolitik ist in ihrem eigentlichen Zentrum aber Bildungs- und Kulturpolitik. Heimat ist ja nichts Leeres, sie ist immer ein geschichtlich und kulturell geprägter Ort, Raum und Prozess. Diese Prägung kennenzulernen, in sie hineinzuwachsen, sie einzuüben, das ist Aneignung von Heimat. Dass es in der Schule Heimatkundeunterricht gibt, ist deshalb nichts Reaktionäres, sondern etwas höchst Vernünftiges. Einen Kanon an geschichtlichem und kulturellem Wissen zu erwerben, in dessen Zentrum die Geschichte und Kultur des eigenen Landes stehen sollten, das ermöglicht erst die Chance zur geschichtlich-kulturellen Beheimatung im Hier. Ein solcher Kanon, wie wenig er endgültig fixiert sein mag, ist eine bildungspolitische Aufgabe der Schulen. »Das Eigene muss so gut gelernt sein, wie das Fremde«, kann man bei Friedrich Hölderlin lesen. Dies ist ein Baustein zur Bildung kultureller Identität, die durchaus nicht der Abgrenzung und Ausgrenzung bedarf, sondern der Vergewisserung und Förderung gelassenen kulturellen Selbstbewusstseins dient, die Voraussetzung für Offenheit gegenüber Neuem und »Fremdem« ist.

Heimat ist die Alltagskultur, also unsere Lebensweise, die üblichen und vertrauten Sitten und Gebräuche, die Abläufe und der Rhythmus des täglichen Lebens, die Formen des Umgangs und der Kommunikation miteinander, also auch die gemeinsame Sprache. Dass unsere Landessprache – im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern – keinen Platz in der Verfassung hat (und vor allem auf Vorbehalte

von links stößt), erscheint mir befremdlich, weil doch von allen betont wird, Deutsch zu lernen, sei der erste und wichtigste Integrationsschritt.

Der Jurist und Autor Bernhard Schlink hat Leitkultur definiert als »Inbegriff der Erwartungen, deren Erfüllung wir im alltäglichen Umgang miteinander voraussetzen und an denen wir festhalten«. Dies halte ich für eine zutreffende und praktikable, weil angenehm unpathetische und unideologische Bestimmung. Leitkultur ist eben mehr und anderes, als unser Grundgesetz, wie gerade Sozialdemokrat/innen immer mal wieder behaupten. Die Erwartungen, von denen Schlink spricht, speisen sich aus unseren Traditionen und kulturellen Prägungen. Sie zu kennen und sich auf sie einzulassen, das ist keine unangemessene Forderung – weder gegenüber den nachwachsenden Generationen, noch gegenüber den zu uns Gekommenen, gegenüber Geflüchteten. Wir haben dazu einzuladen und zu ermöglichen, dass diese Integration gelingt, denn wenn »wir selbst nicht wissen, wofür wir stehen (...), wie soll da Integration gelingen?«, so Hamed Abdel-Samad in der Wochenzeitung *DIE ZEIT*.

Heimat ist ein Geflecht von Normen und Wertüberzeugungen, von Tugenden und Verhaltensweisen, von Regeln und Gewohnheiten durchaus vielfältiger, aber doch fassbarer Art. Diese sind gewiss in Bewegung, aber doch nicht beliebig. Deren Kern ist formuliert in unserer Verfassung. Die grundgesetzliche Werteordnung ist das Fundament unserer Heimat und darf niemals zur Disposition stehen. Mit dem Blick auf das Grundgesetz und auf unsere rechts- und sozialstaatliche Ordnung lässt sich durchaus pathetisch sagen: Unser Land ist und soll sein: Heimat der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, des Rechts und der Toleranz, der Erinnerungskultur, der Weltoffenheit. Heimat ist also auch ein hoher Anspruch. Diesen Anspruch haben wir zu verteidigen gegen jede völkische, ethnische, soziale Verengung und Verfälschung. Diesem Anspruch zu genügen, auch das ist Ziel und Verantwortung von Beheimatungspolitik. Heimat ist ein Begriff der Selbstachtung und nicht der Ausschließung. »Wer sich selbst nicht achtet, kann keine Achtung von anderen erwarten« (Navid Kermani). Die Sozialdemokratie jedenfalls sollte ihre gelegentlich verschämt-aggressive oder auch ungeschickt-hilflose Abwehr gegen »Heimat« (in all ihren emotionalen und intellektuellen Höhen und Untiefen) überwinden und Arbeit für und an Beheimatung als eines ihrer wichtigen politischen Ziele begreifen – denn gerade ihre Anhänger/innen und (möglichen) Wähler/innen sind darauf angewiesen.



**Wolfgang Thierse**

ist Herausgeber der *NG|FH*. Er war Präsident des Deutschen Bundestages, stellv. SPD-Parteivorsitzender, Vors. der Grundwertekommission und des Kulturforums der Sozialdemokratie.

[wolfgang.thierse@bundestag.de](mailto:wolfgang.thierse@bundestag.de)

Gero Maass

## Iberischer Hoffnungsschimmer für Europas Sozialdemokratie

»Haben Sie Glück oder sind Sie sehr hartnäckig?«, fragte *El País* den neuen spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez am 25. Juni 2018 in einem Interview. »Beides«, antwortete er. Getragen von einer bunten Koalition löste der Chef der sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE) Anfang Juni in einem überraschenden Misstrauensvotum den seit 2011 regierenden konservativen Premier Manuel Rajoy ab. Im Zeichen einer nicht abreißen Kette von Korruptionsskandalen seiner Partido Popular (PP), politischen Stillstands und Versagens in der Katalonienfrage versammelten sich die linkspopulistische Podemos und die meisten Regionalparteien unterschiedlicher Couleur hinter den Sozialdemokraten und besichertem dem Land die Chance auf einen politischen Neuanfang.

Gerne heftete sich der konservative Ex-Regierungschef nach den Krisenjahren den Wirtschaftsaufschwung als Erfolg an die eigene Brust. Eher zu Unrecht, kam die positive Wende doch mehr trotz als wegen seiner Politik. Vor allem Initiativen gegen die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit suchte man vergebens. Stattdessen gibt es Dank des Tourismusbooms mehr unqualifizierte und prekäre Arbeitsverhältnisse. Kurz nach dem verlorenen Misstrauensvotum gab Rajoy auch den Parteivorsitz ab. Nachfolger wurde Pablo Casado vom rechten Flügel. Die PP wird nach rechts rücken, auch um den Konkurrenten von der in jüngster Zeit sich konservativ gebärdenden Ciudadanos (C) Paroli zu bieten. In manchen Umfragen hatte sie die PP sogar schon überholt.

Der 46-jährige Sánchez begann seine politische Laufbahn im Jahr 2000 als Berater der Regionalregierung von Madrid und arbeitete später Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero zu. 2014 setzte er sich als Parteichef durch, wurde nach zwei verlorenen Wahlen im Dezember 2015 und Juni 2016 und zwei vergeblichen Anläufen einer Regierungsbildung (zunächst mit den Liberalen und später mit Podemos) im Herbst 2016 von der Mehrheit der eigenen Abgeordneten und Regionalvorsitzenden zum Rücktritt gezwungen. Konsequenterweise gab er damals auch sein Parlamentsmandat zurück, da er (wie von der Mehrheit im PSOE-Parteirat beschlossen) im Parlament der konservativen Minderheitsregierung nicht das Vertrauen aussprechen wollte. Dann das Comeback: Im Mitgliederentscheid vom Mai 2017 kehrte er dann mit einem basisdemokratischen und verstärkt linken Profil an die Spitze der Partei zurück.

Nun rückte er als dritter Sozialdemokrat seit dem demokratischen Neustart im Jahr 1976 an die Regierungsspitze. Über gerade einmal 86 Sitze (von 350) verfügt die PSOE im Parlament. Podemos hatte sich zunächst eher als richtigen Koalitionspartner der Sozialdemokraten gesehen; Sánchez lehnte dies jedoch bis zuletzt ab. Er will

sich alle Optionen offenhalten, statt das Land notgedrungen in einen Lagerwahlkampf hineinzuführen.

Die Reformspielräume sind begrenzt, auch deshalb hat der neue Premier zunächst geschickt eine Reihe von symbolischen Politiken des Aufbruchs ins Werk gesetzt: Sein Kabinett hat mit 17 zu 11 deutlich mehr Frauen als Männer – in Europa ansonsten unerreicht. Die sterblichen Überreste des ehemaligen Diktators Francisco Franco sollen nach dem Sommer verlegt werden. Aus Valle de los Caídos, der umstrittenen Pilgerstätte der Francisten, soll so endlich ein Ort der Versöhnung werden. Während die Alt-Francisten Sturm laufen, kann sich der Premier durch die öffentliche Stimmung bestätigt fühlen (laut Onlinezeitung *Público* sind 56 % dafür).

Sowohl der finanzpolitische Handlungs- als auch der sozialpolitische Reformspielraum ist klein und der Premier muss mit dem verabschiedeten Budget des Vorgängers arbeiten. Dies hatte Sánchez den baskischen Nationalisten von der Partido Nacionalista Vasco (PNV) vor dem Misstrauensvotum versprochen. Pikant: Erst kurze Zeit zuvor hatte Rajoy seinerseits mit den Stimmen der baskischen PNV das Staatsbudget durchgebracht. Die im Baskenland regierende PNV hatte sich dieses Entgegenkommen mit einem großzügigen Investitionsversprechen für die Region honorieren lassen.

Die eigene Parteilinke sowie Podemos möchten gerne an den sozialpolitischen Schrauben drehen. Für die beiden Gewerkschaftsbünde UGT und CCOO stehen die Revision der konservativen Arbeitsrechtsreform aus dem Jahr 2012 und die Rentenfrage ganz oben auf der Prioritätenliste. Weite Teile der Bevölkerung sind über den jüngsten öffentlichen Diskurs zur Zukunft der Renten verunsichert. Im Barometer des staatlichen Meinungsforschungsinstituts CIS (vom April 2018) avancierte die Rentenfrage nach der Arbeitslosigkeit zum zentralen Problem des Landes.

Am 17. Juli erläuterte Sánchez im Parlament seine Regierungsvorhaben: Neben der Sicherung der Pensionen als zentralem Pfeiler des spanischen Wohlfahrtsstaats legte er sein Augenmerk auf mehr Geschlechtergerechtigkeit, den Wohnungsbau und als wichtigen Baustein gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit den Aufbau eines beruflichen Bildungssystems. Zudem soll die Regierung in Zukunft keine Steueramnestie mehr verfügen dürfen. Indes will er die Namen derjenigen nicht offenlegen, die von einem entsprechenden Straferlass der PP-Regierung profitiert haben. »Er wird uns bald enttäuschen, schon zu bald«, ließ Pablo Echenique, die Nummer zwei von Podemos enttäuscht vernehmen (*El País*, 17.7.18). Der von Sánchez verwehrt Regierungseintritt macht Podemos zu einem unsicheren parlamentarischen Partner.

Mit dem Versprechen, Gespräche mit der katalanischen Regionalregierung wieder aufzunehmen, hatte Sánchez auch die katalanischen Regionalparteien auf seine Seite gezogen. Exilant Carles Puigdemont und sein Statthalter Quim Torra (der neue katalanische Regionalpräsident) hatten vergeblich versucht, ihre Repräsentanten im nationalen spanischen Parlament zunächst von einer Beteiligung am Misstrauensvotum abzubringen – sahen sie doch in der Dauerfehde mit dem konservativen Premier taktisch die besseren Aussichten für ihre Separatismuspläne.

Sánchez versprach eine Regierung der Demokratie, machte indes auch immer deutlich, dass eine Abspaltung nicht infrage komme. PP und C werden mit Argusaugen darauf achten, dass die neue Linksregierung der separatistischen Regionalre-

gierung in Barcelona nicht zu weit entgegenkommt. Am 9. Juli fand ein erstes Treffen mit dem neuen katalanischen Regionalpräsidenten statt. Es steckte das konfliktrichtige Terrain ab. Torra ist kein leichter Dialogpartner. In der Vergangenheit glänzte er mehr mit fremdenfeindlichen Ausfällen und zählt in der Partit Demòcrata Europeu Català (PDeCat) zum eher radikalen rechts-separatistischen Flügel.

Europapolitisch agierte Spanien seit Jahren weit unterhalb seiner Möglichkeiten. Sánchez hat sich vorgenommen, dies zu ändern. Beim Antrittsbesuch bei der Bundeskanzlerin unterstrich er zu Recht das langjährige Europaengagement der spanischen Sozialdemokraten. Ja, sein Entgegenkommen in der Frage der Rücknahme von Asylsuchenden sicherte ihm das Wohlwollen der CDU-Vorsitzenden. Mit der Wahl der sozialliberal geprägten Nadia Calviño (bislang Generaldirektorin in der EU-Kommission) als Wirtschaftsministerin signalisierte er wirtschaftspolitische Verlässlichkeit und mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron will er für eine Reform der Eurozone und die Bankenunion streiten. Aus deutscher Sicht zeichnet sich mit der neuen Regierung insbesondere in der (europäischen) Migrationspolitik viel Kooperationspotenzial ab. Nachdem die Fluchtbewegungen via Spanien in jüngster Zeit sprunghaft zunehmen, dürfte die neue Regierung auch ein gesteigertes Interesse an einer gesamteuropäischen Lösung haben.

Der spanische Hoffungsfall ist weniger Ergebnis geschickt ins Werk gesetzter strategischer Erfolgsfaktoren als Resultat glücklicher Umstände. Indes: Glück hat ja bekanntlich der Tüchtige und mehr noch – der Mutige. Pedro Sánchez ist durch einige Tiefen gegangen und viele hatten ihn politisch schon abgeschrieben. Manche parteiinternen Widersacher warteten nur auf den nächsten Fehltritt, um erneut die Führungsfrage zu stellen.

Dabei hat der neue Premier vor allem eines gezeigt: Glaubwürdigkeit. So verkörpert er einen gelungenen politischen Neuanfang und dieser Vertrauensvorschuss strahlt – gepaart mit einer sicheren Hand für symbolische und machbare Politiken – nun auf seine Partei aus. Die jüngsten Meinungsumfragen kann Sánchez als Erfolg verbuchen: Mit 26,3 % hat sich die PSOE im Juli nach Jahren schlechter Ergebnisse (Wahl im Juni 2016: 22,7 %) erstmals wieder an die Spitze gesetzt. Ihr folgen die sich im Aufwind befindliche C (24,2 %, 2016: 13,1 %) und die PP (22,3 %, 2016: 33 %). Mit 16,1 % muss Podemos erhebliche Einbußen hinnehmen (2016: 21,1 %) – als Folge des Schwenks der PSOE nach links, aber auch aufgrund ihrer umstrittenen Positionierung in der Frage um die Zukunft Kataloniens.

Aus dem bunten parlamentarischen Anti-Rajoy-Regenbogenbündnis eine stabile Regierungsgrundlage bis zum Ende der Legislaturperiode im Juni 2020 zu machen, ist ein schwieriges Unterfangen. Vielleicht gelingt es Sánchez sogar noch, den Einstieg in eine formale Koalitionsbildung zu finden. Der politischen Kultur würde dies guttun und zudem würde es ins Bild einer veränderten politischen Landschaft passen. Die Wahlen vom Dezember 2015 hatten aus dem traditionellen Zwei- ein Vierparteiensystem (neben PP und PSOE nun mit C und Podemos) gemacht. Zum ersten Schwur wird es schon bald kommen, wenn Sánchez seinen neuen Haushalt durchbringen muss. Auch die drastisch steigenden Migrantenzahlen bringen ihn in Bedrängnis. Nach Blockierung der Mittelmeerroute über Libyen durch die neue ita-

lienische Regierung wird Spanien seit Juni zum bevorzugten Ziel von Migrant/innen aus dem Maghreb sowie den Ländern südlich der Sahara. In ihren ersten Wochen zeigte sich die neue Regierung noch offen für humanitäre Seenotrettung. Nun muss aber bald ein europäischer Plan her, will man die Kontrolle so verstärken und die irreguläre Migration reduzieren, damit man das Flüchtlingsrecht vor der neuen rechten PP-Rhetorik bewahren kann. Entscheidendes Stimmungsbarometer werden die Ergebnisse der Regional-, Kommunal- und Europawahlen im Mai nächsten Jahres sein. Vielleicht muss Sánchez dann doch schon Neuwahlen ausrufen und darauf vertrauen, dass seine Profilierungsversuche trotz begrenzter Spielräume erfolgreich waren.



**Gero Maass**

leitet das Büro der FES in Madrid.

[gero.maass@fesmadrid.es](mailto:gero.maass@fesmadrid.es)

*Karsten Rudolph*

## **Die Glosse: Linke Stammtisch-Bewegung**

Der deutsche Stammtisch ist eine Institution. Dort wird nicht Politik gemacht – aber Stimmung. Längst hat er die Wirtshäuser verlassen und ist ins Internet umgezogen. Hier wird einander zugepostet statt zugeproestet. Inzwischen gibt es Stammtischkönige neuen Typs, selbst in höchsten Staatsämtern. Der größte unter ihnen ist unbestritten Donald Trump, der seine digitale Twitter-SA gleich mehrmals am Tag zur Freude seiner fanatisierten Anhängerinnen und Anhänger losschickt.

In Deutschland unterhält zurzeit die AfD den größten digitalen Stammtisch, in dem nahezu wöchentlich zu einer zünftigen Wirtshausschlägerei aufgerufen wird. Dass sie Parlamente mit Wirtshäusern in eins setzt, ist übrigens Absicht.

Wenn es nach dem Willen von Sähra Wagenknecht geht, soll diesem Treiben endlich etwas Wirksames entgegengesetzt werden. Sie und ihre Freundinnen und Freunde rufen auf einer neuen Homepage dazu auf, eine linke Stammtischbewegung zu bilden. Die Aufforderung, die der Titel »#aufstehen« beinhaltet, erscheint eher eigentümlich, weil sich die Neugierigen erst einmal hinsetzen müssen, und zwar vor ihre eigenen Bildschirme, um sich in die Gästeliste einzutragen. Schon insoweit zeigt sich das Elend einer Initiative von oben, die eine soziale Bewegung sein möchte, aber eine digitale Stammtischangelegenheit ist. Die beklagte Tragödie, dass dem Neoliberalismus keine wirkliche Bewegung entgegentritt, wiederholt sich damit als Farce. Diese ist ein eigenwilliges, bisweilen derbes, jedenfalls komisches Lustspiel. Die dort auftretenden Figuren gleichen Epigonen einer versunkenen Welt, die in eine Zeit zurückwollen, die vor der Globalisierung und Europäisierung, vor der Auflösung des einfachen, weil bipolaren Denkens und vor dem Aufstieg neuer diktatorischer Mächte lag. Dies ist eigenwillig, weil es unhistorisch ist. Umso derber wird vom Leder gezogen: gegen Großkonzerne und Lobbyisten, gegen die Aufrüstung und die

Agenda-Politik von Rot und Grün, Schwarz und Gelb. Zu kompliziert erscheint es, die realen Widersprüche unserer Zeit aufzulösen: den Widerspruch zwischen anhaltendem Wirtschaftsaufschwung, Konsolidierung der Staatsfinanzen und dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit auf der einen Seite bei gleichzeitig wachsender Armut und steigender sozialer Ungerechtigkeit auf der anderen Seite; dass die NATO vor allem von den USA getragen wird, aber ein US-Präsident diese effektiver untergräbt als jede deutsche Friedensbewegung oder dass ein G20-Treffen in Deutschland massive Protestbewegungen auslöst, aber kein Besuch von Autokraten und Diktatoren.

Geradezu komisch wird es, wenn diejenigen, die sich seit vielen Jahren, manche seit Jahrzehnten, in Parlamenten und Parteipolitik aufhalten, nicht einmal ihre eigene Wirkungslosigkeit hinterfragen, ihre eigene Politik überprüfen oder gar an sich selbst zweifeln. Denn die Frage, warum eigentlich keine tragfähigen politischen Mehrheiten diesseits der CDU/CSU zustande gekommen sind, richtet sich längst auch an diejenigen, die sich darüber beklagen, *dass* sie nicht zustande gekommen sind.

Die Antwort darauf liegt auf der Hand: Diejenigen, die sich gern als (verlorene) Seelen der SPD, der GRÜNEN oder der Linkspartei darstellen, sind im eigentlichen Wortsinn Renegaten und Schismatiker. Renegaten, weil stets die anderen falsch liegen, aber sie immer recht haben. Schismatiker, weil sie bereit sind, notfalls die Linke ein weiteres Mal zu spalten, aber programmatisch mit immer denselben leeren Händen dastehen. Und weil sie niemals ihr eigenes politisches Scheitern einräumen werden. Denn scheitern tun immer nur die anderen. Indes scheuen sie vor diesem letzten Schritt der Abspaltung zurück, denn sie fürchten in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Es gibt aber zwei weitere, tiefere Gründe, warum eine solche linke Sammlung scheitern muss. Der erste klang bereits an. Die Sammlungsbewegung ist keine reale gesellschaftliche Bewegung, und sie bietet nichts Neues. Die Leidenschaft zu wecken, sich (wieder) an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, hängt – wie bereits Hannah Arendt eindringlich beschrieben hat – mit der tatsächlichen Erfahrung eines Neuanfangs zusammen und dem Stolz darauf, dabei sein zu können. Das markiert aber in diesem Fall den Unterschied zwischen »La République en Marche!« und dem ziemlich spröden Charme von »#aufstehen«.

Der zweite Grund liegt in einem mangelnden Urteilsvermögen, dem ein völlig verengtes strategisches Konzept folgt. Der politische Schnitt, den die Sammler/innen machen, ist falsch angesetzt, nämlich links von der Union und abseits der Führungen von SPD, GRÜNEN und Linkspartei. Das große politische Beben findet innerhalb der Union statt. Das hat der mit konservativ-revolutionärer Rhetorik aufgeladene Streit um die Flüchtlings- und Europapolitik deutlich werden lassen. Nach dem großen Beben begann in der Unionsfamilie das große Zittern – um den Bestand der eigenen politischen Formation. Überall in Europa hat sich ein Parteiensystem längst aufgelöst, welches auf der Konkurrenz zwischen einer großen christ- und einer großen sozialdemokratischen Partei beruhte. In Deutschland dauerte dies nach 1989 bedeutend länger, weil die Union es verstanden hatte, die Konstellation des Kalten Krieges in die deutsche Innenpolitik zu verlängern und als gleichsam uneigennützig-konsequente Aufarbeitung der DDR-Geschichte auszugeben. Der Eigennutz der

»Rote-Socken-Kampagnen« bestand darin, die eigene Anhängerschaft zu stabilisieren, indem man ihr ein mobilisierungsfähiges Feindbild verschaffte und damit für eine asymmetrische Lagerbildung sorgte. Tatsächlich verläuft die politische Lagerbildung jedoch mitten durch die Union, über die SPD und DIE GRÜNEN bis in die regierungsfreudigen Reihen der Linkspartei des Ostens. Die Unionspolitiker/innen, die einen Bruch mit Angela Merkel wollten, bemerkten alsbald, dass eine nach rechts abrückende Union unter dem Druck einer rechtspopulistischen Strömung ebenso rasch unter die Räder geraten kann wie die Konservativen in Frankreich. Denn sie hätte einen erheblichen Teil ihrer Anhänger/innen in die Wahlenthaltung oder gleich zur SPD und zu den GRÜNEN getrieben. Die »Bewegung Wagenknecht« kommt insoweit mit ihrem Projekt einer Stabilisierung der Union entgegen, indem sie ihre unspezifische Kritik an der Großen Koalition verschärft. Damit sorgt sie für eine Einigelung der Linken, nicht aber für deren Erneuerung und Ausweitung.

Und um der Klarheit willen muss noch ein dritter Grund für die zum Scheitern verurteilte Sammlungsbewegung benannt werden. Jede moderne europäische politische Bewegung, die die Gesellschaft veränderte, hatte sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen und musste die Deprivierten in den Blick nehmen und sie mitnehmen. Aber es waren nicht die Elenden und die Vernachlässigten, die eine solche Bewegung trugen. So ist es geblieben. Nicht die Hartz-IV-Empfänger/innen überwinden Hartz IV und nicht die/der vom Staat alleingelassene Alleinerziehende überwindet die Armutsfalle, so tapfer er bzw. sie für die Kinder und sich auch kämpfen mag. Diejenigen, die frei von Furcht und Not sind, die – um noch einmal auf Hannah Arendt zurückzukommen –, die Befreiung und Freiheit kennen, können und müssen eine neue Bewegung für soziale Gerechtigkeit tragen. Ein Appell, wie der von »#aufstehen« müsste sich also gerade auch an die nicht-deprivierten Mittelschichten wenden.



**Karsten Rudolph**

ist MdL in Nordrhein-Westfalen, lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und ist Beirat der NG|FH.

[karsten.rudolph@rub.de](mailto:karsten.rudolph@rub.de)

*Karin Nink*

## **Gegen alle Widerstände**

### **Vor 70 Jahren erschien die erste Ausgabe des *Neuen Vorwärts***

»Totgesagte leben länger« betitelt Hermann Schueler das Kapitel über die Neugründung des *Vorwärts* nach 1945 in seiner einschlägigen Chronik *Trotz alledem*. Das klingt fast euphorisch angesichts der Probleme, die der Neustart der Parteizeitung nach ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten und ihrem vorübergehenden Erscheinen im Exil mit sich brachte.

Dafür gab es verschiedene Gründe. Zum einen war es mit großen Schwierigkeiten verbunden, für die SPD-Zeitung eine Lizenz von den Alliierten zu bekommen. Die

Hoffnung der SPD-Journalisten und sozialdemokratischen Politiker, im Nachkriegsdeutschland eine führende Rolle beim Wiederaufbau spielen zu können, zerschlug sich schnell. Die Sozialdemokraten zählten, trotz ihres von Anfang an ungebrochenen Widerstands gegen die Diktatur, nicht zu den Lieblingen der Alliierten.

Das Lizenzverfahren für Zeitungen verlangte – grundsätzlich nachvollziehbar – auch ausführliche Personenangaben über die Verantwortlichen. Aber dass ausgewiesene Hitler-Gegner und Widerstandskämpfer wie Kurt Schumacher, der zehn Jahre in einem Konzentrationslager gelitten hatte, ihre Integrität nachweisen mussten, mutet schon sehr zynisch an.

Zum anderen aber war es in den sozialdemokratischen Kreisen der direkten Nachkriegszeit auch nicht das erste Anliegen, die Parteizeitung wiederzubeleben. Anderes stand im Vordergrund: Die Wieder- und Neugründung der Partei musste betrieben und die Genehmigung dafür bei den Alliierten eingeholt werden. Dort, wo sich Sozialdemokraten oder Kommunisten sammelten, war die Frage der »Einheitspartei« ein großes Thema: Die gemeinsame Erfahrung der Verfolgung sprach dafür, die Erinnerungen aus der Weimarer Zeit dagegen. Nicht zuletzt beschäftigten die Genossen auch die Differenzen zwischen jenen, die ins Exil geflüchtet waren und jenen, die in Deutschland Widerstand geleistet hatten.

Die Parteizeitung jedenfalls war weder bei dem ersten großen Treffen 1945 in Wennigsen noch beim ersten Parteitag 1946 in Hannover ein Thema. Erst auf dem Parteitag 1947 in Nürnberg wurde die Gründung eines neuen Zentralorgans beschlossen, im Jahr darauf der Lizenzantrag von den Alliierten genehmigt und pünktlich zum 3. Parteitag der SPD im Düsseldorfer Planetarium, am 11. September 1948, konnte der *Neue Vorwärts* dann endlich erscheinen. Die Namensgebung machte deutlich, dass er auch erkennbar in der Tradition der Exilzeitung stehen sollte. Herausgeber waren Kurt Schumacher, Fritz Heine und Alfred Nau. Verantwortlicher Chefredakteur war Gerhard Gleissenberg.

Viel leichter wurde es in den Folgejahren für das Blatt nicht. Der Anspruch von Schumacher »mit einem geschlossenen Programm unumstößlicher Erkenntnisse aufzuwarten«, traf nicht den Lesergeschmack der Nachkriegsgesellschaft, die sich nach einem Stück heiler Welt und Sorglosigkeit sehnte. Das Zentralorgan, das in den Anfängen ein wichtiges Instrument zur Bildung der Mitglieder und Arbeiter war, war in dieser Form nicht mehr gefragt. Und das staatstragende, meinungsmachende Blatt der Weimarer Republik hatte in der Bonner Demokratie mit bunten Illustrierten große Konkurrenz bekommen.

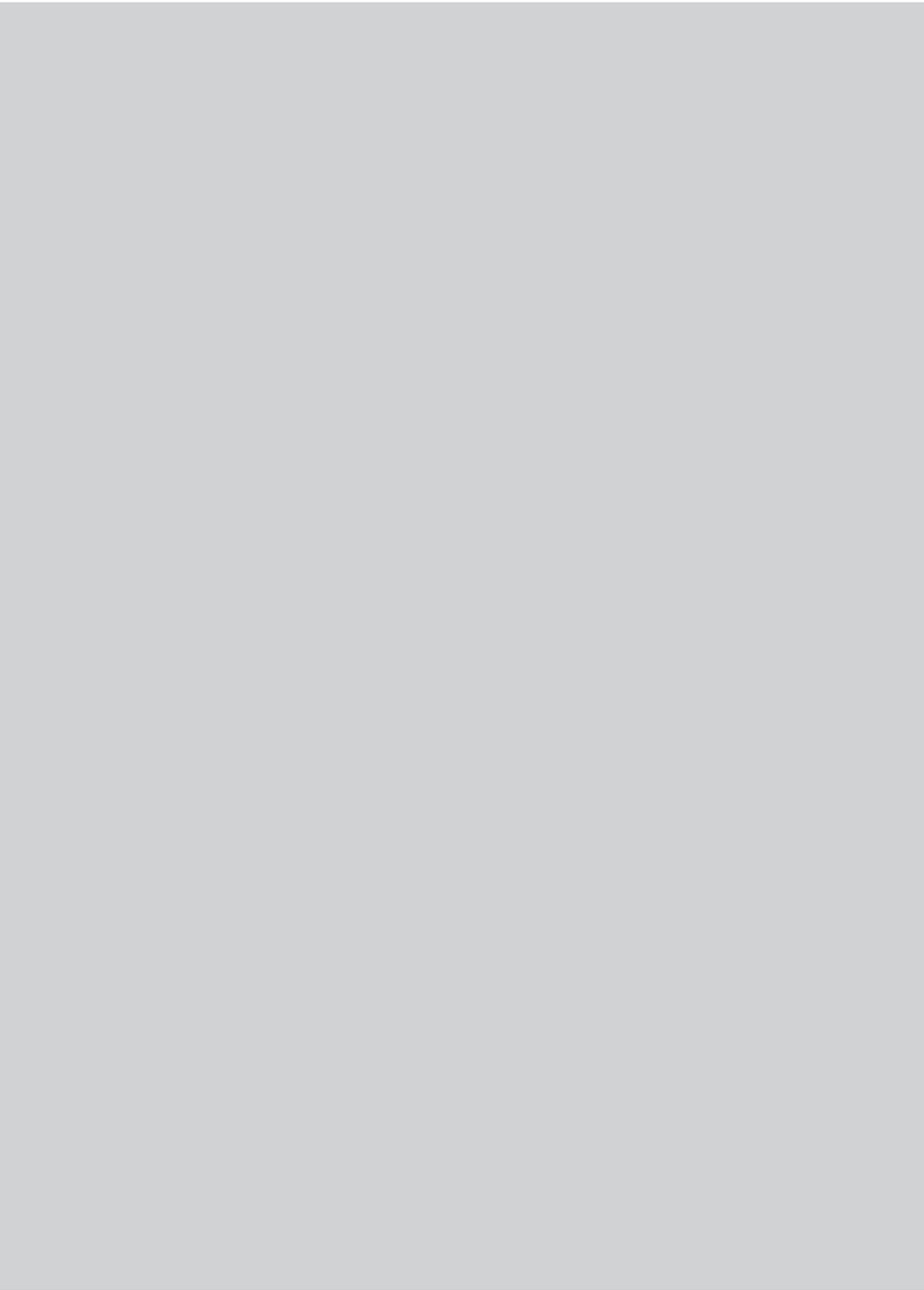
Aber der *vorwärts*, wie er heute wieder heißt, mit seinem Onlineauftritt *vorwärts.de* hat sich allen Widrigkeiten zum Trotz behauptet und ist auch heute, im Zeitalter der Multimedia-Gesellschaft, für Zweidrittel der Genossinnen und Genossen *die* Informationsquelle in Sachen SPD.



**Karin Nink**

ist Chefredakteurin des *vorwärts* und der *DEMO* sowie Geschäftsführerin der BvVG. Zuvor arbeitete sie einige Jahre als Lokalredakteurin und Korrespondentin in Bonn, Paris und Berlin und war stellvertretende Sprecherin des SPD-Parteivorstands.

[nink@vorwaerts.de](mailto:nink@vorwaerts.de)



*Christine Kurmeyer*

## **»Ich würde so gerne Deutsch lernen, aber ich muss immer an meine Kinder denken ...«**

### **Konstruktive Integrationspolitik für geflüchtete Frauen**

Die Situation von geflüchteten Menschen in Deutschland ist oft schwierig. Der Alltag ist geprägt von Verständigungsproblemen, der Auseinandersetzung mit bürokratischen Regelungen und Formularen, sowie den Herausforderungen, sich in kürzester Zeit in einem vollkommen unbekanntem, sozialen Umfeld zurechtzufinden. Das gilt sowohl für die Geflüchteten selber, als auch für jene, die helfen wollen oder beruflich in der Unterstützung engagiert sind.

Verstärkt durch den Bürgerkrieg in Syrien stieg die Anzahl der Geflüchteten in Deutschland in den Jahren 2015/2016 deutlich an. Dadurch wurden politische Debatten ausgelöst, die bis heute anhalten und Ab- und Ausgrenzungsmechanismen in Gang gesetzt haben. Diese Rahmenbedingungen stehen einer konstruktiven Integrationspolitik diametral entgegen.

Für geflüchtete Frauen erscheint die Lage auf vielen verschiedenen Ebenen noch um einige Grade komplizierter als für Männer. Exemplarisch dafür steht das Zitat im Titel: Es stammt von Faizah, einer aus Syrien geflüchteten 35-jährigen Frau, die seit einem halben Jahr in einer Gemeinschaftsunterkunft in Berlin lebt. Für sie ist die objektive Situation verhältnismäßig geklärt, aber emotionale Zustände und Blockaden hindern sie daran, sich vollkommen auf die veränderte Lebenslage einzulassen. Sie hatte sich mit ihrem Mann auf die Flucht über das Mittelmeer begeben und die Kinder bei Verwandten in Syrien zurückgelassen. Die Organisation der Familienzusammenführung gestaltet sich jetzt langwieriger als gedacht und die Sorge um die Kinder bestimmt ihre Gedanken, obwohl sie gern die deutschen Vokabeln lernen würde, die ihr im Alltag helfen könnten.

Die folgenden Aussagen beziehen sich in erster Linie auf Ergebnisse, die im direkten Kontakt mit geflüchteten Frauen im Rahmen von zwei Berliner Studien entstanden sind (»Charité für geflüchtete Frauen: Women for Women« seit 2015 und »Study on Female Refugees« aus dem Jahr 2016). In Gesprächskreisen, Einzelbefragungen und Gruppendiskussionen entstanden Situationsanalysen, die helfen können, wirksame Unterstützungsmaßnahmen auch für die geflüchteten Frauen zu entwickeln.

Nach der Ankunft in Deutschland müssen die familiären Verhältnisse – oft geprägt von Zerrissenheit, Trennung oder Trauer um verstorbene Familienmitglieder – neu geordnet werden. Auf der einen Seite werden Ehemänner oder Familienvä-

ter als Hauptansprechpartner von den Jobcentern identifiziert, über sie werden die Leistungsbezüge definiert und sie haben häufig die Kontovollmacht. Andererseits sollen auch die Frauen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und sich auf diese Weise integrieren, obwohl das in deren Lebensentwurf vielleicht in dieser Weise gar nicht vorgesehen war.

Zudem sehen sich die Frauen häufig auch Diskriminierungen ausgesetzt. Zum Teil, weil sie ein Kopftuch tragen, zum Teil auch, gerade weil sie kein Kopftuch tragen.

In dieser Gemengelage stehen die geflüchteten Frauen oft vor schier unlösbaren Aufgaben. Einerseits sehen sie ihre Kinder, die sich neugierig und wissensdurstig den neuen Umständen gegenüber öffnen und sich schnell den geänderten Verhältnissen anpassen können – allein schon durch den Spracherwerb in Kita oder Schule. Andererseits sehen sie sich verpflichtet, die tradierten Werte zu pflegen und sich entsprechend zu verhalten.

### **Integration – Annäherung an einen Begriff**

Auf der politischen Ebene wird häufig von »Integration« als Zielbestimmung der Aufnahme von Geflüchteten gesprochen. Unklar ist dabei oft, was damit eigentlich gemeint ist. Das Spektrum reicht von einer vollkommenen Anpassung in das hiesige Gesellschaftssystem bis hin zu einer stillschweigenden Duldung anderer Kulturformen, solange die wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet ist.

Aus zahlreichen Gesprächen mit geflüchteten Frauen im Rahmen der zwei unterschiedlichen Studien der Berliner Charité wird jedoch deutlich, dass vor einer wie auch immer gearteten Integration die Erlangung von eigenständiger Entscheidungsfähigkeit steht. Es bedarf eines Zeitraums des Ankommens, des Orientierens in der neuen, ungewohnten Lebenslage und der Schaffung von Sicherheiten – insbesondere für die mitgebrachten Kinder. Erst dann können qualifizierte Entscheidungen getroffen werden, wie die Frauen ihr Leben weiter gestalten möchten. In den beiden bereits erwähnten Untersuchungen wird deutlich, dass zwei zentrale Ursachen einer kurzfristigen Integration in das neue gesellschaftliche Umfeld insbesondere den geflüchteten Frauen im Weg stehen:

*Erstens:* Ausgeprägte Geschlechterstereotype – sowohl in der Herkunfts- als auch der aufnehmenden Gesellschaft – verhindern eine individuelle Betrachtung der höchst unterschiedlichen Bedürfnislagen und die Entwicklung entsprechender Maßnahmen.

*Zweitens:* Eine gravierende Unterschätzung der Besonderheiten von Fluchterfahrungen, den damit verbundenen Erlebnissen von Krieg und Gewalt sowie den daraus resultierenden Traumatisierungen blockieren einen angemessenen Umgang mit den Betroffenen und erzeugen Erwartungshaltungen hinsichtlich der Integrationsfähigkeit, die zwangsläufig zu Enttäuschungen und Frustrationen bei den Helfenden führen.

Unter diesen Vorgaben leiden Frauen anders als Männer und bedürfen daher auch anderer Maßnahmen, um Integration zu ermöglichen.

Dies zu berücksichtigen wird jedoch umso wichtiger, als der Anteil geflüchteter Frauen steigt. Betrug dieser 2017 noch 35 %, lag er Anfang 2018 schon bei 41 % (Be-

richt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, April 2018). Allein in Berlin sind ca. 10.000 weibliche Geflüchtete registriert (inoffizielle Angabe des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten, Berlin 2018).

Quantitative Untersuchungen geben vornehmlich Durchschnittswerte an. Eine wesentliche Erkenntnis der Studien vor Ort besteht allerdings darin, dass es »die geflüchtete Frau« als statistischen Mittelwert nicht gibt. Abhängig von Herkunftsland, Familienstand und sozialem Status stellen sich Bildungsgrad und Berufserfahrung höchst unterschiedlich dar. Dennoch lassen sich einige Aussagen treffen, die für die meisten geflüchteten Frauen von Relevanz sind.

### **Kinderbetreuung, gesundheitliche Versorgung, Spracherwerb**

Im Mittelpunkt des Interesses der Frauen stehen die Kinder. Über 80 % der Frauen in den Gesprächskreisen für geflüchtete Frauen in Berlin hatten mindestens ein Kind. Die Verantwortung für die Kinder ist einerseits schwer zu vereinbaren mit eigenen Bildungs-, Ausbildungs- oder Integrationsmaßnahmen, aber andererseits auch ein großes Motivationspotenzial. Eine gut geregelte Kinderbetreuung ist daher die Grundlage sowohl für den Spracherwerb der nachfolgenden Generation als auch der Teilnahme der Frauen an Integrationsmaßnahmen. Damit die Angebote für Spracherwerb, berufliche Orientierung oder gesundheitliche Versorgung die Frauen auch erreichen können, bedarf es außerdem der aufsuchenden Beratung, denn die Mobilität ist häufig aufgrund der Familienverantwortung stark eingeschränkt.

Das Angebot der gesundheitlichen Versorgung für die Frauen ist weitgehend ausreichend, aber die Kommunikation im Behandlungssetting ist häufig eingeschränkt, insbesondere wenn die ärztliche Betreuung durch einen Mann erfolgt. Präventionsmaßnahmen, ebenso wie Psycho- und Physiotherapie werden im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht immer finanziert und wären doch sehr hilfreich, um gravierende Spätfolgen oder die Verstetigung nicht erkannter Erkrankungen sowie die generationenübergreifende Weitergabe von Traumatisierungen zu vermeiden.

Die Vermittlung zwischen dem Hilfesystem und den Frauen sollte insbesondere in der Zeit kurz nach der Ankunft durch möglichst muttersprachliche Dolmetscherinnen erfolgen. Für die Frauen ist es von Bedeutung, dass die Sprachvermittlung ebenfalls durch Frauen erfolgt, denen sie eher vertrauen als männlichen Kollegen. Darüber hinaus ist es notwendig, auch bei den Anbietenden von Beratungs- und Betreuungsleistungen ein gutes Erwartungsmanagement sicherzustellen.

Die Berufserfahrungen der Frauen beschränken sich meist auf eine informelle Ausübung haushaltsnaher bzw. ungelerner Tätigkeiten. Daher erscheint es notwendig, differenzierte Qualifikationsanalysen zur Erfassung dieser informellen Kompetenzen durchzuführen. Dabei sind für einige Frauen lediglich sogenannte Anpassungslehrgänge erforderlich, um einen Einstieg in den hiesigen Arbeitsmarkt zu finden. Für andere empfiehlt es sich, eine Ausbildung anzufangen, um sich langsam und grundlegend mit den Arbeitsverhältnissen vertraut zu machen.

Diesen Notwendigkeiten steht allerdings, so die Einschätzung vieler Initiativen und Einrichtungen zur Unterstützung geflüchteter Frauen in Berlin, die derzeiti-

ge allgemeine Situation entgegen: »Die öffentliche Aufmerksamkeit für geflüchtete Frauen ist auf negativem Niveau eingefroren!« So lautet der Zwischenstand im Jahresbericht 2017 des Projektes »Charité für geflüchtete Frauen«.

### Was die Politik tun muss

Aus den bisherigen Erfahrungen lassen sich folgende Aufforderungen an die Politik formulieren: Nachdem die Frauen die Gemeinschaftsunterkünfte verlassen haben, darf der Kontakt zum Hilfenetzwerk nicht abreißen. Bereits aus den Erfahrungen mit der Generation der sogenannten Gastarbeiter/innen in den 70er Jahren wurde deutlich, dass insbesondere die Frauen, die eben nicht an den Integrationsmaßnahmen oder Sprachkursen teilnehmen konnten, dazu tendieren, sich in der vertrauten kulturellen und sprachlichen Gemeinschaft zu bewegen und wenig Kontakt zum neuen gesellschaftlichen Umfeld haben. Dies führt langfristig nicht nur zu Konflikten mit der nachfolgenden Generation, sondern auch zu der eigenen Isolation und zu Konflikten für die Kinder im Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Kulturen.

- Für viele Frauen ist das vordringlichste Problem im Moment die Suche nach einer Wohnung oder einem Kitaplatz, die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist für sie zweitrangig. Es ist also relevant, zunächst die Grundbedürfnisse der Frauen zu berücksichtigen, ihnen stabile Perspektiven zu bieten, bevor der Anspruch auf Selbstständigkeit und Selbstversorgung formuliert wird.
- Eine inhaltliche Verknüpfung und Verbindung der einzelnen Projekte für geflüchtete Frauen ist notwendig! Die übergreifenden Kooperationen zum Beispiel zwischen den in Berlin oft bezirklich organisierten Hilfenetzwerken müssen landesweit gefördert werden, damit möglicherweise schon gewachsene Strukturen der Unterstützung nicht durch behördliche Umzugsmaßnahmen auseinandergerissen werden.

Abschließend kann als Ergebnis der Charité-Studien zudem festgestellt werden: Die geflüchteten Frauen wünschen sich vor allem Kontakt und Austausch. Auch und besonders mit den Menschen in der neuen Umgebung. Dies wäre das beste Gegenmittel gegen die aktuelle Verschärfung des Tons in der Debatte um Asylsuchende in Deutschland und Europa. Sich der aktuellen Abschottungspolitik entgegenzustellen könnte also auch heißen, diesen Kontakt und Austausch ganz praktisch zu leben.



#### Christine Kurmeyer

ist als Gleichstellungsbeauftragte an der Charité-Universitätsmedizin Berlin tätig. Seit 2015 organisiert sie Gesprächskreise für geflüchtete Frauen und war an einer bundesweiten Studie zur psychosozialen Versorgung geflüchteter Frauen beteiligt. Seit 2016 koordiniert sie den »Runden Tisch für geflüchtete Frauen«.

Ulrike Heitmüller

## »Unser Gastland brauchte uns nicht, und das spürten wir«

### Wie sich Religion auf den Integrationsprozess auswirkt

Wir waren 61 Studierende aus 19 Nationen von 4 Kontinenten. Allein 27 von uns kamen aus Afrika, die gleiche Anzahl aus Frankreich, Belgien und der Schweiz, die restlichen sieben aus aller Herren Länder von Kanada bis Hongkong. Uns einten der Glaube und das Ziel: Wir hatten uns in den 80er Jahren an einer kleinen Hochschule in der Nähe von Paris zusammengefunden, um dort zu studieren und danach Pastor, Lehrerin oder Missionar zu werden. Wir gehörten zur sogenannten »hochreligiösen« Gruppe der evangelikalen Protestanten. (In diesem Artikel wird das generische Maskulinum verwendet. Hiermit sind ausdrücklich alle Geschlechter gemeint.) Wie hatten wir's mit der Integration?

Seit vielen Jahren wird in Deutschland die Frage diskutiert, ob und wenn ja welche Auswirkungen Religion bzw. Religiosität auf die Integration von Zugewanderten hat: Fördert oder hemmt sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt (»Systemintegration«)? Fördert oder hemmt sie die Teilhabe von Menschen an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (»Sozialintegration«)?

In Deutschland geht es dabei vor allem um muslimische Migranten aus der Türkei oder arabischen Ländern. Dies hat oft zur Folge, dass die Debatte durch Einwürfe verzerrt wird. Diese können inhaltlich rassistischer Natur sein, ebenso kann es aber auch der Einwurf sein, dass die Debatte als solche rassistisch sei, weil es eben »immer nur« um Türken und Araber geht. Aus diesem Grund berichte ich, was ich erlebte, als ich nach dem Abitur für drei Jahre zum Studium nach Frankreich ging: Wir waren Migranten – wie waren wir integriert bzw. waren wir integriert? Wie beeinflusste Religion unsere Integration?

Meine Erfahrungen stehen trotz mancher Besonderheiten wie der des Aufenthaltszwecks Studium exemplarisch für die Rolle der Religion bei der Integration von Migranten: Die Anzahl der Evangelikalen liegt in Deutschland mit etwa 1,3 bis 2,5 Millionen zwischen der Anzahl der Muslime (ca. 4,5 Millionen) einerseits und den gut 100.000 Mitgliedern jüdischer Gemeinden und 80.000 Jesiden andererseits. Unter Evangelikalen finden sich »Eingeborene« ebenso wie Migranten, größere Gruppen etwa von Russlanddeutschen und Südkoreanern; außerdem Menschen, die um ihres Glaubens willen geflohen sind. Evangelikale, die Theologie studieren wollen, vermeiden ein akademisches Studium an einer Universität, es gibt eine Reihe Institutionen im In- und Ausland, in denen nach den eigenen Vorstellungen gelehrt und gelernt wird. Insofern ähneln sie Koran- oder Jeschiwa-Schulen.

### Worum geht es und was weiß man eigentlich?

In der Forschung werden Migration, Integration und Religion selten auf Kausalzusammenhänge untersucht. Aber ein paar Forschungsergebnisse gibt es doch (etwa das Jahresgutachten 2016 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integra-

tion und Migration sowie darauf beruhend die Ausführungen von Martin Weinmann und Alex Wittlif, bpb 2018).

Ganz grob formuliert: Religiosität tut der Systemintegration gut, Hochreligiosität nicht. So stärkt individuelle Religiosität den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil aktive religiöse Teilhabe das Vertrauen in Mitmenschen positiv beeinflusst. Aber wenn (hoch-)religiöse Gruppen sich abgrenzen, dann schwächt es ihn; ferner neigen hochreligiöse Personen eher zu demokratiefernen Einstellungen. Ähnlich sieht es mit der Sozialintegration aus; sie wird allerdings viel mehr durch die soziale Herkunft bestimmt als durch die Religion. Auch soziale und kulturelle Teilhabe sind bei hochreligiösen Muslimen weniger ausgeprägt. Je fester Menschen glauben, desto stärker halten sie oft an traditionellen Geschlechterrollen fest: So nimmt die Arbeitsmarkt-beteiligung bei Christinnen und vor allem Musliminnen ab, je stärker ihr Glaube ist. Auch werden religiöse Menschen seltener straffällig als nichtreligiöse, allerdings trifft dies nicht auf Muslime zu.

Wie sah es bei uns aus, den evangelikalen Protestanten in Frankreich? Waren wir Teil der französischen Gesellschaft?

*Räumliche und finanzielle Ausgrenzung:* Der Campus mit Hochschule und Wohnheim befand sich an einer Landstraße zwischen zwei Ortschaften, die fußläufig in etwa 15 bis 20 Minuten erreichbar waren und in denen es auch Bahnhöfe gab; ein Ausflug nach Paris kostete mit dem Zug allerdings etwa 30 französische Francs, umgerechnet ungefähr fünf Euro, für viele von uns nur selten erschwinglich. Außerdem benötigte der Zug für eine Fahrt eine geschlagene Stunde, dazu hatten wir nur selten die Zeit. Ein Standort in Paris wäre teuer gewesen und französische Freikirchen und ihre Studierenden haben wenig Geld. So hinderte uns unsere Religion indirekt an der Integration in die französische Gesellschaft.

*Vereinzelt Integration durch Jobs, Studium, Familie – aber nicht durch Religion.* Einige von uns finanzierten sich ihr Studium mit einem Job, etwa als Lehrer, andere waren an einer Universität in Paris eingeschrieben und absolvierten ein Parallelstudium oder schrieben eine Promotion. Arbeit oder Parallelstudium bedeuten zwangsläufig Integration, in das »normale« Arbeitsleben oder an eine »normale« Universität, setzt im Gegenzug aber Offenheit gegenüber dem Gastland voraus. Sie waren integriert. Aber ich glaube nicht, dass die Religion diese Integration gefördert (oder gehemmt) hätte.

Manche Studierende kamen aus katholischen oder auch nichtreligiösen Familien; waren sie in ihre Familie und darüber in die Gesellschaft integriert? Eher nicht, denn welche katholischen oder atheistischen Eltern hießen die Bekehrung ihrer Kinder zur evangelikalen Bewegung gut?! Wenn man einander das erste Mal begegnete, lautete eine der ersten Fragen: »Sind Deine Eltern Christen?« Ein »ja« war gut fürs Prestige, ungläubige Eltern ein verbreitetes Problem. Man hatte Angst, dass sie in die Hölle kämen. Umgekehrt hatten sicherlich auch manche Eltern diese Sorge um ihre Kinder, so erzählte ein französischer (!) Kommilitone, sein katholischer Vater betrachte seine Freikirche (Baptisten) als Sekte. Als einziger Evangelikaler machte man sich in der Familie zum Außenseiter und verdarb sich viele familiär bedingte Sozialkontakte; Ersatz gab es im evangelikalen Milieu, und Religion stand der Integration entgegen.

*Traditionelle Geschlechterrollen, Teilhabe am Arbeitsmarkt, Familie.* Wir waren 15 Frauen und 46 Männer. Die meisten Frauen trugen wadenlange Röcke oder Hosen, aber eine (europäische) Studentin trug manchmal Minirock. Evangelikale Familien in Deutschland waren eher konservativ, die Mütter blieben tendenziell zu Hause. Ähnlich schien es in afrikanischen Familien zuzugehen, aber für Französinen war es normal, zu arbeiten. Frauen vom afrikanischen Kontinent habe ich nie Theologie studieren sehen, nur eine Kommilitonin kam aus Madagaskar. Unter deutschen Evangelikalen war ein Studium selbst der evangelikalen Theologie für eine Frau zumindest unüblich, ich war die einzige Deutsche. In meiner Heimat hätte ich nicht Pastorin werden können; ich erwog, nach Frankreich zu ziehen, es studierten auch mehrere Französinen an der Hochschule. Aber selbst von ihnen wurde kaum eine Pastorin. Die Geschlechterrollen variierten je nach Herkunft – aber immer innerhalb des traditionellen Bereiches, typisch hochreligiös.

Dazu kam, dass evangelikale Christen keinen Sex vor der Ehe haben und nur untereinander heiraten sollen. Hochschulen sind Heiratsmärkte, es entstanden mehrere binationale Ehen, aber ob das der Integration diene, möchte ich bezweifeln, erstens wurden viele geschieden, zweitens blieb man ja unter sich. Auch hier stand die Religion der Integration entgegen.

*Wenig Teilhabe – aufgrund der sozialen Herkunft oder der Religion?* Mit unserer sozialen und kulturellen Teilhabe war es nicht weit her. Das lag einerseits an unseren finanziellen Möglichkeiten und daran, dass sich der Campus auf dem Land befand. Dies passt zu den Forschungsergebnissen, dass die Integration von Migranten mehr durch ihre soziale Herkunft beeinflusst wird als durch ihre Religion bzw. Religiosität. Andererseits sind soziale und kulturelle Teilhabe bei hochreligiösen Menschen weniger ausgeprägt, weil die Religionsausübung viel Zeit in Anspruch nimmt und Gemeinschaften dazu neigen, sich abzuschotten. Vor allem aber vermute ich, dass unsere Religiosität vielen von uns dem Gefühl des Auserwähltseins und dadurch einer gewissen Opferbereitschaft Vorschub leistete, aufgrund derer wir bereit waren, ein solch abgeschiedenes Leben zu führen. Wir taten es für unsere Berufung.

### **Unser Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**

*Unser Gastland brauchte uns nicht, und das spürten wir gelegentlich.* Ausländer mussten sich eine Aufenthaltserlaubnis (*carte de séjour*) ausstellen und jedes Jahr verlängern lassen. Viele ausländische Kommilitonen wussten von Schikanen zu berichten; Termine wurden nicht eingehalten, und welche Unterlagen benötigt wurden, schien sich je nach Lust und Laune der Beamten zu ändern. So fühlte man sich im Gastland nicht angenommen.

An der Hochschule selbst hatte sich eine kleine Gruppe ausländerfeindlicher französischer Studierender zusammengefunden. Wenn jemand aus dem Ausland, vor allem aus Afrika, sie grüßte, wurde er/sie überhört, und zu den Mahlzeiten mieden sie die Tische mit Ausländern. Deutschland galt ihnen als Kriegstreiber und Hochburg der akademischen Theologie – in den Augen von Evangelikalen eine echte Gefahr nicht nur für Leib und Leben, sondern vor allem für das Seelenheil. Die gemeinsame Religion ließ uns in einer Enklave leben, aber auch in dieser fühlte man sich nicht immer angenommen.

*Soziales und politisches Engagement.* Gesellschaftlich engagiert waren wir vor allem im evangelikalen Milieu, viele von uns arbeiteten – unentgeltlich – in einer französischen Kirchengemeinde. Damit taten wir etwas für die Angehörigen unserer Religion, nicht aber für die Gesamtgesellschaft.

Wie sah es mit dem politischen Engagement aus? In Deutschland kannte ich unter Evangelikalen vor allem politisch desinteressierte Menschen mit einer konservativen Grundeinstellung; auch ich selbst hatte keine Ahnung. Französinnen und Franzosen dagegen wussten über Politik gut Bescheid, ebenso die Menschen aus Afrika, viele von ihnen kamen aus Krisengebieten. Die Studentenschaft abonnierte die französische Tageszeitung *Le Monde* und *jeune afrique*, ein französischsprachiges Wochenmagazin zu Politik, Wirtschaft und Kultur Afrikas mit Redaktionssitz in Paris. Interesse an Politik schien eher kulturell als religiös bedingt. Aber wenn man es religiös begründen konnte, dann konnte daraus etwas wie die Theologie der Befreiung entstehen. Gab es das bei uns? Ich weiß es nicht.

*Traditionelle Geschlechterrollen und der gesellschaftliche Zusammenhalt.* Einmal hörte ich eine Gruppe Afrikaner diskutieren, »eine gute Frau findet man nicht, man formt sie«, sagte einer, und die anderen stimmten zu. Interne Studierende hatten jede Woche drei Stunden Gemeinschaftsarbeit zu verrichten. Hier und in anderem (deutschen) evangelikalen Umfeld erlebte ich häufig, dass sich Männer vor der Gemeinschaftsarbeit drückten, Frauen nie. So kam zum Beispiel der Kommilitone, der mit mir das Frühstücksgeschirr abwaschen sollte, regelmäßig zu spät, sodass ich die Wahl hatte: seine Arbeit liegenlassen oder zu spät zum Unterricht erscheinen. Frauen (und Männer), die nicht gegenhalten konnten, zogen sich zurück und verstummten. Ich behauptete, sie fehlten der Gesellschaft.

*Mission für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Frankreich?* Wir engagierten uns in evangelikalen Kirchen, und diese verstehen sich als missionarisch. Ich bin nach meinem Studium nach Deutschland zurückgekehrt, andere Ausländer blieben in Frankreich. Sie haben dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, vermute ich, nicht gedient, weil Evangelikale nicht tolerant sein können, denn wenn Gott die Wahrheit offenbart hat, muss man sie glauben, da gibt es nichts zu diskutieren. Christentum versteht sich in jeder Ausprägung als Stein des Anstoßes, aber wenn ein Ausländer einen katholischen Franzosen missionieren will, dann dürfte jener dies als Herabwürdigung der eigenen Religion und als Beleidigung verstehen. Die Aktivität stört das Miteinander, hemmt den Zusammenhalt.

Das Ganze ist 30 Jahre her, die Zeiten haben sich geändert. Außerdem war ich selbst für eine Evangelikale ungewöhnlich stark isoliert. Dennoch halte ich meine Erfahrungen für exemplarisch und verallgemeinerbar.

Ich glaube sagen zu können, dass wir Ausländer im Großen und Ganzen nicht besonders gut in unserem Gastland integriert waren. Die meisten von uns hatten wenig Zeit und wenig Geld, und die Hochschule befand sich weit abgelegen vom kulturellen und sozialen Angebot. Unser kulturelles und soziales Leben konzentrierte sich auf evangelikale Kreise.

Warum taten wir uns das an? Wir glaubten uns von Gott erwählt; Probleme waren entweder Prüfungen Gottes oder Versuchungen des Teufels; und je mehr davon

wir überwinden, desto, nun ja, hochwertiger, war unser Glaube. Es ist schwierig zu bewerten, ob wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Gastland förderten: Unser evangelikaler Glaube hielt uns gesetzestreu und loyal. Aber er verfestigte traditionelle Geschlechterrollen, in denen Arbeit und Macht ungerecht verteilt werden. Und unsere Religion war nicht tolerant; Toleranz aber ist wichtig, damit eine Gesellschaft funktioniert. Intolerante Religion isoliert Gemeinschaften nach außen und vertreibt freiheitsliebende Menschen, und wer sich dann abwandte, erlebte eine Art Inquisition. Das hemmte den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der Gruppe.



**Ulrike Heitmüller**

ist Politikwissenschaftlerin und Theologin. Sie schreibt über die Themen evangelikales Christentum und Kriminalität. Sie war Stipendiatin der Robert Bosch Stiftung und des französischen Außenministeriums sowie der Journalistenorganisation *netzwerk recherche*.

[info@ulrike-heimmueller.de](mailto:info@ulrike-heimmueller.de)

*Baha Güngör*

## Wer bin ich?

### Migrant/innen im Zwiespalt der Identitäten

Die hohen Wellen, die der Neonationalismus europaweit geschlagen hat und sein hinterhältiger, menschenverachtender Populismus haben in Deutschland die in den vergangenen Jahrzehnten mühsam errichteten Brücken zwischen Einwanderern und der deutschen Mehrheitsgesellschaft sehr schwer beschädigt. Die Debatten über die Integration von Zuwanderern von der ersten bis zur vierten Generation haben durch den Wirbel um den Fußballer Mesut Özil die betroffenen Menschen noch stärker unter Druck gesetzt. Ihre Loyalität zu Deutschland wird oftmals vor allem daran gemessen, ob sie sich eindeutig von ihren türkischen Wurzeln distanzieren.

Ein deutscher Nationalspieler mit einem türkischen Namen im Trikot mit der begehrten Nummer 10 und dem Bundesadler auf der Brust hatte es gewagt, zusammen mit İlkay Gündoğan den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in London zu treffen. Für alle anderen deutschen Regierungs- oder Parteivertreter, Lobbyisten für Waffenproduzenten, Pharmaunternehmen, Chemie Giganten oder auch von Organisationen, die sich um den Fortbestand des europäisch-türkischen Flüchtlingsabkommens Sorgen machen, dürfen den Staats-, Regierungs- und Parteichef ganz normal treffen, mit ihm sprechen, verhandeln oder sich gar freundlich lächelnd fotografieren lassen. Erdoğan's »Freund«, Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, durfte gar stellvertretend für Deutschland bei der Vereidigung des türkischen Staatspräsidenten dabei sein.

Das Schicksal Özils, noch einer der besseren Spieler einer in der Vorrunde der Fußball-WM in Russland ausgeschiedenen »Mannschaft«, wurde von einer verlogenen öffentlichen Debatte bestimmt. Sein Verstummen beim Abspielen der Nationalhymne wird u. a. als Zeichen dafür gewertet, dass sich Özil im deutschen Natio-

naltrikot »nicht wohl« fühle, wie ausrangierte frühere deutsche Nationalspieler den Boulevardjournalisten in die Notizblöcke diktieren. Dass auch etwa Lukas Podolski, ein sich zu seiner polnischen Abstammung und zu Polen als »Heimat« bekennender früherer deutscher Nationalkicker, die Nationalhymne nicht mitgesungen hat, ist nie ein Thema gewesen. Vergessen worden ist auch, dass die meisten Deutschen erst mit dem »Sommermärchen«, der Fußball-WM 2006 im eigenen Land, ihren Frieden mit der eigenen Fahne geschlossen hatten. Deutsche Fußballfans hatten es, ohne sich dafür schämen zu müssen, geschafft, fahnenschwenkend durch die Straßen zu ziehen; etwas, das ihnen die Italiener, die Spanier, die Portugiesen, die Türken oder die Griechen schon lange vorgemacht hatten.

### **Zwei Herzen in einer Brust**

Özil wurde öffentlich aufgefordert, zu erklären, ob er sich nun als Türke oder als Deutscher fühle. Eine Frage, die Hunderttausende junger Türkinnen und Türken seit Ewigkeiten nervt: »Hast du Deutschland lieb oder die Türkei?« Viele türkischstämmige junge Menschen, darunter auch die, die es in der deutschen Gesellschaft weit gebracht hatten und inzwischen hohe politische Ämter bekleiden, überschlugen sich mit dem Bekenntnis zu den zwei Herzen in ihrer Brust: ein deutsches und ein türkisches. Integration schließt das auch keineswegs aus. Dabei wäre es wichtig, zu erklären, ob diese beiden Herzen sich tatsächlich »auf Augenhöhe« begegnen und sich gegenseitig anerkennen.

Steckt womöglich hinter der Frage, welches der beiden Herzen in der Brust der jungen Türkinnen und Türken stärker schlage, die bislang politisch korrekt kaschierte Erwartung einer Assimilation? Bis auf die Neonationalisten in der AfD und in Teilen der C-Parteien gibt es bislang keine Anzeichen für eine nicht akzeptable Erwartungshaltung in dieser Richtung.

Die assimilierten Deutschen mit türkischen Namen und Wurzeln wird es vielleicht in zwei bis drei Generationen geben. Erst müssen die gegenwärtigen neuen Deutschen mit einer oder zwei Staatsbürgerschaften aussterben, die noch als Kinder und Enkelkinder der ersten und zweiten Zuwanderergeneration von deren Erfahrungen in der Fremde belastet sind. Die Arbeitskräfte (damals als »Gastarbeiter« bezeichnet) im Dienste des deutschen »Wirtschaftswunders« waren als Menschen uninteressant. Ihr Bildungsniveau, zumeist sehr gering, war ebenso wenig entscheidend für ihre Anwerbung wie ihre Religion oder ihre kulturellen Bräuche. Die Nachkriegsgesellschaft hat sie tunlichst gemieden, an den Rand der Gesellschaft gedrängt und in ihren Ghettos religiös und politisch extremistischen Strömungen ausgesetzt.

Welche Probleme die Türkinnen und Türken der dritten und vierten Generation mit ihren Eltern und Großeltern heute noch haben, weiß die einheimische Gesellschaft kaum. Die Betroffenen sind nicht nur damit beschäftigt, sich als in Deutschland integrierte Mitglieder der Gesellschaft durchzusetzen. Sie sind auch zerrissen zwischen den Wertvorstellungen ihrer Eltern und ihrer eigenen. Für die Eltern und Großeltern ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ältere Kinder von ihren jüngeren Geschwistern ebenso respektiert werden wie der Vater oder Großvater von der gan-

zen Familie. Doch diese konservativen anatolischen Wertewelten bröckeln inzwischen auseinander.

Dialoge wie in dem zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels noch unfertigen Film mit dem Arbeitstitel *Miß-Wahl* sind richtungweisend. So etwa der Vorwurf des jüngeren von zwei Söhnen an seinen Vater, sich nicht dem 21. Jahrhundert angepasst zu haben, weil er seine mögliche künftige Schwiegertochter wegen ihrer Teilnahme an einem Schönheitswettbewerb ablehnt. Der ältere Sohn leidet, weil er die Frau, die er liebt, wohl wegen des Drucks der Eltern und auch einiger Freunde nicht heiraten können.

Was in dem Stoff ebenso gut hervorgehoben wird, sind die Klüfte zwischen den Männern der ersten Generation je nach ihrer Herangehensweise als inzwischen aufgeklärte oder an Traditionen und Bräuchen festhaltende Familienväter. Diese Zerreißproben erschweren die Festlegung auf eine Identität als »Deutscher« oder als »Türke«. Spätestens an diesem Punkt aber beginnt die Suche nach einer gemeinsamen Identität. Wie könnte diese aber gestaltet werden?

Die noch unreifen Überlegungen nach der Entwicklung einer neuen Identität als »Deutsche« werden von Aussagen erschwert wie die von Alt-Bundespräsident Joachim Gauck. Seine Kritik an den dürftigen Deutschkenntnissen der älteren Türken in diesem Lande ist schlicht ungerechtfertigt und auch ungerecht. Von Menschen, die oft sogar nicht einmal lesen und schreiben konnten, als sie zum Arbeiten und nicht zum Integrieren angeworben worden waren, gute Deutschkenntnisse zu erwarten, ist unrealistisch. Zusammengepfercht in engen Heimen mit Schlafsälen voller Doppelbetten haben diese »Arbeitskräfte« gottergeben ihre Pflicht erfüllt: arbeiten, nicht aufmucken und dem Herrn dankbar sein.

Die Integration setzt nichts anderes voraus als die Akzeptanz des Grundgesetzes, der Regeln der öffentlichen Ordnung und der inzwischen in der Türkei nicht mehr den europäischen Maßstäben entsprechenden Gewaltenteilung. Es wird noch lange vor allem ältere Türkinnen und Türken geben, die in der Türkei ihre Heimat sehen, in Deutschland aber ihr Zuhause. Aber es können durchaus auch zwei Herzen in ihrer Brust schlagen. Keines dieser zwei Herzen kann das andere zum Stillstand bringen, ohne sich selbst einem Infarktisiko auszusetzen.

Einen Weg zu einer gemeinsamen Identität bieten die Bemühungen von »neuen Deutschen«. Sie engagieren sich in Organisationen wie »Neue deutsche Medienmacher«, »Neue deutsche Organisationen« oder »Deutscher Soldat« für ein »inklusives Deutschland«, in dem Vielfalt als eine Selbstverständlichkeit akzeptiert wird. Nicht-deutsche Namen, die Hautfarbe oder die von Vorgängergenerationen vererbten kulturellen Wurzeln sollen nicht mehr darüber entscheiden, wer in die Führungspositionen bei gleicher Eignung mit deutschen Mitbewerbern aufsteigt und wer in den unteren Schubladen der Unternehmenshierarchien zurückbleibt.

### »Postmigrantische Bewegung«

Diese neue »postmigrantische Bewegung« strebt aber nicht nur gleichberechtigte Chancen z. B. beim Berufseinstieg an. Vielmehr setzt sie sich gegen den neuen, vor allem von der AfD zu verantwortenden Anstieg rassistischer Gefahren für das ge-

meinsame Deutschland zur Wehr. Damit haben die »neuen Deutschen« den Schulterschluss mit deutschen Demokraten und zeitgenössischen Gesellschaftsschichten bereits geschafft. Zudem haben sie aufgezeigt, wie die neue gemeinsame Identität gestaltet werden kann. Deutsche, die ihre Herkunft nicht leugnen, diese jedoch gewinnbringend in die Waagschale einer neuen, vielfältigen deutschen Mehrheitsgesellschaft legen.

Sollten diese Ziele erreicht werden, wird auch Erdoğan es nicht mehr so leicht haben, neue Anhänger/innen für seine Alleinherrschaft zu rekrutieren. Menschen mit türkischen Namen und Wurzeln werden dann keinen Präsidenten aus der Türkei mehr brauchen, der ihnen eine neue Identifikation über die Religion und türkischen Nationalismus gibt. Nur dann wird es immer weniger Türiinnen und Türiken am Rand der Gesellschaft geben, die sich von undemokratischen Phrasen und nationalistischem Getöse aus der Türikeit einfangen lassen.



**Baha Güngör**

ist Journalist und arbeitete für verschiedene Tageszeitungen. Er war u. a. für die *dpa* und die *WAZ* tätig und leitete die Türikeitredaktion der Deutschen Welle. Im Oktober 2018 erscheint bei J.H.W. Dietz sein neues Buch: *Hüzün ... das heißt Sehnsucht. Wie wir Deutsche wurden und Türiken blieben.*

[gungorbaha@hotmail.com](mailto:gungorbaha@hotmail.com)

*Paul Collier*

## **Asylpolitik neu denken**

### **Vorschläge für ein erfolgversprechendes System**

Bevor ich meinen ökonomischen Blick auf die aktuelle Flucht- und Migrationsthematik werfe, erlauben Sie mir ein paar Worte über meinen Vater Karl Hellenschmidt jr., der mich in zweierlei Hinsicht prägte. Er verließ die Schule mit nicht einmal zwölf Jahren (genauso wie meine Mutter) und entsprechend war ihr beider Leben von großer Frustration und mangelnden Lebenschancen geprägt. In dieser Umgebung wuchs ich auf. Zugleich war mein Vater ein bemerkenswert kluger Mann – von ihm lernte ich das Denken. Mit dieser Fähigkeit genoss ich eine außerordentlich gute Ausbildung und doch waren es insbesondere mein Vater und seine Unterweisung, welche mich nachhaltig beeinflussten.

Mein Lebenswerk fand maßgeblich in Gesellschaften statt, in denen ich meinen Vater und meine Mutter millionenfach wiedersah – Menschen, für die die Chancen der modernen Welt unerreichbar blieben und die somit unnötig frustrierte Leben führten. Nahezu mein gesamtes Berufsleben habe ich damit zugebracht, Chancen zu schaffen, wo Frustration herrscht, doch glaube ich nicht, dass wir im Falle der Zuwanderung den richtigen Weg eingeschlagen haben, und hoffe, Sie von dieser These ein Stück weit überzeugen zu können.

Ich bin (neben Alexander Betts) Autor des Buches *Refuge. Transforming a Broken Refugee System*, welches die existierenden Strukturen der Flucht- und Asylpolitik an-

klagt – eines maroden, katastrophal gescheiterten Systems. Dieses Scheitern begründet sich in zwei Umständen. Zum einen ist es das Ergebnis einer seit 70 Jahren unverändert bestehenden Struktur, die in ihrer gegenwärtigen Architektur nicht mehr reformierbar ist. Verstärkt durch einen politischen Populismus – Entscheidungen, die kurz und bestenfalls mittelfristig wirksam scheinen, aber beim ersten Auftreten unerwarteter Konsequenzen aufgegeben oder ins Gegenteil verkehrt werden – taumelt dieses System seit Jahren zwischen zwei Welten hin und her: dem herzlosen Kopf, grausam, unachtsam gegenüber dem humanitär Gebotenen, und dem kopflösen Herz, emotional, bar jeglicher Rationalität.

### **Flucht ist keine Migration**

Den entscheidenden Punkt, den ich für die folgende Argumentation und knappe Analyse dieses gescheiterten Systems deutlich machen möchte, ist der folgende: Flüchtende sind keine Migranten. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass eine gewaltige Anzahl von Menschen, nämlich mindestens eine Milliarde weltweit, den mehr oder minder ausgeprägten Wunsch hegen, auszuwandern, also gerne in einem anderen Land als dem eigenen leben würden. Daneben gibt es etwa 20 Millionen Menschen, die sich auf der Flucht (außerhalb ihres Heimatlandes) befinden. Der Versuch, das Verlangen von einer Milliarde Menschen nach Migration zu befriedigen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt; unsere Pflicht den Flüchtenden gegenüber nachzukommen, ist hingegen absolut umsetzbar.

Anders als Migranten verlassen Flüchtende ihre Heimat nicht freiwillig. Sie tun es aus Gründen höherer Gewalt, angetrieben von der Furcht vor Krieg, Unterdrückung oder Hungersnöten. Dagegen gehen Migranten aus freien Stücken, sie werden angetrieben von Hoffnung, nicht von Angst. Der Flüchtende strebt nach der Wiederherstellung der Normalität; der Migrant hofft auf ein neues Leben. Während Flüchtende nach Zufluchtshäfen suchen, also Orten, die sicher sind, suchen die Migranten Honigtöpfe, das heißt Orte, an denen es sich gut leben lässt. Zwischen beiden gibt es keine Überschneidung. Jedes der zehn wichtigsten Zufluchtsländer, darunter die Türkei, Pakistan, der Libanon und der Iran, ist heute ein Land der Auswanderung, in dem Flüchtende eintreffen und aus dem Migranten weggehen.

Unsere Verantwortung gegenüber diesen beiden Gruppen ist also völlig konträr. Die Pflicht gegenüber Flüchtenden besteht darin, sie aus der Gefahr zu retten und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, wieder ein halbwegs normales Leben zu führen. Haben wir auch den Migranten gegenüber eine Pflicht? Ein Recht auf Auswanderung kann und sollte es nicht geben – weder rechtlich noch moralisch. Es gibt allerdings eine Pflicht, gegen die Ursachen von Migrationsbewegungen aus sehr armen Ländern etwas zu unternehmen. Was diese Menschen treibt, ist häufig die totale Hoffnungslosigkeit. Doch besteht die Lösung nicht darin, das Land zu verlassen; vielmehr müssen wir die Hoffnung in diese Gesellschaften zurückbringen.

Aus meiner Arbeit weiß ich, wie schwierig dies ist. Nehmen wir als Beispiel Mali, welches bis zu den Tumulten in Libyen auf einem guten Weg war – bis 800 bewaffnete Männer, beauftragte Söldner Muammar al-Gaddafis, ins Land kamen. Weil die in das Land fließenden Entwicklungshilfeleistungen und Spendengelder

nicht für die Rüstung verwendet werden durften, blieb Mali vollkommen schutzlos. Auch die in Stuttgart zum Schutz afrikanischer Staaten und Bürger stationierten US-Soldaten der Einrichtung AFRICOM (*Africa Command*) schritten nicht ein. Wir versagen in unserer Verpflichtung, Hoffnung in die ärmsten Länder zu bringen, doch müssen wir uns auch klarmachen, dass Auswanderung nicht die Lösung sein kann.

### Das Scheitern zweier Institutionen

Wir haben zwei Institutionen, die unseren Umgang mit flüchtenden und asylsuchenden Menschen maßgeblich bestimmen, und ich halte sie beide für hoffnungslos zum Scheitern verurteilt: den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Genfer Flüchtlingskonvention. Der UNHCR ist ein rein humanitäres Amt, jedoch ist die zentrale Herausforderung in der Flucht- und Asylpolitik wirtschaftlich und nicht humanitär. Der UNHCR befindet sich noch heute in einer Welt der späten 40er Jahre, als Schutz und die Versorgung mit Nahrung Priorität hatten.

In meiner Familie gibt es ein Dokument über die deutsche Fluchtbewegung nach Ende des Zweiten Weltkriegs, in dem es um verzweifelte Lebenslagen von Millionen von Deutschen geht – Flüchtende, die aus den östlichen Gebieten geflohen oder von dort vertrieben waren; ihre Hauptsorge waren Essen und ein Dach über dem Kopf. Dies stellt sich heute anders dar: Der durchschnittliche Geflüchtete ist bereits seit vielen Jahren auf der Flucht und strebt in erster Linie nach Wiederherstellung von Autonomie und Würde. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit, sich den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. So gesehen ist der UNHCR für die meisten Flüchtenden aus Syrien völlig irrelevant, denn nur ein geringer Anteil von diesen sucht in den Lagern Zuflucht. Der überwiegende Teil, etwa 80 %, geht direkt in die Städte, um illegal zu arbeiten. Diese Flüchtenden verzichten auf Nahrung und Unterkunft in den Lagern und nutzen stattdessen die Möglichkeit, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, und vermutlich würden wir alle es ihnen gleichtun.

Als humanitäre Einrichtung hat der UNHCR wie viele große Bürokratien heute unüberschaubare Ausmaße angenommen und operiert vermehrt im Sinne einer Notfall- oder Katastrophenhilfe. Diese kurzfristige humanitäre Notfallversorgung kann den längerfristigen wirtschaftlichen Bedürfnissen der Flüchtenden jedoch nicht gerecht werden; dem UNHCR mangelt es leider an Kapazitäten, um in diesem Sinne strategisch über die Fluchtfrage nachzudenken.

Mit noch größeren Widersprüchen sehen wir uns bei der Genfer Flüchtlingskonvention konfrontiert. Sie ist ein historisches Relikt, eine Reaktion auf die Expansionspolitik der Sowjetunion zu Beginn des Kalten Krieges. Nachdem der Eiserne Vorhang Europa 1948 in zwei Machtsphären geteilt hatte, beschlossen die USA, Geflüchtete aus Osteuropa nicht mehr in diese Länder zurückzuführen, um sie vor Verfolgung und Unterdrückung durch die kommunistischen Machthaber zu schützen. Die Flüchtlingskonvention war also einem ganz spezifischen historischen Kontext geschuldet – es ging um Verfolgung und es ging um Osteuropa. Dies hielt Europa freilich nicht davon ab, das Dokument später für universell gültig zu erklären – ein typischer Akt

des Eurozentrismus. Wie wenig universell die Konvention tatsächlich ist, lässt sich allein daran ablesen, dass sie von keinem einzigen der zehn größten Aufnahmeländer unterzeichnet wurde. Damit ist sie für unsere heutige Lage von Flucht und Asyl irrelevant. Nach Inkrafttreten der Konvention haben Juristen ihren Wortlaut immer wieder neu gedehnt und nach den Gegebenheiten der jeweiligen Situation und des jeweiligen Landes interpretiert, bis der heute existierende Flickenteppich daraus geworden ist. Dies kann kaum Grundlage für eine zielführende Flucht- und Asylpolitik sein.

### **Arbeit, wo Arbeit gebraucht wird**

Die Hauptaufgabe liegt in der Schaffung von Arbeitsplätzen, wo diese benötigt werden. Anstatt die Geflüchteten nach Europa zu bringen, sollten sie in näher gelegenen Zufluchtshäfen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Dies hat gleich zwei Vorteile: Zunächst sind die Wege dahin kurz und weniger gefährlich. Flucht ist keine Wahl und nur eingeschränkt planbar; es ist ein Fliehen vor unsicheren Orten, Massengewalt und Mangel. Die wenigsten Flüchtenden, unter denen sich auch Alte, Frauen und Kinder befinden, sind in der Lage, lange Strecken zurückzulegen. Sie verbleiben als Binnengeflüchtete innerhalb der Grenzen des Herkunftslandes. Nur die, die es über die Grenze schaffen, nehmen wir überhaupt als Flüchtende wahr. Ihnen müssen wir vor Ort Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Der zweite Vorteil bezieht sich auf das Bestreben von Geflüchteten, in ihre Heimat zurückzukehren, sobald der Konflikt vorüber ist. Auch wenn es für uns manchmal so scheinen mag, als würden die Konflikte niemals enden, enden sie irgendwann. Deshalb müssen wir uns auf die Zeit nach der Beendigung eines Konflikts vorbereiten. Die Geflüchteten tun dies gewiss – zumindest gedanklich. Sie möchten in ihre Heimat zurückkehren. Und das ist für sie einfacher, wenn ihr Zufluchtsort möglichst nahe bei ihrem Herkunftsland liegt. Doch haben wir gerade diese regionalen Zufluchtshäfen massiv vernachlässigt.

Im syrischen Fall wurden seit 2011 etwa zehn Millionen Menschen – gut die Hälfte der syrischen Bevölkerung – vertrieben. Etwa die Hälfte von ihnen schaffte es in die Türkei, nach Jordanien oder den Libanon und blieb dort. Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung sind keine genaueren Zahlen vorhanden. Von der internationalen Gemeinschaft wurde dies zunächst weitgehend ignoriert und die drei Staaten mit dem Problem alleingelassen. Jordanien, das mich als Experten konsultiert hatte, befand sich zum Beispiel in einer verzweifelten Situation, weil seine Staatsverschuldung aufgrund der immensen Ausgaben für die Geflüchteten regelrecht explodiert war. Deutschland hatte seine Hilfszahlungen unterdessen halbiert.

Niemand sollte versucht sein, in ein Boot zu steigen und sein Leben aufs Spiel zu setzen. Anstatt Flüchtende zu uns zu bringen, müssen wir die Lage in den Zufluchtshäfen verbessern – dort wo die meisten von ihnen ohnehin längst leben und arbeiten wollen. Es ist viel einfacher, Arbeit für Geflüchtete in den Zufluchtshäfen zu organisieren als in einem hoch entwickelten Industrieland wie Deutschland, dessen Arbeitskräftebedarf von den meist unterdurchschnittlich qualifizierten Geflüchteten nicht abgedeckt werden kann. Die hohe Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik basiert auf einem hohen Qualifikationsniveau und langen Ausbildungszeiten, was an

den wirklichen Bedürfnissen eines Geflüchteten vorbegeht. Diese brauchen sofort einen Job für die nächsten Jahre – bevor sie in ihre Heimatländer zurückgehen – und keine Deutschkurse und fachspezifische Lehrgänge, die sie auf ein dauerhaftes Leben in der Fremde vorbereiten.

In einer Umfrage wurden die 30 führenden deutschen DAX-Unternehmen im Juni 2016 nach der Zahl der Arbeitsplätze gefragt, die sie in Deutschland für Geflüchtete schaffen könnten. Tatsächlich hatte die Deutsche Post bis dahin 50 und die übrigen 29 Unternehmen zusammen ganze vier Stellen bereitgehalten. Gleichzeitig wurden etwa 2.700 zusätzliche Praktikumsplätze und 300 Ausbildungsplätze geschaffen, die jedoch nur teilweise besetzt werden konnten, wie die *FAZ* berichtete. Dieselben deutschen Unternehmen haben in den letzten zwei Jahrzehnten Hunderttausende Jobs zuerst nach Polen und später in die Türkei ausgelagert. Wenn sie Arbeitsplätze für türkische Staatsbürger in der Türkei schaffen können, warum ist das nicht auch für syrische Geflüchtete in der Türkei oder in Jordanien möglich? Dafür müssen wir die Politik aus den Gerichtssälen rausholen und in die Vorstandsetagen tragen.

### Vorausschauende Strategien für die Zeit nach dem Konflikt

Abschließend ein paar Worte über eine unglückliche Nebenwirkung der aktuellen Flucht- und Asylpolitik. Krisengebiete erholen sich in der Zeit nach dem Konflikt nur langsam, insbesondere, wenn wirtschaftliche Strukturen wie im syrischen Falle nahezu vollständig zerschlagen wurden. Problematisch und langwierig gestaltet sich dabei nicht so sehr der physische Wiederaufbau sondern der Wiederaufbau dieser zerstörten Strukturen. Mit Letzterem können wir jedoch schon vor Ende des Konfliktes beginnen. Wenn wir Arbeitsplätze für Geflüchtete in Zufluchtshäfen schaffen, sollten wir dort ebenso Unternehmen etablieren, die nach Ende des Konflikts nach Syrien weiterziehen. Die Rahmenbedingungen der modernen Privatwirtschaft erlauben, dass ein Unternehmen erfolgreich in Jordanien tätig sein und zu einem späteren Zeitpunkt vollständig oder mit einem Teil seiner Belegschaft nach Syrien umsiedeln kann. Wenn wir mit einer solchen Planung in den Zufluchtshäfen jetzt beginnen, lässt sich dem Risiko einer fortgesetzten politischen und wirtschaftlichen Instabilität vorbeugen. Erfahrungsgemäß ist die Gefahr eines erneuten Ausbruchs der Konflikte in solchen Gesellschaften hoch. Die Erholung der Wirtschaft könnte insofern einen wichtigen Beitrag zur regionalen Friedenssicherung leisten.

Ohne es zu wollen, ist Deutschland für eine sehr ausgewählte Gruppe von Flüchtenden attraktiv geworden. Dadurch hat die Bundesrepublik Geflüchtete, die sich längst in Zufluchtshäfen befanden, faktisch zu Migranten gemacht. Doch wurden sie nicht alle zu Migranten, sondern nur diejenigen, die in der Lage waren, die Reise zu bewältigen, und diejenigen, die am stärksten von einer verheißungsvollen Aussicht auf ein zukünftiges Leben in Deutschland angezogen wurden. Laut einer qualitativen und quantitativen Umfragereihe wurde als wichtigster Grund dabei nicht die wirtschaftliche oder wohlfahrtsstaatliche Situation Deutschlands, sondern die Achtung der Menschenrechte genannt (IAB-Forschungsbericht 9/2016).

Verlässliche und präzise Zahlen sind derzeit nicht verfügbar, aber ein überdurchschnittlich hoher Anteil der syrischen Bevölkerung in Hochschulausbildung oder

mit Hochschulabschluss befindet sich derzeit in Deutschland. Das ist potenziell verheerend für eine nachhaltige Wirtschafts- und Friedenssicherung in der Zeit nach dem Konflikt in Syrien, die unter anderem auf den erfolgreichen Wiederaufbau der Verwaltung, der Unternehmensstrukturen und des Steuersystems angewiesen sind. Dafür bedarf es Hochschulabsolventen, an denen es in all diesen Gesellschaften mangelt. Deutschland ist darum bemüht, syrische Geflüchtete in Deutschland zu integrieren, ihnen die Sprache beizubringen, eine Zukunft zu ermöglichen, sie dezentral unterzubringen – kurz, sie zu Deutschen zu machen. Aus einer nationalen Perspektive mag dies erstrebenswert sein. Doch verzögert die Bundesrepublik damit den Wiederaufbau in der Bürgerkriegsregion und gefährdet so ungewollt deren friedliche Entwicklung und Stabilität. Diesen Albtraum müssen wir verhindern.

*(Der Text basiert auf einem Vortrag, den Paul Collier 2016 in Bonn gehalten hat. Er wurde transkribiert, übersetzt, bearbeitet und ergänzt von Thorsten Stolzenberg. Der Beitrag ist ebenfalls in dem Buch »Flucht, Transit, Asyl. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein europäisches Versprechen« erschienen, das von Ursula Bitzegeio, Frank Decker, Sandra Fischer und Thorsten Stolzenberg herausgegeben wurde und 2018 bei J.H.W. Dietz in Bonn erschienen ist, 472 S., 32 €.)*



**Paul Collier**

ist Professor für Ökonomie an der Universität Oxford und einer der führenden Migrationsforscher. Zuletzt erschien 2017 bei Siedler: *Gestrandet. Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist.*

[jayne.smith@bsg.ox.ac.uk](mailto:jayne.smith@bsg.ox.ac.uk)

Sascha Krannich

## Wir brauchen einen neuen Rahmen

### Wie ein kohärentes Zuwanderungs- und Integrationsgesetz aussehen könnte

Die öffentliche Migrationsdebatte in Deutschland wurde in den letzten Jahren vor allem durch zwei Themen bestimmt: zum einen durch die sogenannte »Flüchtlingskrise« und die Frage, wie viele Geflüchtete Deutschland aufnehmen kann und wie diese in die Gesellschaft integriert werden sollen, zum anderen durch die Diskussion über den Fachkräftemangel in Deutschland und inwieweit dieser durch Erwerbszuwanderung beseitigt werden kann. Diese Debatten haben sich meines Erachtens allerdings sehr oft in Detailfragen erschöpft und es häufig versäumt, die Zuwanderungspolitik insgesamt in den Blick zu nehmen, d. h. der Grundfrage nachzugehen, inwieweit allgemeine Zuwanderungsregelungen und dazugehörige Integrationsmaßnahmen für verschiedene Zuwanderungsgruppen wie Erwerbs-, Bildungs-, Fluchtmigrant/innen und deren Familienangehörige in *einem* Gesetz konzipiert werden können. Denn Zuwanderung und Integration sind zwei Seiten derselben Medaille und praktisch nicht zu trennen. Um dieser Grundfrage nachzugehen, möchte ich

fünf Aspekte herausgreifen und diskutieren, die meines Erachtens zentral sind und die man für die Konzeption eines neuen und kohärenten Einwanderungs- und Integrationsgesetzes bedenken sollte.

*Erstens: Einfache und nachvollziehbare Darstellung der Einwanderungs- und Integrationsregelungen in einem neuen Gesetz aus einem Guss.* Warum brauchen wir überhaupt ein neues Zuwanderungsgesetz? In Deutschland gibt es für die einzelnen Zuwanderungsgruppen zahlreiche Gesetze und Verordnungen. Manche sprechen sogar von einem gesetzlichen »Flickenteppich«, der durch immer neue Gesetze über die Jahrzehnte größer geworden ist.

Bereits die Süsmuth-Kommission versuchte Anfang der Nullerjahre dieses Problem zu lösen und arbeitete das Zuwanderungsgesetz (ZuwG) aus, das im Jahr 2005 in Kraft trat und das ältere Ausländergesetz und Aufenthaltsgesetz ablöste. Das ZuwG besteht allerdings aus verschiedenen Gesetzen wie dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG), und wurde durch weitere Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen in den letzten Jahren ergänzt. Darunter sind unter anderem das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz (ArbMigrStG) von 2008, die Beschäftigungsverordnung (BeschV) von 2013, die zwei Asylpakete von 2015 und das Integrationsgesetz von 2016 auf Bundesebene sowie zahlreiche Integrationsregelungen auf Länderebene.

So werden zum Beispiel Fragen der Zuwanderung, Beschäftigung und Integration für ein und dieselbe Zuwanderungsgruppe in verschiedenen Gesetzen geregelt. Allein für die Erwerbszuwanderung gibt es inzwischen fast 50 Einzelregelungen. Dabei gibt es für viele Berufsgruppen – wie Spezialitätenköche, Schaustellergehilfen oder Sprachlehrer – spezielle Regelungen. Einen Überblick darüber zu gewinnen, ist mir und meinen Kolleg/innen sehr schwer gefallen, und viele andere Wissenschaftler/innen und Politiker/innen haben ebenfalls Probleme, diese umfangreiche Gesetzeslage zu überblicken.

Ein neues Einwanderungsgesetz, wie es im letzten Wahlkampf diskutiert wurde, oder ein sogenanntes Einwanderungsgesetzbuch (EGB), wie es der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in seinem letzten Jahrgutachten vorschlug, könnte zu einer Vereinfachung und damit zu einer größeren Nachvollziehbarkeit der Regelungen beitragen. Dabei wäre es wichtig, die bisherigen Regelungen nicht durch zusätzlich verabschiedete Regelungen zu ergänzen, sondern die bisher bestehenden Regelungen neu zu ordnen, zu korrigieren und einfach darzustellen. In einem neuen Gesetz sollten alle Bereiche der Zuwanderung und Integration geregelt werden: Bildung, Spracherwerb, Wohnung, Arbeit, Familie, Asyl, Aufenthaltsregelungen, Staatsangehörigkeit etc.

*Zweitens: Einheitliche, transparente und flexible Regelungen der Erwerbszuwanderung durch ein Punktesystem als wesentlicher Bestandteil eines neuen Gesetzes.* Ein zentraler Bestandteil eines neuen Einwanderungsgesetzes könnte ein Punktesystem sein. Darunter versteht man die Auswahl von Erwerbsmigrant/innen nach bestimmten Kriterien (wie Alter, Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse etc.), für die jeweils Punkte vergeben werden. Ein Punktesystem würde es ausländischen Fachkräften ermöglichen, auch ohne konkrete Arbeitsplatzzusage von einem deutschen Unternehmen nach Deutschland einzuwandern. Die Vorteile eines an

den Bedürfnissen Deutschlands ausgerichteten Punktesystems sind Einheitlichkeit, Transparenz und Flexibilität. Ein Vergleich der Punktesysteme klassischer Einwanderungsländer – Kanada, Australien und Neuseeland – den wir vor zwei Jahren in einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unternommen haben, hat gezeigt, dass die Einführung eines Punktesystems zu einer wesentlichen Vereinheitlichung und somit auch einer Vereinfachung der oftmals komplexen und unübersichtlichen Einwanderungsregelungen beigetragen hat, weil alle verschiedenen Gruppen der Erwerbszuwanderung durch das Punktesystem koordiniert werden. Das würde auch bei uns zu einer einheitlichen und übersichtlichen Gestaltung der Einwanderungspolitik beitragen, über die man sich einen schnellen Überblick verschaffen und die man auch besser nach außen präsentieren kann.

Dies könnte auch die Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes für hochqualifizierte Arbeitskräfte erhöhen, die dringend benötigt werden. Denn aufgrund der demografischen Entwicklung prognostiziert eine Studie der Bertelsmann Stiftung, dass weiterhin pro Jahr zwischen 275.000 und 500.000 Fachkräfte aus Drittstaaten (also außerhalb der EU) zuwandern müssten, um das gegenwärtige Erwerbspotenzial in Deutschland bis 2050 stabil zu halten. Im Jahr 2015 sind gerade einmal 6.800 Fachkräfte mit der *EU Blue Card* nach Deutschland gekommen. Dabei werden nicht nur Fachkräfte in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), wo es laut einer aktuellen Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft bereits 315.000 unbesetzte Stellen gibt, sondern auch beruflich qualifizierte Arbeitskräfte, z. B. in der Alten- und Krankenpflege, dringend benötigt. Zudem wäre ein Punktesystem flexibel, da man die jeweiligen Auswahlkriterien durch eine veränderte Punktevergabe an neue ökonomische und politische Gegebenheiten anpassen kann, ohne dass es gleich zu einer erneuten Gesetzesänderung kommen muss.

*Drittens: Nachvollziehbare und auf Dauer ausgerichtete Aufenthaltsregelungen für verschiedene Zuwanderungsgruppen.* Ein wesentlicher Teil der Zuwanderungsregelungen sind die Aufenthaltsregelungen von Zuwanderern, die ebenfalls vereinheitlicht werden sollten, d. h. es sollte geregelt werden, wie lange und zu welchem Zweck Zuwanderer in Deutschland leben dürfen. Gegenwärtig gibt es sehr unterschiedliche Regelungen für die einzelnen Gruppen.

Nehmen wir nur einmal die unterschiedlichen Regelungen für Zuwanderer, die zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland sind: Während Auszubildende aus Drittstaaten (also außerhalb der EU) nach der Ausbildung nur für weitere zwölf Monate zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland bleiben dürfen, dürfen Studierende aus Drittstaaten 18 Monate nach dem Studium zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland bleiben, und hochqualifizierte Fachkräfte wiederum dürfen direkt aus einem Drittstaat für nur sechs Monate zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland kommen. Diese doch sehr unterschiedlichen Regelungen könnte man vereinheitlichen und zum Beispiel allen Zuwanderungsgruppen einen Zeitraum von 18 Monaten zur Arbeitsplatzsuche einräumen.

Darüber hinaus sollte es, neben hochqualifizierten Zuwanderern, auch beruflich qualifizierten Zuwanderern, z. B. Pflegekräften oder Handwerkern, ohne Arbeitsplatzzusage ermöglicht werden, für einen bestimmten Zeitraum zur Arbeitsplatz-

suche nach Deutschland zu kommen. Gegenwärtig 36.000 unbesetzte Stellen in der Alten- und Krankenpflege zeigen, dass auch diese Zuwanderungsgruppe sehr stark auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachgefragt wird. Aufgrund dieser hohen Nachfrage sollten sich auch Asylbewerber/innen von Beginn an um einen Arbeitsplatz bewerben können, und nicht erst drei Monate nach der Ankunft in Deutschland. Denn erste Studien haben gezeigt, dass auch unter den Geflüchteten einige ausgebildete Pflegekräfte und Handwerker zu finden sind, oder welche, die eine Ausbildung in diesem Bereich beginnen wollen. Um mehr Anreize für eine schnellere Integration zu liefern, könnte man die Einbürgerung von Zuwanderern, egal welcher Zuwanderungsgruppe, bereits nach vier oder fünf Jahren ermöglichen (wie es auch in klassischen Einwanderungsländern wie den USA oder Australien der Fall ist), anstatt wie bisher nach acht Jahren.

*Viertens: Mögliche Regelungen für einen Übergang in einen anderen Aufenthaltsstatus.* Im Rahmen eines neuen Einwanderungsgesetzes könnten auch Regelungen für verschiedene Zuwanderungsgruppen für einen Übergang in einen anderen Aufenthaltsstatus ermöglicht werden. Demnach könnten sich zum Beispiel Flüchtlinge, wenn sie die notwendigen Qualifikationen haben, über das Punktesystem für einen Aufenthaltsstatus als Erwerbsmigranten in Deutschland bewerben. Dies könnten sie direkt vom Herkunftsland aus machen, oder wenn sie bereits in Deutschland sind und noch einen Status als Geflüchtete oder Asylbewerber haben. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Zuwanderung und Integration von Geflüchteten ist dieser Punkt sicher überlegenswert. Aufgrund der transparenten Gestaltung eines Punktesystems könnten sich Flüchtlinge leichter darüber informieren, welche Qualifikationen besonders nachgefragt werden und welche Sprachanforderungen bestehen.

Zudem würden dadurch legale Zuwanderungsmöglichkeiten aus Drittstaaten geschaffen. Im neuseeländischen Punktesystem ist dies bereits möglich. Geflüchteten, die ihr Heimatland aufgrund von Krieg und Unterdrückung verlassen mussten und denen eine Bewerbung über das Punktesystem nicht möglich ist, sollte natürlich weiterhin nach den Richtlinien der Genfer Flüchtlingskonvention und dem EU-Asylrecht Schutz in Deutschland gewährt werden. Auch ausländischen Studierenden und temporären bzw. saisonalen Arbeitskräften sollte es jederzeit ermöglicht werden, sich um einen (dauerhaften) Arbeitsplatz in Deutschland bewerben und somit einen Aufenthaltsstatuswechsel vornehmen zu können.

*Fünftens: Gezielte Integrationsangebote für alle Zuwanderungsgruppen.* Um Zugewanderten eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland zu bieten, sollten auch die Integrationsmaßnahmen im Rahmen eines neuen Gesetzes verstärkt werden. Grundsätzlich kann der Staat die Integration von Zuwanderern nicht verordnen, sondern nur Rahmenbedingungen setzen und Leistungen anbieten, damit Integration funktionieren kann. Dabei stellen sich vor allem zwei Fragen: Welche Leistungen können angeboten werden? Und: Wie können diese Leistungen angeboten werden?

Grundsätzlich haben alle Zuwanderer – egal ob Erwerbszuwanderer oder Geflüchtete – ähnliche Grundbedürfnisse. Langfristig brauchen alle eine Wohnung, eine Arbeit, wollen die Sprache erlernen, ihre Kinder zur Schule schicken und an

gesellschaftlichen Begebenheiten und Angeboten teilhaben. Der Staat sollte den Zuwanderern, die es nicht aus eigener Kraft schaffen, dabei helfen, diese Grundbedürfnisse zu befriedigen. Hierbei spielen die Kommunen eine besondere Rolle, da die vom Staat erlassenen Integrationsgesetze zumeist auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Durch die bundesweite Einrichtung von sogenannten Welcome Centers (wie es sie bereits in Kanada oder auch schon im Baden-Württemberg gibt) in möglichst vielen Städten, könnte man gezielte Integrationsmaßnahmen für alle Zuwanderungsgruppen direkt vor Ort gebündelt und zentral koordiniert anbieten. Dazu gehören neben Sprachkursen, Fortbildungsangeboten und Hilfeleistungen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche auch Kultur- und Freizeitveranstaltungen in der Region, um sich schneller an die neue Umgebung gewöhnen und häufiger mit der Aufnahmegesellschaft in Kontakt kommen zu können. Die Mitarbeiter/innen in den Welcome Centers könnten in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen Beschäftigungs- und Mentoringprogramme anbieten (wie es sie bereits in Australien gibt), die sich sowohl an die Hauptzuwanderer als auch an deren Familienangehörige richten, um sie bei einer schnellen Arbeitsmarkteingliederung zu unterstützen. In diese Integrationsarbeit könnte auch die lokale Zivilgesellschaft wie Religions-, Kultur- oder Sportvereine, aber auch die Migrantorganisationen selbst eingebunden werden, weil diese die Bedürfnisse und Interessen der Zuwanderinnen und Zuwanderer meistens am besten kennen.

Insgesamt ist es wichtig, deutlich zu machen, dass ein liberales und kohärentes Einwanderungs- und Integrationsgesetz zwar einen guten Rahmen für Zuwanderung bildet, aber noch nicht den gesamten Erfolg eines Einwanderungslandes ausmacht. Es ist auch entscheidend, dass sich Deutschland selbstbewusst als Einwanderungsland nach außen darstellt und aktiv für Zuwanderung wirbt. Im Vordergrund kann dabei eine Mischung aus sehr guten Jobmöglichkeiten und dem »Land als Ganzem«, das eine hohe Lebensqualität in der Mitte Europas verspricht, stehen. Zudem können Botschaften und Konsulate – nach australischem Vorbild – Ausstellungen mit dem Titel »Ideas and Skills Germany Needs« in potenziellen Herkunftsländern durchführen. Dabei können sich deutsche Unternehmen und Verwaltungseinrichtungen präsentieren und um Fachkräfte werben. Auch Partnerorganisationen im Ausland können darin eingebunden werden, sowie Migrant/innen, die bereits in Deutschland leben und als »Botschafter/innen« ihre beruflichen und gesellschaftlichen Erfolgsgeschichten, von denen es bereits zahlreiche in Deutschland gibt, in den Herkunftsländern erzählen.



#### **Sascha Krannich**

ist Research Fellow am Forschungskolleg der Universität Siegen (FoKoS) und Lehrbeauftragter an der Hochschule Fulda. Er promovierte als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung im Fach Politikwissenschaft an der Universität Münster.

[sascha.krannich@uni-siegen.de](mailto:sascha.krannich@uni-siegen.de)

Thomas Meyer

## Integration – Einsichten und Fallstricke

Die bisherige Debatte über Integration präsentiert sich als Wechselbad von Fortschritten und Rückschritten, vor allem bedingt durch die überpolitisierten Zugänge. Die jüngsten Belege dafür sind die im Ergebnis genau entgegengesetzten Studien zweier Sozialwissenschaftler mit spezieller arabisch-islamischer Expertise, die eine informative Verbindung von Innen- und Außensicht erwarten lassen. Tatsächlich aber scheinen ihre konträren Schlussfolgerungen verschiedenen Real- und Denkwelten zu entspringen. Aladin El-Mafaalanis Fazit in seinem Buch *Das Integrationsparadox* lautet, Integration in Deutschland gelinge immer besser, wir hätten nur noch den falschen Blick darauf. Der Politikwissenschaftler und Soziologe arbeitet mittels einer verkürzten Konflikttheorie auf eine tief greifende Wahrnehmungsänderung der Gesellschaft hin, in deren Licht sich fast alles, was heutzutage als Problem unbewältigter Integration erscheint, in lauter Fortschritt verwandelt. Je mehr nämlich soziale Konflikte durch Zuwanderung entstehen, umso besser gelungen sei sie in Wahrheit. Die Vermehrung der Konflikte zeige doch vor allem, dass die Hinzugekommenen in den gesellschaftlichen Verteilungs- und Anerkennungskämpfen jetzt voll mitmischen – und folglich dazugehören wollten. Nun fehle nur noch, dass die Gesellschaft diese Sicht des Zustands der Integration konsequent übernimmt, damit alle sehen: Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, »in der Integration immer besser gelingt«.

Diese »paradoxe« Wendung ergibt sich seiner Ansicht nach nicht aus der Erfahrung von Integrationsfortschritten anhand geklärter realer Maßstäbe, sondern bereits aus der Kombination einiger konflikttheoretischer Grundbegriffe, vor allem »Offenheit«, »Streit«, »Konflikt« und »Fortschritt«. Was den soziologisch Naiven als Problem erscheint, die Zunahme alter und neuer Konflikte, sei in Wahrheit in einer »offenen« Gesellschaft dessen Lösung. Die »schmerzhaften Veränderungen in der Aufnahmegesellschaft« seien zu ihrem Besten: Dynamik und Fortschritt. Wenn immer »neue Esser am gemeinsamen Tisch Platz nehmen«, statt dem Mahl der Etablierten vom Fußboden aus zuzuschauen, finde Integration statt. Erfreulich sei vor allem der begleitende Kulturwandel, wie jüngst wieder demonstriert wurde, als »die vielen Flüchtlinge, die 2015 durch Bayern gezogen sind, die Bereitschaft zur Homo-Ehe in Deutschland entscheidend begünstigt haben«.

Eine »Leitkultur« ergebe sich daraus von allein. Der Streit selbst und die gleiche Zulassung aller Hinzukommenden zu ihm – das sei die einzige verbindende »Leitkultur«. Offen bleibt, ob zum Streiten über Verteilung und Anerkennung des Wohlstands noch etwas Verbindendes hinzukommen muss, damit Einigung möglich wird, die betroffenen Gesellschaften nicht verzweifeln und am Ende womöglich beim autoritären Populismus um Hilfe bitten. Produktiv sind soziale Konflikte ja nicht von Hause aus, sie werden es erst, wenn es der Gesellschaft gelingt, sich auf gemeinsame Ausgangspunkte, Horizonte und Verfahren für ihre Bewältigung zu verständigen. Das ist der Kern der schmerzhaft erworbenen modernen europäischen Kultur. Und darum geht es auch bei dem mit »Leitkultur« und Integration letztlich Gemeinten.

»Kultur« ist nicht der Konflikt selbst, sondern erst der Umgang mit ihm. Was der Autor zur Debatte beiträgt, ist also nicht die Lösung des Integrationsproblems, sondern nur seine verschärfte Präsentation. Die Konflikte werden nicht abnehmen, da hat er recht. Aber wenn sie für alle zumutbar bleiben sollen, brauchen wir eine gemeinsame öffentliche normative Kultur zivilisierten Streitens (und Kooperierens) im Staat, in der Zivilgesellschaft. Dazu sagt er nichts.

### Ebenen der Integration

Da hilft das Vier-Ebenen-Modell der Integration des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung weiter. Es zielt auf umfassenden Aufschluss über die Schauplätze des Gelingens und des Scheiterns von Integration: (1) Auf der *strukturellen* Ebene geht es vor allem um die Teilhabe an Arbeit, Bildung und Gesundheit; (2) die *kulturelle* Ebene beinhaltet Sprachverhalten und Fragen wie Kopftuch oder Teilnahme am Schwimmunterricht; (3) auf der *sozialen* Ebene befinden sich Freundschaften, Vereinsmitgliedschaften, das Verhältnis zu Nachbarn, also die öffentliche Kultur in Lebenswelt und Zivilgesellschaft; (4) entscheidend ist dann aber – das Gelingen auf den vorhergehenden Ebenen vorausgesetzt – die Ebene der *emotionalen* Identifikation, der inneren Verbundenheit mit der »neuen Heimat«. Die renommierte Berliner Migrationsforscherin Naika Foroutan sieht mit Blick auf dieses Tableau überall Fortschritte, allerdings mit der entscheidenden Ausnahme auf der emotionalen Ebene. Sie versteht das Verhältnis der vier Ebenen des Modells zueinander als einen offenen dialektischen Prozess, in dem die Erfüllung der materiellen Ansprüche diejenigen der emotionalen Erwartungen begünstigen, aber auch die emotionale Zugehörigkeit die materielle Integration fördern kann. Die Zusammenhänge zwischen den Ebenen sind also offen und nicht deterministisch.

Auf diese höchst bedeutungsvolle Differenz vor allem bezieht sich der Islamkenner Hamed Abdel-Samad in seinem Buch *Integration. Ein Protokoll des Scheiterns*. Er legt umfassend dar, dass alles misslingt, wenn am Ende die emotionale Identifikation ausbleibt. Sein dramatisierender Befund lautet, dass genau dies hierzulande schon jetzt der Fall sei mit der deutlichen Tendenz zur weiteren Verschärfung des Problems. Es sind aber im Grunde nur die muslimischen Migrant/innen, ganz im Gegensatz zu den vielen aus Russland, Osteuropa oder dem Fernen Osten, die in der Regel hartnäckig die emotional-kulturelle Identifikation mit dem Gastland verweigern, auch dann wenn sie in materieller Hinsicht und sprachlich eigentlich längst gut »integriert« sind. Darüber täuschen viele der quantitativen Studien, voran diejenigen aus dem Hause Bertelsmann, mit unbeirrbarer Voreingenommenheit hinweg. Abdel-Samad vertraut lieber den qualitativen Methoden, Interviews, langen Gesprächen mit Betroffenen und der Beobachtung auffälliger Quartiere und Lebenswelten. Auf diesem Weg gelangt er zu der Erkenntnis, dass die Integration hierzulande weithin gescheitert sei.

Das Problem seiner Darstellung ergibt sich daraus, dass er seine selektive Sicht, nämlich bezogen auf die in Ballungsräumen lebenden türkischen und arabischen Muslime, verallgemeinert und mit der irreführenden These auflädt, Islam und Islamismus seien untrennbar verwoben. Zutreffend stellt er fest, dass sich eine sehr

große Zahl der türkisch-muslimischen und der arabischen Zuwanderer in wenigen Zentren ballt, sodass sie im Einflussbereich von Kollektiven verbleiben, in denen die Mentalitäten ihrer Herkunftskultur durch dichte Netzwerke und Machtstrukturen der sozialen Kontrolle hartnäckig konserviert werden. Es ist häufig gerade die Betonung und Zementierung des unbedingten Abstands von den identitätsbestimmenden kulturellen Werten und Gepflogenheiten der Aufnahmegesellschaft selbst, die der Druck dieser Kollektive auf Dauer stellt. Die dort eingebetteten Migrant/innen hätten keine Chance, als Individuen einen eigenen Weg zu gehen, zum Beispiel den der selbstbestimmten Annäherung an die Kultur der neuen Heimat. Im Mittelpunkt dieser forcierten Konservierung mitgebrachter Identitäten stehen der Zwang zur patriarchalischen Familie, die Ungleichheit der Geschlechter und ihre Symbole, die Kontrolle der weiblichen Sexualität, eine eigene »Schiedsgerichtsbarkeit« und zunehmend sogar die Abgrenzung zur Aufnahmegesellschaft als solche zum Zwecke der Identitätsbestätigung des eigenen Kollektivs. In einer Reihe von bekannten Großstadtquartieren beobachtet der Autor die Herrschaft eines aggressiven Verbunds von türkischem Nationalismus, islamischem Fundamentalismus und arabischstämmigen Großfamilien.

### Entfremdung trotz Integration

So entstünden zunehmend geschlossene Parallelgesellschaften. Diese Diagnose mag überspitzt sein, trifft aber im Kern ein schwerwiegendes Problem. Bedenklich an dieser Situation sei vor allem, dass trotz guter Sprachkenntnisse und oft auch Teilhabe am Arbeitsmarkt der Kollektivismus der Parallelgesellschaften die immer nur individuell mögliche Integration auch der nachwachsenden Generationen zuverlässig verhindere. Sie werden von der Identifikation mit ihrem Gastland abgehalten und wenden sich, das ist die größte Gefahr, häufig im Falle enttäuschter Erwartungen an die deutsche Gesellschaft emotional ganz ihren Herkunftsgemeinden und -ländern zu, so wie die 66 % der Deutschtürken die den Weg Recep Tayyip Erdoğans zum Diktator unterstützt haben. Die innere Entfremdung wächst trotz äußerer Integration.

Was ist zu tun? Der Autor empfiehlt zwei Strategien und mit einer drittem liebäugelt er. Zum einen: kompromisslose Eindämmung des politischen Islam auf ganzer Linie, von der Abschaffung aller religiösen Sonderrechte (z. B. Beschneidung, Schächtung), der Pflicht für alle zur Teilnahme am Schwimmunterricht, bis zur Entmachtung der islamischen Dachverbände; zweitens: Null-Toleranz-Politik bei der Zerschlagung der Macht der »Trinität von orthodoxem Islam, türkischem Nationalismus und arabischer Mafia«; und drittens: Entflechtung der Parallelgesellschaften (oder wenigsten Stopp ihres Wachstums). Das alles sind diskussionswürdige und drängende Fragen – keine davon ist neu aber alle sind ungelöst. Das Bild des Autors vom Zustand der Integration gerät allerdings in arge Schieflage, wenn er seine zutreffenden Beobachtungen über bestimmte islamische Migrantengruppen und -milieus für die Gesamtheit der Migrant/innen verallgemeinert.

Der Autor entwertet viele seiner treffenden Befunde schließlich durch die fragwürdige These, dass »Islam und Islamismus (nur) verschiedene Schichten ein und

derselben Ideologie sind«. Wenn das zuträfe, dann wäre die Anschlussfähigkeit der muslimisch geprägten Migrant/innen an die Kultur der offenen, demokratisch geprägten Gesellschaft prinzipiell ausgeschlossen, es sei denn, sie würden kollektiv ihrer Herkunftsreligion abschwören. Diese Vorstellung ist nicht nur in der Sache abwegig. Das demonstrieren seit Jahrzehnten der Diskurs und die Realität des liberalen Islam mit weltweiter Vernetzung, sowie die Rolle, die islamische Teilkulturen etwa in Indonesien bei der Demokratisierung ihrer Länder spielen. Das beweist auch die reichliche Hälfte der türkischen Muslime hierzulande, die ohne viel Lärm eine Variante des mit der Demokratie verträglichen Kulturislam praktizieren, die das Essener Zentrum für Türkeistudien schon in den 90er Jahren mit empirischen Daten als »Euroislam« identifiziert hat. Und im Übrigen widerruft der Autor damit sein an anderer Stelle vorgetragenes Plädoyer für einen spirituellen Islam als Heilmittel gegen den Fundamentalismus.

Die Verwischung aller Grenzen zwischen dem Islam als Religion und der politischen Ideologie des Islamismus schüttet das Kind mit dem Bade aus, denn sie konfrontiert die zugewanderten Muslime mit der Vorstellung, für ihre Religion sei in den europäischen Aufnahmegesellschaften prinzipiell kein Raum. Das widerspricht nicht nur der europäischen politischen Kultur, für die die integrationsbereiten muslimischen Migrant/innen ja gerade gewonnen werden sollen, es würde ihre Integration zur absoluten Ausnahme werden lassen. Dieses Urteil ergibt sich aus dem in den bisherigen Debatten am besten begründeten Integrationskonzept. Es besteht aus der Trias von gleichberechtigter Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen, gemeinsamer demokratischer Kultur und garantierter Freiheit der Religion im persönlichen Leben. Das wäre ein fruchtbarer Anschluss für die weitere Diskussion im Hinblick auf die Ziele und die Befunde der Integration – ob als Fortsetzung, zur Differenzierung oder als Kritik.

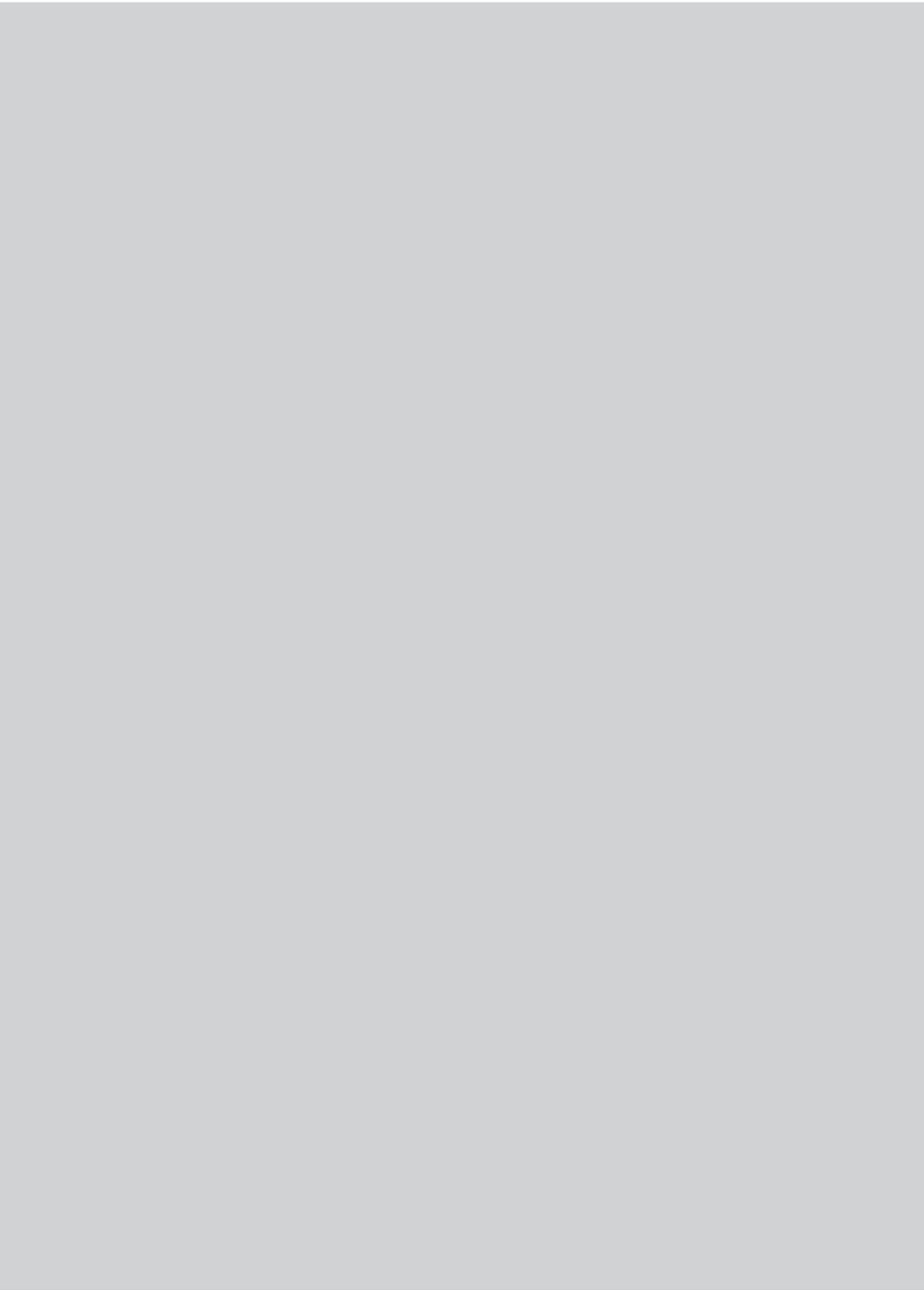
*Hamed Abdel-Samad: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. Droemer Knaur, München 2018, 272 S., 19,99 €.* – *Bertelsmann Stiftung (Hg.): Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten. Chancen und Herausforderungen kultureller Pluralität in Deutschland. Bertelsmann, Gütersloh 2018, 198 S., 20 €.* – *Aladin El-Mafaalani: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2018, 240 S., 15 €.*



#### **Thomas Meyer**

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG|FH. 2015 erschien in der edition suhrkamp: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

[thomas.meyer@fes.de](mailto:thomas.meyer@fes.de)



Aleksandra Sowa

## Die sozialdigitale Revolution gestalten

### Digitalisierung, Sozialdemokratie – und der Wunsch nach einer »lebenswerten Zukunft«

»Technik ist nicht neutral«, schreibt Thorsten Schäfer-Gümbel, Landesvorsitzender der hessischen SPD und zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei, in seinem aktuellen Buch *Die sozialdigitale Revolution*. »Sie wird häufig als kühl, nüchtern und unvoreingenommen dargestellt, aber insbesondere wenn sie von Daten lebt und mit Texten, Fotos, Videos oder Sprachaufnahmen gefüttert wird, um Muster aus dem menschlichen Verhalten für ein eigenes, automatisiertes Regieren ableiten zu können (...), dann werden menschliche Werturteile auf algorithmische Prozesse übertragen.« Dem Autor geht es weniger um einzelne Antworten auf die Frage, was man dagegen tun sollte oder tun kann, vielmehr will er »einen Beitrag dazu leisten, dass uns allen die Bedeutung des Wandels klarer wird, der nicht bloß als industrielle, sondern vielmehr als sozialdigitale Revolution verstanden werden muss«.

Doch sollte diese »Zustandsbeschreibung« dem viel wichtigeren Ziel dienen »wieder in einen Gestaltungsmodus (zu) kommen«, appelliert Schäfer-Gümbel, und zwar parteienübergreifend, wenn es notwendig ist. Beispielsweise bei der Frage des autonomen Fahrens, das seiner Ansicht nach den Verkehr auf unseren Straßen deutlich sicherer machen wird. 2017 sind bei Auto-, Motorrad- und Fahrradunfällen 3.177 Menschen ums Leben gekommen: »Die Toten sind ein Kollateralschaden unseres Wunsches, sich jederzeit flexibel und individuell fortbewegen zu können.« Autonomes Fahren sei der Weg, die Opferzahlen deutlich zu reduzieren, aber nur wenn sämtliche Fahrzeuge autonom fahren, gesteuert von Computern und Algorithmen, die Tempolimits einhalten und potenzielle Gefahrensituationen im Blick haben. Alkoholeinfluss scheidet ja hier automatisch aus. »Bis zum Jahr 2025«, so die Vorhersage von Schäfer-Gümbel, »werden wir das autonome Fahren in Deutschland in einem Gesetz geregelt haben«. Abgestimmt wird fraktionsoffen und nach eigenem Gewissen. Doch das, dessen ist sich der Autor sicher, erst nach einer »leidenschaftlichen und vom Ethikrat vorbereiteten und von zahlreichen Organisationen und Initiativen begleiteten Debatte«, denn die Umstellung würde die Gesellschaft kolossal verändern.

Ähnlich übrigens wie Algorithmen und automatisierte Entscheidungshilfen. Diese bergen auch neue Risiken: »Wird ein Täter verurteilt, errechnet ein Computerprogramm mithilfe eines »Risk Score«, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls ist.« Wollen wir das? Schäfer-Gümbel antwortet: »Ich will es nicht.« Aber darum

ginge es nicht. Es gehe um den Versuch, der »uns Aufschluss über das technische Potenzial und die Rahmenbedingungen für den Einsatz im Ernstfall geben kann und verdeutlicht, was korrigiert werden muss«. Aus diesem Grund sei der Modellversuch am Berliner Bahnhof Südkreuz, bei dem Kameras zwölf Monate lang rund 300 Testpersonen unter den Passanten bis Ende Juli 2018 identifizierten, seiner Meinung nach richtig.

Bei der Suche nach geeignetem Personal kann durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz Zeit eingespart werden: »Vor allem für große Konzerne, die Tausende von Bewerbungen im Jahr erhalten, ist das eine Arbeitserleichterung.« Die Maschinen könnten beispielsweise sehr gut eigenständig das Netz und Social-Media-Profile durchsuchen und passende Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen, die selbst womöglich noch gar nichts von der vakanten Stelle wüssten. Werden Personaler und Personalerinnen dadurch überflüssig? Mitnichten: Sie können die so gewonnene Zeit für persönliche Gespräche nutzen. »Kein Algorithmus ersetzt ein persönliches Gespräch«, denn der »Mensch muss die finale Entscheidung treffen«. Standardisierung durch Digitalisierung sei keine Antwort auf die anstehenden Fragen.

### **Transparenz und Selbstbestimmung**

»Technologie ist spannend, weil sie mehrere Probleme löst«, meint Schäfer-Gümbel. Sie würde nur dann zur lebenswerten Zukunft führen, wenn technologische Innovationen »den Menschen dienen und sozialen Fortschritt auslösen«. An neuralgischen Punkten bräuchte man Transparenz und Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer bzw. Bürgerinnen und Bürger, wie beim Datenschutz, wo man Menschen sensibilisieren sollte, zu verschlüsseln oder sparsam mit den eigenen Daten umzugehen. Lösungen könnten lauten: Dateneigentum, obwohl oft nicht leicht zu klären sei, wem welche Daten gehören; eine Regelung zum Beschäftigtendatenschutz; ein »One Pager« - eine einseitige Zusammenfassung wichtigster Punkte der jeweiligen Allgemeinen Geschäftsbedingungen - oder ein Digitalministerium.

Sinnvoll wäre es aus der Sicht Schäfer-Gümbels, die »Plattformkonzerne zu einer Öffnung ihrer Daten, Algorithmen, Indizes, Quellcodes und Betriebssysteme zu zwingen, um es anderen Unternehmen zur Verfügung zu stellen« - nach dem Vorbild des deutschen Schienen- bzw. Telekommunikationsfestnetzes. Gegen Scoring, Datenerheben und Sammeln von Daten, die »zu Propaganda, Fehlinformationen, Steuerung und Überwachung führen«, müsste es gleichwohl irgendwie gelingen, im 21. Jahrhundert »die Sicherheit in unserem demokratischen Staat« zu gewährleisten. »Die Meinung der Kritiker, denen zufolge es grundsätzlich keine Vorratsdatenspeicherung geben dürfte, teile ich (...) nicht«, bemerkt der Autor, und mit Internetkriminalität befasste Beamtinnen und Beamten sollten »die zur Verfügung stehenden strafrechtlichen Werkzeuge nutzen können, was bisher nicht gewährleistet ist«.

Entschieden ist er gegen Grundeinkommen und für das aus der Schmiede von Andrea Nahles stammende Konzept des sogenannten Chancenkontos: ca. 20.000 Euro einmalig, pro Kopf und über die gesamte Lebensdauer. Damit bei diesen Chancendimensionen eine Meisterprüfung, die bis zu 25.000 Euro kosten kann, nicht zu Überschuldung führt, sollten »Kita, Meister, Master« kostenlos sein. Auf das Leben

im 21. Jahrhundert sollten Schulen und Universitäten besser vorbereiten, so beispielsweise mit Projektunterricht oder Coden lernen, denn »Gymnasien müssen endlich auf den Arbeitsalltag vorbereiten«.

Aber auch mit sanierten Toiletten und besser ausgebildeten Lehrkräften, was durch die Lockerung des sogenannten Kooperationsverbots in Artikel 104c des Grundgesetzes, das dem Bund vorher untersagte, Bildungsmaßnahmen in den Ländern zu finanzieren, ermöglicht wird: Bildung sei das zentrale Thema und Akademiker nicht »die Krönung der Bildungsschöpfung«. Den Ländern würden zwar die finanziellen Mittel fehlen, doch mit der Finanzierung innovativer Ideen und Konzepte gäbe es keine Probleme, wenn »Google, Amazon, Apple, Starbucks und andere internationale Konzerne auch nur annähernd ihren fairen Anteil an Steuern zahlen« würden. Solche Steuervermeidungsstrategien seien zwar legal, jedoch nicht legitim, so Schäfer-Gümbel. Deswegen solle das Problem auf internationaler Ebene angepackt werden, etwa mit einer europaweit zuständigen Steuerbehörde, die noch zu gründen sei, sowie mit einem reibungslosen Austausch von Informationen zwischen den nationalen Steuerbehörden. Wenn es um die Finanzierung der künftig notwendigen Bildung geht, müsse man auch noch einmal über die Verteilung von Geld sprechen, appelliert der Politiker.

### Was kann die Politik tun?

Die Erwartungen an die frühere »Internet-« oder »Datenschutz-Partei«, wie die SPD noch in den 90ern gerne genannt wurde, sind sehr hoch. Diesen Anspruch stellt der Autor auch gleich im Klappentext: »Keine andere Partei ist in einer solchen Weise dazu aufgerufen und in der Lage, die politische Aufgabe zu erfüllen, welche die sozialdigitale Revolution uns stellt«. Mit Mainstream-Lösungen sind diese Erwartungen vermutlich nicht zu befriedigen. Und die Strafe der enttäuschten Wählerinnen und Wähler kann, wie die Geschichte lehrt, wahrlich furchtbar sein.

»Lassen Sie uns zeigen, dass es ›die Politikerinnen und Politiker‹ nicht gibt, sondern dass wir sachlich und respektvoll um die richtigen Antworten ringen«, appelliert Thorsten Schäfer-Gümbel – auch an die anderen demokratischen Parteien. Das dürften zugleich die wesentlichen Erkenntnisse aus diesem Buch sein: Angesichts des Tempos und der Komplexität der Veränderungen hat auch der Autor keine abgeschlossenen Antworten und die Zeit sei angebrochen, »im Sinne des Gemeinwohls zu agieren und nicht nur zu reagieren«. Und man wird dafür, um den US-amerikanischen Sicherheitsguru Bruce Schneier zu paraphrasieren, mehr Menschen mit technischem Verständnis benötigen, die sich an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

*Thorsten Schäfer-Gümbel: Die sozialdigitale Revolution. Wie die SPD Deutschlands Zukunft gestalten kann. Murmann, Hamburg 2018, 199 S., 20 €.*



### Aleksandra Sowa

leitete zusammen mit dem deutschen Kryptologen Hans Dobbertin das Horst-Görtz-Institut für Sicherheit in der Informationstechnik. Sie ist Autorin zahlreicher Fachpublikationen und in einem großen Telekommunikationskonzern tätig. Zuletzt erschien bei J.H.W. Dietz Nachf.: *Digital Politics: So verändert das Netz die Demokratie.*

*Nils Heisterhagen*

## **Für mehr Realismus in der Migrations- und Integrationsfrage**

»Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und dem Bemänteln dessen, was ist.« Dieses Zitat stammt von Ferdinand Lassalle, einem der Gründerväter der Sozialdemokratie. Und es könnte aktueller nicht sein. Denn seine SPD hat diesen hier beschriebenen Realismus zum Teil verloren. Die Botschaft lautete: »Alles ist gut und alles wird besser«. Bestes aktuelles Beispiel für einen partiellen Realitätsverlust ist die Debatte um die Essener Tafel. Was war passiert? Die Essener Tafel hatte einen Aufnahmestopp für Ausländer verhängt. Aber welche ersten Reaktionen kamen dazu aus dem politischen Berlin, ja auch und gerade aus vielen SPD-Büros?

Von vielen SPD-Funktionären, von den postmodernen GRÜNEN sowieso, aber auch von Angela Merkel, kam zunächst mal eher eine moralische Ermahnung. Warum beschäftigt man sich aber nicht oder nur selten mit den Hintergründen einer Entscheidung und setzt sich kaum mit den zugrunde liegenden Problemen auseinander? Das liegt an einem neuen postmodernen Bewusstsein in Teilen des SPD-Funktionärsapparats. Dieses Bewusstsein verhindert es, genau und empirisch nüchtern hinzusehen.

Das Grundproblem ist: Man ging als SPD seit Längerem nicht mehr dahin, »wo's laut ist, wo's brodeln, wo's manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt«, wie es Sigmar Gabriel noch 2009 gefordert hatte. Stattdessen gab es eher eine Erfolgshetorik: Eigentlich sei doch alles sehr gut – man schaue nur auf die Arbeitslosenzahlen und die Konjunktur. Die Politik arbeite bestens und man müsse nur punktuell hier und da etwas besser verwalten. Mit der »sozialen Frage« oder eben den Problemen und Herausforderungen von Integration und Migration wollte man sich weniger beschäftigen.

Wo man jedoch noch viel zu tun habe, sei auf dem Feld der – politischen – Kultur. So beschäftigt man sich intensiv mit einer Wertedebatte, in der die drängendste politische Frage die zu sein scheint, wie man die gesellschaftliche Liberalisierung noch weiter treiben kann. So konnte es dazu kommen, dass nun ein Diskurs über Weltbilder die politische Debatte prägt – natürlich angefacht durch die Ideologie der Rechten, die wiederum selbst vor allem nur eine Weltbilddebatte führen. Dabei geht es eher darum, mit der jeweiligen Sicht auf die Welt Recht zu bekommen und unaufhörlich werden die Wähler/innen dann dazu aufgefordert, sich für eine Seite zu entscheiden – die der CSU und AfD oder die der liberalen Linken und der Libe-

ralen von den GRÜNEN bis zum Merkel-Flügel der CDU. Aber es verwundert nicht, warum es so gekommen ist.

Wer beispielsweise den Twitter-Kosmos für einen Ausdruck dessen hält, was die Menschen wirklich bewegt, der bekommt ein falsches Bild. Twitterer leben in einer Parallelwelt aus kurzen Soundbites. Dort wird die Komplexität einer politischen Diskussion auf ein kurzes »Like« oder »Dislike« heruntergebrochen. Man soll eben seine Seite wählen. So kommt es, dass der politische Diskurs eher von Identitätspolitik bestimmt wird: einer liberalen und einer rechten. Bei beiden geht es nicht um die Wirklichkeit, sondern um die Deutungshoheit, ja um die Diskursmacht. Mit aufklärerischer Politik, mit dem freien Rasonieren, dem ausgewogenen Urteil zum Wohle der Polis, ja mit der Suche nach den besten Lösungen für vorhandene Probleme der Wirklichkeit hat das nur noch wenig zu tun. Statt Aufklärung und freier Debatte gibt es Bemäntelung.

Neuestes Beispiel dafür ist die – fast reine politische – Kulturdebatte über Mesut Özil. Dem Eindruck kann man sich einfach nicht erwehren, dass man sich nur für A oder B entscheiden kann. Verteidigt oder kritisiert man ihn? Bestätigt man seinen Vorwurf des strukturellen Rassismus oder nicht? Die binäre Codierung des Diskurses schreitet zurzeit immer weiter voran. Die Räume für Differenzierung, Abwägung, freie Erörterung und den »zwanglosen Zwang des besseren Arguments« (Jürgen Habermas) werden kleiner. Es drängt sich mehr und mehr das Gefühl auf: Man soll einfach seine Seite wählen.

Dieser Kulturkampf, denn nichts anderes ist es, in den wir zurzeit geraten oder eigentlich bereits geraten sind, minimiert aber den Blick dafür, worum es in dem Fall geht. Das Normative beginnt das Kommando zu übernehmen, die Empirie wird nebensächlicher. Mit der Analyse dessen, was ist, sollte Politik aber beginnen.

Mir scheint, dass es heute selbst dabei große Schwierigkeiten gibt, überhaupt zu definieren, was ein Problem ist und was nicht. Es scheint mir immer weniger Interesse daran zu geben, sich über die »Wirklichkeit« zu verständigen. Das mag nur mein subjektiver Eindruck sein – und kann darum auch nicht verallgemeinert werden –, aber nicht nur die Fake-News-Beschimpfungskaskaden von Donald Trump drücken aus, wie sehr viele Menschen nicht mehr hören wollen, was nicht in ihren Wertekosmos passt. Das ist eine äußerst negative Entwicklung – sofern man denn annimmt, dass diese Behauptung stimmt.

Nun sollten es gerade die Sozialdemokrat/innen sein, die von dem ausgehen, »was ist«. Mit ihrem eigenen postmodernen Bemäntelungsaktionismus tun sie hingegen oft genau das Gegenteil. Das ist nicht nur die größte Kommunikations- und Programmatikkrisis der Sozialdemokratie in ihrer bisherigen Geschichte, die sie zurzeit deshalb erlebt, weil einfach zu viele ihrer Funktionäre von diesem Aktionismus gefangen gehalten werden. Dieser Bemäntelungsaktionismus ist zudem auch Ausdruck einer der größten Krisen, die die Demokratie als solche seit Langem durchlebt. Das muss sich ändern. Denn andernfalls profitieren nur die Rechtspopulisten. Und die SPD, ja man muss es so deutlich sagen, versinkt sonst in der Bedeutungslosigkeit.

Und nirgendwo wird die Notwendigkeit für mehr Realismus deutlicher als in der Migrations- und Integrationsfrage. Die SPD muss hier empirisch nüchtern davon

ausgehen, was ist und darf dabei keine ideologischen Scheuklappen haben. Erste richtige Ansätze sind erkennbar: Andrea Nahles fordert einen »Realismus ohne Resentiment«, möchte Humanismus und Realismus verbinden. Sigmar Gabriel hat sich unlängst ähnlich geäußert. Zunehmend wächst ein neuer Realismus in der SPD heran. Aber er hat noch längst keine Mehrheit. Noch hält eine postmodern-libertäre Hegemonie die SPD im Geist der Bemäntelung. Noch sind sehr viele SPD-Funktionäre im Grunde als links-libertäre Kulturkämpfer aktiv.

Gerade bei der Frage bzgl. Migration und Integration kann die SPD aber ihren Realitätssinn beweisen, der sie eigentlich immer ausgemacht und ausgezeichnet hat – eben bis zu ihrer neuen postmodernen Phase. Das drängendste Thema, dem sich die SPD hierbei widmen muss – und keine Partei ist prädestinierter dafür – ist die Frage der Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten.

Jeder vierte Geflüchtete hat laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zwar mittlerweile einen Job. Aber das ist eben nur ein Viertel. Es wäre naiv zu glauben, dass sich daran etwas ohne eine große »konzertierte Aktion« ändert.

Es ist Zeit für einen New Deal für Integration. Kommt dieser nicht, könnte Deutschland ein ähnliches integrationspolitisches Fiasko wie Frankreich erleben, wo sich strukturelle Perspektivlosigkeit für viele ehemalige Migranten mittlerweile verfestigt hat. Es wäre naiv darauf zu spekulieren, dass Syrien und der Nordirak bald wieder so sicher sind, dass viele von dort Geflüchtete wieder in ihre frühere Heimat zurückkehren können.

Große Integrationspolitik zu unterlassen, nur weil man auf etwas spekuliert, wird nach hinten losgehen. Jetzt ist die Zeit, aktiv zu werden und mehr Geld für Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten auszugeben, um ihnen so eine Perspektive zu schaffen. Ansonsten droht uns eine Art Frankreich 2.0 und wozu das führt, darf oder muss man regelmäßig in den Medien zur Kenntnis nehmen. Es führt zu einer Frustentladung in heruntergekommenen Vorstädten und zu einer Absage der Migranten an ihre – neue – Heimat. Integration lässt sich nicht allein mit Sprache und Appellen leisten. Menschen brauchen handfeste Perspektiven, um »anzukommen«.

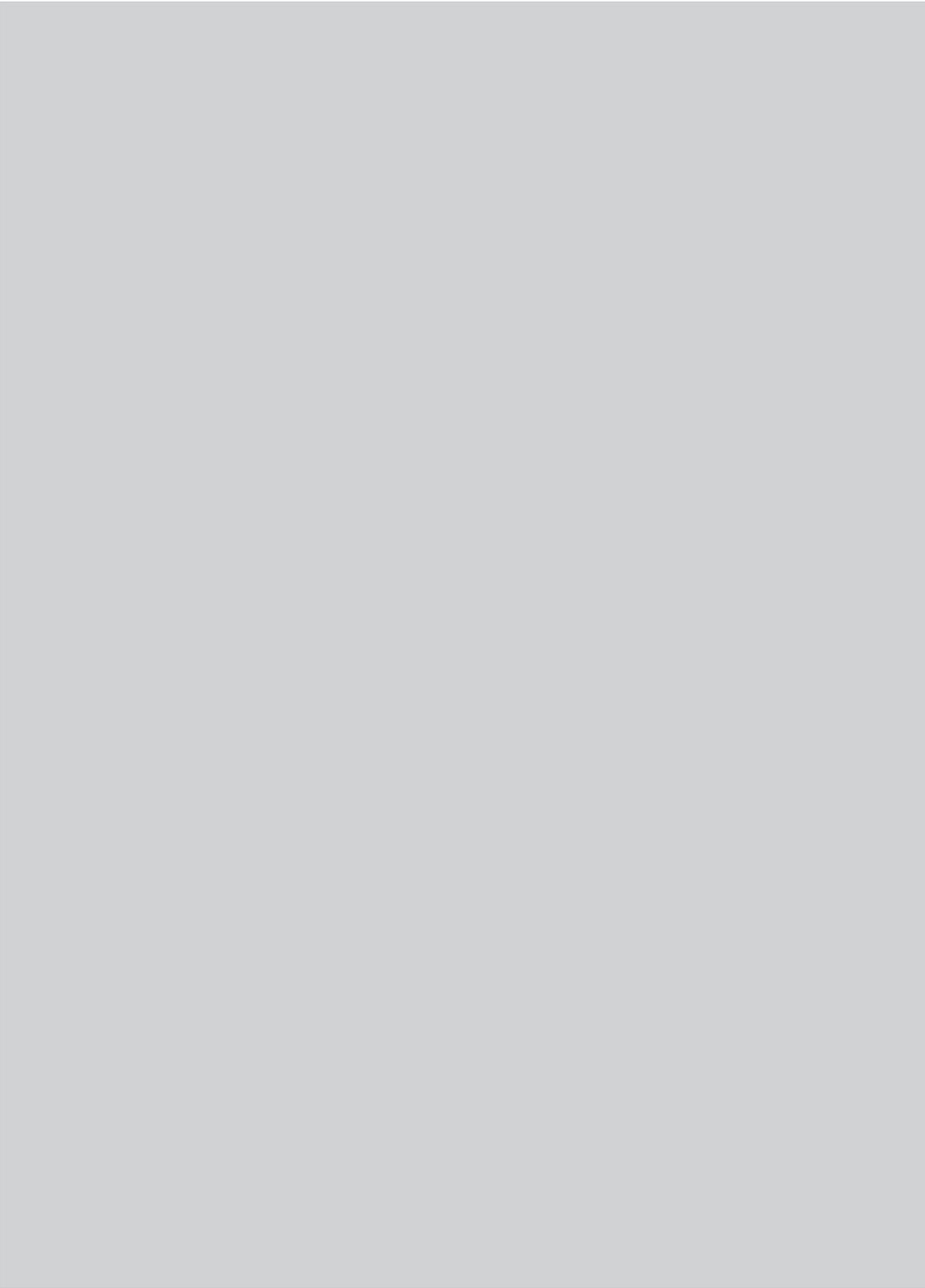
Wenn dabei eine Integration in normale Beschäftigung nicht sofort gelingt, muss man für Geflüchtete hier in Deutschland auch über einen »sozialen Arbeitsmarkt« nachdenken. Arbeit ist jedenfalls der Integrationsfaktor Nummer eins. Und wenn es eine Partei gibt, die das ernst nehmen sollte, dann ist es die SPD.



**Nils Heisterhagen**

ist Grundsatzreferent der SPD-Fraktion in Rheinland-Pfalz, zuvor war er u.a. Redenschreiber der letzten beiden IG-Metall-Vorsitzenden. Im Mai 2018 erschien bei J.H.W. Dietz: *Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen.*

*nils.heisterhagen@spd.landtag.rlp.de*



Otfried Höffe

## Der Sinn von Solidarität

### Zwischen Gerechtigkeit und Menschenliebe/Philanthropie

Zwei von drei Leitideen der Sozialmoral sind einfacher zu bestimmen, die Gerechtigkeit und die Menschenliebe bzw. Philanthropie. Die Gerechtigkeit hat als Inbegriff dessen, was die Menschen einander schulden, den Rang der moralischen Leitidee einer zwangsbefugten Rechtsordnung, eines staatlichen Gemeinwesens. Dazu gehören beispielsweise die Gleichheit vor dem Gesetz, die Grund- und Menschenrechte, einschließlich der demokratischen Mitwirkungsrechte, ferner das Prinzip des Strafrechts »in dubio pro reo« und weitere Prinzipien der Verfahrensgerechtigkeit.

Im Gegensatz dazu definiert sich die Menschenliebe durch freiwillig und großzügig erbrachte Mehrleistungen. Deren normativen Hintergrund bildet zwar das christliche Gebot der Nächstenliebe mit dem barmherzigen Samariter als Vorbild. Da aber verwandte Grundhaltungen wie die Freigebigkeit und ihre Steigerung zur Großherzigkeit auch im »heidnischen« Athen und Rom hochgeschätzt wurden, hat die Epoche der Aufklärung mit einem Lob auf die Philanthropie keine Schwierigkeiten. In diesem Sinn spielt Friedrich Schillers von Ludwig van Beethoven vertonte Ode »An die Freude« mit den berühmten Zeilen »Alle Menschen werden Brüder« und »unserm Todfeind sei verziehn« deutlich auf das Prinzip der Nächstenliebe an.

Die Solidarität nimmt nun ihrer Verbindlichkeit nach den Platz zwischen der Gerechtigkeit und der Menschenliebe ein. Sie verlangt mehr als das bloße Minimum, das Geschuldete, aber weniger als das Optimum, die freie Großzügigkeit und alles verzeihende Menschenliebe. Solange man bei dieser ersten Bestimmung stehenbleibt, droht allerdings die Gefahr einer inflationären Berufung auf Solidarität. Deshalb empfiehlt es sich, einen prägnanten Begriff zu bilden, der durch einen Blick in die Begriffsgeschichte erleichtert wird: Ursprünglich, in Rom, ist die Solidarität ein juristischer Fachbegriff für eine spezielle Form der Haftung. Nach der *obligatio in solidum* (von *solidus*: ganz, vollständig) muss in einer Gemeinschaft, meist einer Familie, jedes Mitglied für die Gesamtheit der bestehenden Schulden aufkommen, so wie umgekehrt die Gemeinschaft für die gesamten Schulden jedes Einzelnen haftet. Die Solidarität wirkt hier in beide Richtungen. Gemäß der später beliebten Formel »Einer für alle und alle für einen« hilft sie dem Einzelnen vonseiten der Gemeinschaft und der Gemeinschaft vonseiten der Einzelnen. Noch heute bezeichnet die »Solidarobligation« die unbegrenzte Haftung jedes Schuldners für eine Gesamtschuld.

Erst spät, im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, wird der strenge Rechtsbegriff auf nichtrechtliche Verhältnisse erweitert. Dies geschieht allerdings für lange Zeit nur in der französischen Debatte, die auf diese Weise das dritte Prinzip der Französischen Revolution, die Brüderlichkeit, geschlechtsneutral bezeichnet. Den großen deutschen Philosophen wie Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte und Georg Wilhelm Friedrich Hegel, aber auch dem englischen Sozialreformer John Stuart Mill bleibt der Ausdruck der Solidarität unbekannt. Selbst bei Karl Marx und Friedrich Engels spielt der Begriff erst während der Pariser Kommune (1871) eine Rolle.

Gegen die Gefahr, die Solidarität in Richtung auf Philanthropie zu überdehnen, um dann ausufernde Forderungen zu stellen, lässt man besser den Kern unangetastet. Die Solidarität, eine Art von Loyalität zur eigenen Gemeinschaft, bedeutet dann (1) eine Haftung, jene wechselseitige Verpflichtung, füreinander einzustehen, die (2) in Not- und Gefahrenlagen (3) innerhalb von Gruppen aktuell wird, die bald unfreiwillig wie Geschwister, bald durch freie Wahl wie die Mitglieder einer Expedition, bald durch ein zufälliges Schicksal, etwa ein Zugunglück oder eine Naturkatastrophe, miteinander verbunden sind. Gemäß dem Bild »man sitzt im selben Boot« sind Solidargemeinschaften Not- und Gefahrengemeinschaften. (4) Deren Mitglieder erleichtern sich die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe, wenn sie emotionale Bindungen zueinander entwickeln. Diese pflegen sich umso leichter und stärker auszubilden, je offensichtlicher man das gemeinsame Schicksal teilt, was in bloßen Interessengemeinschaften wie Berufsverbänden und Versicherungsgemeinschaften »naturgemäß« kaum möglich ist.

Selbst mit den genannten vier Elementen ist die Solidarität noch unterbestimmt. Ist nämlich die eigene Notlage von anderen verschuldet, so haben diese aus Gerechtigkeitsgründen zu helfen. Während dagegen eine ausschließlich selbstverschuldete Not die Menschenliebe herausfordert, ist die Solidarität lediglich dort gefordert, wo die Alternative Selbst- oder Fremdverschulden versagt und ein gemeinsames Schicksal vorliegt. Verändern sich beispielsweise die Rahmenbedingungen einer Gruppe so stark, dass die übliche Vorsorgeverantwortung der Einzelnen überfordert wird, dann sitzt man »im selben Boot«, was die Hilfe für schicksalhaft gemeinsame Notlagen, eben die Solidarität, auf den Plan ruft.

### **Gestalten der Solidarität**

Je nach Art des einschlägigen Schicksals tritt die Solidarität in anderer Gestalt auf: Eine erste, kooperative Solidarität hat jene persönlichen Risiken gemeinsam zu bewältigen, bei denen zwar die Art des Risikos vorhersehbar ist: Jeder Mensch kann einem Unfall zum Opfer fallen, krank oder arbeitslos, überdies alt oder pflegebedürftig werden. Niemand weiß jedoch, wen es tatsächlich und wie stark trifft.

Eine zweite, antagonistische Solidarität verfolgt kollektiv gemeinsame Interessen gegen konkurrierende Kollektiva. Dabei geht es beispielsweise um die Abwehr von tatsächlichen Feinden oder die Selbstbehauptung gegen Konkurrenten. Hier haben Fragen militärischer, gegebenenfalls auch ökonomischer Verteidigung, ebenso politischer, vielleicht auch kultureller Selbstbehauptung, ebenso das Thema »Klassenkampf«, wenn es dieses Phänomen denn noch gibt, ihren systematischen Ort.

In der dritten, kontingenten Solidarität sucht man unvorhergesehene, aber kollektive Schicksalsschläge wie Naturkatastrophen gemeinsam zu bewältigen.

Dort, wo die gesamte Menschheit in einem Boot sitzt, offensichtlich beim Klimaschutz, auch beim Phänomen der Bevölkerungsexplosion, bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, vor allem bei menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Errungenschaften, die die heutige Menschheit früheren Generationen verdankt und, durch neue Leistungen bereichert, den künftigen Generationen zu vererben sind,

also weder generell noch pauschal, aber in Bezug auf wohlbegründete Aufgaben ist als vierte Art eine globale, weit in die Zukunft schauende Solidarität gefordert.

Das Muster der ersten Art von Solidarität bildet die Sozialversicherung, das der zweiten Art der Kampfverband gegen eine feindliche Gruppe, wobei man das Etikett des Feindlichen mit großer Vor- und Umsicht zu verwenden hat. Das Vorbild der dritten Art bildet eine ad hoc entstehende und nach dem Unglück sich wieder auflösende Schicksalsgemeinschaft.

Als Hilfe auf Gegenseitigkeit besteht die Solidarität in einer Brüderlichkeit bzw. Geschwisterlichkeit, die allerdings nicht dem asymmetrischen Muster folgt, dass die größeren Brüder und Schwestern stets die kleineren zu unterstützen haben. Außerdem muss die Hilfe nicht zur selben Zeit fällig werden. Im Gegenteil pflegen die Solidaraufgaben von Eltern und Kindern, später Großeltern und Enkeln, lebensphasenverschoben aufzutreten. Trotz inhaltlicher Unterschiede, mancher Zeitverschiebung und zufälliger Umstände kommt es aber im Grundsatz auf Symmetrie an, auf Wechselseitigkeit unter Gleichen.

Hierzu ein sozialpolitischer Vorschlag in Klammern: Da die Solidarität auf Gegenleistung baut, muss es bei der Sozialhilfe nicht als unangemessen gelten, wenn man sie an kommunale Arbeit bindet. Diese hat zudem den Vorteil eines Zusatzwertes, nämlich einer Steigerung der Selbstachtung, denn die Hilfe lässt man sich nicht schenken, sondern knüpft sie an eine eigene Leistung.

Der Kerngedanke gegenseitiger Hilfe weckt gegen die Praxis Bedenken, selbst dort noch von Solidarität zu sprechen, wo gewisse Hilfsbedürftige deutlich und auf Dauer Hilfe brauchen, ohne dass je mit deren Gegenhilfe zu rechnen ist. Auch in derartigen Fällen bleibt Hilfe wünschenswert, sie ist dann aber aus Menschenliebe, nicht aus Solidarität zu erbringen.

Nur wenn man den begrifflichen Kern bewahrt, die Hilfe auf Gegenseitigkeit, ist die Solidarität kein in der politischen Rhetorik zwar beliebtes, aber argumentativ nicht berechtigtes Prinzip. Im Rahmen der Sozialmoral bleibt die Solidarität die zwischen streng geschuldeter Gerechtigkeit und freiwillig zu erbringender Menschenliebe platzierte Verbindlichkeit. Wie bei der Gerechtigkeit kommt es auf Gegenseitigkeit an, im Unterschied zu ihr jedoch nicht auf einen rundum geschuldeten Anspruch. Während die Hilfe aus Menschenliebe keinerlei Gegenhilfe erwartet, rechnet die Solidarität mit einer möglichen Gegenleistung, auch wenn man nicht weiß, ob sie je tatsächlich fällig sein wird.

Ob schuldrechtlicher oder erweiterter Begriff – der Gedanke der Solidarität birgt offensichtlich sowohl einen Vorteil als auch einen Nachteil. Vorteilhaft ist, dass sich eine Aufgabe auf mehrere Schultern verteilt, was Gefahren zu bewältigen erlaubt, vor denen Einzelne schier verzweifeln müssten. Dort aber, so der Nachteil, wo immer dieselben Mitglieder sich in Gefahren begeben, aus denen stets die anderen ihnen herausschöpfen müssen, handelt es sich bestenfalls um eine »Pro-forma«-Wechselseitigkeit.

Schließlich besteht die Gefahr des Trittbrett- bzw. Schwarzfahrens. Sie droht vor allem dort, wo die denkbaren Gegenmittel, informelle Sanktionen wie eine bis zur sozialen Ächtung reichende Kritik nicht greift. Infolgedessen darf man in einer Familie oder einem kleinen Betrieb eher auf Solidarität zählen als in einem Staat und im

eigenen Staat eher als in der Europäischen Union oder gar bei der gesamten Menschheit. Generell kann man mit der Solidarität in persönlichen eher als in anonymen Beziehungen rechnen und in traditionellen, statischen Gesellschaften eher als in den modernen, dynamischen Gesellschaften.

### Probleme anonymer Solidarität

Frühere Solidargemeinschaften wie etwa Zünfte wirkten der Gefahr des Trittbrettfahrens durch klare Regeln für Rechte und Pflichten und durch Sanktionen für Solidarverstöße entgegen. Will nun die moderne, sowohl weit größere als auch komplexe und anonyme Gesellschaft sich immer noch als eine Solidargemeinschaft gestalten, so muss sie Regeln und Sanktionen ausbilden, die der grundlegend neuen Art, nicht mehr einer »Solidarität unter Bekannten«, sondern einer »anonymen Solidarität«, einer »Solidarität unter Fremden«, gerecht werden. Dass diese schwierige Aufgabe noch lange nicht gelöst ist, liegt auf der Hand.

Bei der neuen Solidarität kommt ein strukturelles Problem, ein »Webfehler«, hinzu: Obwohl alles Menschliche von ausufernden Begehrlichkeiten bedroht ist – die Griechen sprachen von *Pleonexia*, einem Mehr-und-mehr-Wollen, kommen die traditionellen, sowohl konkreten als auch persönlich überschaubaren Solidargemeinschaften damit gut zurecht. Der »objektiven« Sorge für die Bedürftigen und Schwachen entspricht nämlich eine »subjektive« Haltung, ein Ethos (Charakter) wechselseitiger Rücksichtnahme und Kontrolle, die beiden Gefahren, der Verweigerung der Solidarität und deren übermäßiger, sogar missbräuchlichen Inanspruchnahme, entgegenwirkt. Auf diese Weise leistet das Ethos eine Bestandsgarantie.

In der modernen, jetzt abstrakten und unpersönlichen Solidargemeinschaft sind diese Gegenkräfte jedoch so gut wie notwendig verloren gegangen. Folgerichtig breitet sich nicht etwa aus individueller Bosheit, weil die Menschen schlechter geworden seien, sondern »systembedingt« bei allen Beteiligten die Maximierungsstrategie aus. Sie ist vom Markt für private Güter bekannt und wird voreilig dem Kapitalismus angelastet. Das Ergebnis kann nicht überraschen: Wo das allgemeinmenschliche, nicht erst vom Kapitalismus erfundene Immer-mehr-Wollen freie Bahn erhält, dort treten, in ökonomischer Sprache, Rationalitätsfallen und Anreize zur Nicht-Kooperation auf, die jeden finanziellen Rahmen sprengen. Nur wenig dramatisiert gesagt plündern alle Seiten – ohne eine konzertierte Aktion angeleitet und doch gemeinsam – die öffentlichen Kassen aus.

Darf es, so eine letzte Frage, soll es sogar Solidargemeinschaften mit einer Zwangsmitgliedschaft geben? Berechtigt ist sie nur, wo der Beitritt gerechtigkeitsgeboten ist. Bei der ersten, kooperativen Solidarität lässt sich die Zwangsmitgliedschaft mit dem Argument rechtfertigen, dass man im Ernstfall, beispielsweise in Fällen von Krankheiten, wofür man keine Versicherung abgeschlossen hat, also als Nichtmitglied der Krankenversicherungen, der Mitgliedergruppe zur Last fällt. Gegen die entsprechende Gefahr darf sich die Gruppe prospektiv schützen, was auf eine zwangsbefugte Verantwortung für Sozialversicherungen, etwa hinsichtlich Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit, auch für die Altersvorsorge, die Renten, hinausläuft. Dieses Argument rechtfertigt allerdings nur eine gesetzliche Versicherungspflicht,

keine gesetzliche Pflichtversicherung. Anders verhält es sich bei Fragen der öffentlichen Gesundheit. Bei Infektionskrankheiten, die epidemisch werden können: Für Seuchenprävention und -bekämpfung sind verbindliche Schutzimpfungen legitim. Eine öffentliche Verantwortung lässt sich auch für Schulgesundheitspflege und Mütterberatung vertreten, sodass auch hier über die Versicherungspflicht hinaus eine Pflichtversicherung sinnvoll ist.

Bei der widerstreitenden Solidarität sieht es ähnlich aus: Solange jemand dem betreffenden Kollektiv angehört, kommt ihm automatisch der kollektive Selbstschutz zugute. Da Trittbrettfahren der Gerechtigkeit zuwiderläuft, ist hier eine Pflichtbeteiligung an den zum kollektiven Selbstschutz erforderlichen Leistungen gerechtigkeitsgeboten. Ein analoges Argument spricht für die zwangsbefugte Beteiligung bei kontingenter Solidarität.

In all diesen Fällen bleibt aber das Recht auf Zwangsmitgliedschaft eine Ausnahme, die stets einer der jeweiligen Sache spezifischen Legitimation bedarf und dafür die Beweislast trägt. Die angedeuteten Pauschalargumente sind erst notwendige, noch keine zureichenden Erfordernisse. In jedem einzelnen Falltyp ist beides auszuweisen: das Recht auf Zwangsmitgliedschaft und die Reichweite dieses Rechtes. Nur dann wird man dem begrifflichen Kern der Solidarität gerecht, einem der Verbindlichkeit nach zwischen geschuldeter Gerechtigkeit und freiwilliger Menschenliebe bzw. Philanthropie systematisch plazierten Begriff.



**Otfried Höffe**

ist Leiter der Forschungsstelle Politische Philosophie an der Universität Tübingen. Im Sommer 2018 erschien bei C.H.Beck: *Die hohe Kunst des Alterns. Kleine Philosophie des guten Lebens.*

[sekretariat.hoeffe@uni-tuebingen.de](mailto:sekretariat.hoeffe@uni-tuebingen.de)

Johano Strasser

## Heimat – eine gefährdete und gefährliche Utopie

»Erst die Fremde lehrt uns, was wir an der Heimat besitzen.« Der Satz stammt von Theodor Fontane, der viel gereist ist und spät sesshaft wurde, der einige Jahre lang als Korrespondent einer Berliner Zeitung in England lebte und später mit seinen *Wanderungen durch die Mark Brandenburg* und mit seinem Roman *Der Stechlin* zum Chronisten seiner brandenburgischen Heimat wurde.

Was ist »Heimat«? Ist es das Dorf, die Stadt, das Land, wo man geboren, wo man in die Schule gegangen ist, die ersten Freundschaften geschlossen, die erste Liebe erlebt hat? Ist es überhaupt ein Ort, *nur* ein Ort? Wenn wir Heimat sagen, meinen wir gewöhnlich mehr als nur eine Ortsbestimmung.

»Die Erinnerung gehört dazu, die ins unterbewusste Gedächtnis eingebrannte Mischung aus Geschmack, Geruch, Geräuschen, der Duft von Bratwurst und Rotkohl auf dem Küchentisch, das grelle Gelächter der Möwen im Himmel, der Schrei der Bussarde, die hohen Wolken, die Luft, die nach salziger See riecht, nach Autoabgasen oder dem Morgennebel über herbstlichen Wiesen. Heimat ist Weißwurst und Weizenbier, der Dialekt der Kindheit, das Klopfen der Skatkarten auf dem Wirtshaus-tisch, die Lieblingsmusik der Eltern, das Gutenachtgebet, der Geruch von Lebkuchen und Weihnachtsbaum im Wohnzimmer und das Aroma der Sonntagsbrötchen.« Das alles, schreibt der Autor Peter Sandmeyer, ist uns vor allem dann schmerzlich und beglückend nah, wenn wir es uns aus großem zeitlichen oder räumlichen Abstand ins Bewusstsein rufen. Heimat ist Erinnerung, Traum- und Wunschgebilde, es ist das, was wir in unserem Hinterkopf mit uns führen, wenn wir auf Reisen gehen, wenn wir in die Welt hinausziehen oder in sie vertrieben werden. Oft gerät Heimat erst dann in den Fokus unseres Fühlens und Sehnsens, wenn wir sie verloren haben.

»Heimweh« – das Wort ist so deutsch, dass Übersetzer oft große Schwierigkeiten haben, seinen vollen Gehalt, den damit verbundenen Kranz an Assoziationen, seine Gefühlsqualität, in anderen Sprachen wiederzugeben. Das Wort ist im deutschen Sprachraum vor allem durch einen in den Jahren 1794 bis 1796 veröffentlichten vierbändigen Roman des Schriftstellers und Universitätsprofessors Johann Heinrich Jung-Stilling etabliert worden. Jung-Stilling gibt dem Wort darin eine deutliche Spitze gegen die revolutionären und demokratischen Bestrebungen seiner Zeit: »Meine und aller rechtschaffenen Christen Empfindung in den gegenwärtigen Zeiten hat viel Ähnliches mit dem natürlichen Heimweh; man möchte sich fertigmachen und nach Hause reisen; denn wahrlich, es wird einem schwer, länger in diesem Lande der Fremdlingschaft auszuhalten, wo man alles dulden will und dulden soll, nur die Christen nicht; wo man wohl ungeneckt Christentum lästern, aber nicht frei mehr

bekennen darf, und wo man Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zum Ziel hat, die Christen aber davon ausschließen will: sollte man da nicht das Heimweh im höchsten Grade bekommen?«

Seitdem hängt dem Begriff gerade in Deutschland auch immer ein Geruch von Bigotterie und reaktionärer Gesinnung an. Heimweh muss aber durchaus nicht Sehnsucht nach der vermeintlichen Idylle einer vormodernen Gläubigkeit sein. Der Schmerz wegen des Verlustes der Heimat, die Sehnsucht nach der vertrauten kleinen Welt der Kindheit und Jugend, die uns in der Fremde zuweilen überfällt, ist zudem, wie wir aus der Literatur wissen, durchaus kein deutsches Monopol. Nie ist die Heimat schöner und begehrenswerter, als wenn man sie verlassen hat. Ist sie aber auch das, wohin wir nach Jahren, nach Jahrzehnten, von Sehnsucht getrieben und doch voller Scheu, zurückkehren? Die Wiederbegegnung mit der Heimat enthüllt fast unvermeidlich den Anteil an Verklärung, der allzu oft mit der Entfernung von der Heimat wächst. Auch darum hält die Rückkehr in die Heimat lang nicht immer, was man sich davon versprach, als man noch in der Fremde weilte.

Landschaft ist Heimat, die Landschaft vor allem, in der man als Kind, als Jugendliche/r aufgewachsen ist. Sie hat sich uns eingepägt, ist oft so sehr Teil unseres sozialen Selbst geworden, dass wir, wenn wir uns im Alter oder aus der Ferne an sie erinnern, mit ihr ein Zwiegespräch zu führen meinen. Taunasse Wiesen, glänzend in der Morgensonne, das schuppige Rot der Föhren, das winterfahle Gras an einer Böschung, wo ich mich im Schutz einer Schlehdornhecke in der Sonne wärme, ein stiller Fluss, das Wasser dunkelgrün unter tiefhängenden Ästen, die schwarzen Scherenschnitte der Eichenkronen gegen den Abendhimmel. So ist mir die Landschaft meiner Kindheit, das nördliche Niedersachsen, unauslöschlich als ein Stück Heimat in Erinnerung geblieben. Hermann Hesse beschreibt dieselbe Erfahrung in der Erzählung *Peter Camenzind* so: »Berge, See, Sturm und Sonne waren meine Freunde, erzählten mir und erzogen mich und waren mir lange Zeit lieber und bekannter als irgend Menschen und Menschenschicksale. Meine Lieblinge aber, die ich dem glänzenden See und den traurigen Föhren und sonnigen Felsen vorzog, waren die Wolken.«

Wer Heimat sagt, hat meistens auch solche in der Kindheit aufgenommenen und im Alter sehnsüchtig erinnerten Landschaftsbilder im Sinn.

Sprache ist Heimat – das spüren am schmerzlichsten die Menschen, vor allem die Schriftsteller/innen, die ins Exil getrieben werden. Und sie wissen in der Regel auch, dass die Heimat nicht eine ungetrübte Idylle ist, denn es war doch die Heimat, der in den pathetischen Reden des Bürgermeisters und den Liedern des Heimatdichters gepriesene Diktator, der hasserfüllte Mob aus der Vorstadt, die schweigende Mehrheit im Villenviertel, die sie vertrieben. Man kann einsam am Schreibtisch, gefangen in den *Flüchtlingsgesprächen* (Bertolt Brecht) der Exilgemeinde, in seinen Tag- und Nachtträumen, im Selbstgespräch überleben. Für manchen aber bedeutet der Verlust der lebendigen Sprachheimat den Tod. Für Stefan Zweig zum Beispiel, der im brasilianischen Exil so überaus freundlich aufgenommen wurde und doch den Verlust der Sprachheimat nicht verkraften konnte. In seinem Abschiedsbrief schrieb er, bevor er sich gemeinsam mit seiner Frau in der Nacht vom 22. auf den 23. Februar 1942 im brasilianischen Petrópolis das Leben nahm:

»Ehe ich aus freiem Willen und mit klaren Sinnen aus dem Leben scheidet, drängt es mich eine letzte Pflicht zu erfüllen: diesem wundervollen Lande Brasilien innig zu danken, das mir und meiner Arbeit so gute und gastliche Rast gegeben. Mit jedem Tage habe ich dies Land mehr lieben gelernt, und nirgends hätte ich mir mein Leben lieber vom Grunde aus neu aufgebaut, nachdem die Welt meiner eigenen Sprache für mich untergegangen ist und meine geistige Heimat Europa sich selber vernichtet.«

Auch solcher Schicksale wegen ist »Heimat« für kritische Gemüter oft ein problematischer Begriff. In Deutschland war er jahrzehntelang auch ein Kampfbegriff, der eigene Schuld verdeckte und sie anderen unterschob. Viele Ältere denken noch heute bei diesem Wort zuerst an die Vertriebenenverbände, die jahrzehntelang, gehätschelt von konservativen Politikern, auf ihren Schlesier-, Ostpreußen- und Egerländertreffen revanchistische Parolen skandierten: »Schlesien ist unser«, »Dreigeteilt niemals«, »Keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze«, »Das Sudetenland bleibt deutsch«. Meist hatten sich die Geflüchteten längst im westlichen Deutschland eingerichtet, ihre Kinder hatten hier eine neue Heimat gefunden, kannten die alte Heimat nur noch aus den Erzählungen der Eltern und Großeltern. Die Rückkehr nach Ostpreußen, Schlesien oder ins Sudetenland wäre für die allermeisten auch dann nicht infrage gekommen, wenn sie politisch möglich gewesen wäre. Es ging vielen von ihnen vor allem darum, recht zu haben und die deutsche Schuld zu leugnen.

Für die meisten der von den Nazis ins Exil getriebenen Schriftsteller/innen, Künstler/innen und Wissenschaftler/innen war dagegen in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg im westlichen Deutschland kein Platz. Viele, wie Arnold Zweig, Bertolt Brecht oder Anna Seghers, zogen das östliche Deutschland vor, manche, wie Thomas Mann, ließen sich aus eigenem Entschluss lieber im benachbarten deutschsprachigen Ausland nieder. Die Exilierten waren bei den Nachkriegsdeutschen in aller Regel nicht willkommen, wohl auch, weil ihr Schicksal die, die in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft hier gebliebenen waren, daran erinnerte, dass viele von ihnen so unschuldig nicht waren, wie sie vorgaben zu sein.

Für junge Leute heute liegt das alles lange zurück wie die Filme, die nach dem Zweiten Weltkrieg den verstörten Deutschen eine heile Welt vorspiegelten: *Der Förster vom Silberwald*, *Die Sennerin von St. Kathrein*, *Die Fischerin vom Bodensee*, *Grün ist die Heide* oder *Rosen blühen auf dem Heidegrab*. Das Heimatbild in den kitschigen Heimatfilmen und Heimatromanen der 50er und 60er Jahre war verlogen und reaktionär, erinnerte allzu deutlich an die Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten mit dem unvermeidlichen Tanz um die Dorfblinde.

Wer sich dagegen vor 30, 40 Jahren in Deutschland als modern, als liberal oder progressiv verstand, wollte zumeist mit Heimat nichts zu tun haben. Heimat, das war Stillstand, Rückständigkeit, Provinzialismus, Bigotterie. In Bayern hatte die CSU das Thema gepachtet und wendete es aggressiv gegen alle, die sie unbayerischer Umtriebe verdächtigte. Erst die Musik- und Kabarettgruppe Biermösl Blosn und bayerisch sprechende Kabarettisten wie Gerhard Polt durchbrachen das Monopol. Dass wir seit einiger Zeit wieder unverkrampft über Heimat reden können, daran haben sie, daran hat vor allem die 1984 gestartete Fernsehserie *Heimat* von Edgar Reitz über das fiktive Dorf Schabbach im Hunsrück einen nicht unerheblichen

Anteil. Sensationelle Einschaltquoten, auch unter jungen Leuten, deuteten einen Wandel der Einstellung an. Die Serie traf einen Nerv, auch weil hier Heimat nicht als Winkelidylle, sondern als Reflexionsraum deutscher Geschichte vorgeführt wurde. Inzwischen haben jüngere Filmemacher wie Detlev Buck und Marcus H. Rosenmüller den deutschen Heimatfilm entstaubt und ihn entschlossen von den ihm zäh anhaftenden Klischees befreit.

56 % der Deutschen geben an, dass für sie Heimat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Vielleicht hat das seinen Grund auch darin, dass wir inzwischen erfahren haben, was es für uns bedeutet, wenn der globale Kapitalismus Länder zu bloßen Standorten degradiert, immer mehr Menschen aus ihren vertrauten Lebenszusammenhängen reißt und ihnen eine Mobilität zumutet, die es ihnen unmöglich macht, sich irgendwo »zu Hause« zu fühlen. Viele Ostdeutsche haben durch die ihnen übergestülpte deutsche Einheit Teile ihrer alten Heimat verloren, oft die Arbeit, manchmal nur die altvertrauten Ostprodukte; nicht wenige von ihnen mussten ihr Dorf, ihre Stadt verlassen, um »im Westen« ihr Glück zu suchen und fühlen sich bis heute wie Emigranten im eigenen Land. Ein Wunder ist es nicht, wenn die, die den Sprung in die neue Zeit nicht schafften, zuweilen dazu neigen, die DDR nostalgisch zu verklären.

Ist das nach 1990 größere Deutschland Heimat? Für die übergroße Mehrheit der Deutschen ist Deutschland zu groß, zu zugig, zu gesichtslos, auch zu fremd, um als Heimat gelten zu können. Heimatgefühle löst bei den meisten Menschen nur die nähere Umgebung aus, das Stadtviertel, das Dorf, die Eckkneipe, der Dialekt, die Familie und der Freundeskreis. Erst recht gilt das für die vielen Migrantinnen und Migranten, die mittlerweile in Deutschland leben. Ihre Heimat bleibt zumeist z. B. das anatolische Dorf, der Familienclan, vielleicht verstehen sie darunter auch ein paar Straßenzüge in Kreuzberg oder Neukölln oder im Münchener Westend, die Clique mit ihrer Insidersprache, das Café an der Ecke, den Boxclub oder den Fußballverein. Je mehr Menschen im Zuge der Globalisierung ihrer Heimat entrissen und in eine fremde Umgebung verpflanzt werden, umso dringender scheint das Bedürfnis nach Beheimatung, nach Wärme und Geborgenheit zu werden.

Heimat ist heute vor allem der Gegenentwurf zur unaufhörlichen Veränderung und Beschleunigung, die uns die globalisierte Ökonomie aufzwingt. Die Arbeitsnomaden, die auf den Baustellen in Saudi-Arabien und Dubai schuften, die Heere rechtloser Wanderarbeiter in den chinesischen Megastädten, die Techniker und Ingenieure, die ein halbes Jahr in São Paolo, ein Jahr in Singapur, dann wieder einige Jahre in Südafrika tätig sind, die Manager/innen und Berater/innen, die Wissenschaftler/innen und Künstler/innen, die ständig zwischen den großen Kultur- und Businesszentren der Welt unterwegs sind – haben sie überhaupt etwas, was sie ihr Zuhause nennen? Wo finden sie es? In den schäbigen Arbeiterunterkünften, in den gesichtslosen Hotels, in den Bars, in denen sich die Entwurzelten treffen, in der VIP-Lounge auf den internationalen Flughäfen? Oder ist die Familie die letzte Zuflucht, das Bollwerk, das in einer außer Rand und Band geratenen Welt einen Rest von Beständigkeit und Vertrautheit bieten muss? Der in Jena lehrende Soziologe Hartmut Rosa schreibt: »Die hohe Mobilität des sozialen Lebens der Spätmoderne führt also

tendenziell zu Entfremdung – zum Fremdwerden der Dinge und Orte, der Menschen und Verhältnisse. Dies birgt aber die Gefahr, dass sich die Welt in eine kalte, starre, indifferente Oberfläche verwandelt, dass sie uns dauerhaft zu ›tausend Wüsten, stumm und kalt‹ (Nietzsche) wird, weil nichts mehr zur Heimat in dem Sinne gerinnt, dass es identitätsstiftende Bedeutung erlangt.«

Nicht alle sehen hierin einen Verlust, manche glauben einen neuen Menschentyp auszumachen, der so etwas Altmodisches wie Heimat nicht braucht. Johannes Goebels und Christoph Clermonts *Die Tugend der Orientierungslosigkeit* war für kurze Zeit ein Kultbuch, weil es die Entwicklung eines ganz neuen Menschen zu bestätigen schien: Der Internet-Chatfreund aus Toronto ist wichtiger als der Kumpel vor Ort. Die Kleinfamilie ist out, Vereine, die Stammkneipe, das Gespräch am Zeitungskiosk dito. In der neuen Freiheit der globalisierten Welt gaben die neuen Lebensästheten lieber 40 Mark im Monat für den Internetanschluss aus als 150 für eine Lebensversicherung. Das wussten die Autoren im Jahr 1997 ganz genau.

Selten haben sich gefeierte Autoren so gründlich geirrt! Menschen wandeln sich nicht in denselben Zeitmaßen, in denen sich die Dinge um uns herum, die Infrastrukturen und die Arbeitsbeziehungen verändern. In aller Regel brauchen wir Beständigkeit und stabile soziale Nahbeziehungen, und wenn um uns herum kein Stein auf dem anderen bleibt, wenn in der uns umgebenden Produktwelt eine Innovation die nächste jagt, wenn wir selbst ständig in Bewegung sind, um nur ja nicht den Anschluss zu verpassen, dann klammern wir uns wie Ertrinkende an eine im Wasser treibende Planke an die Erinnerung, an die Bilder, die Töne, die Gerüche der Kindheit, an die alten Geschichten, die wieder und wieder erzählt werden müssen, um uns die Angst vor der Ortlosigkeit zu nehmen. Oder wir ziehen uns in uns selbst zurück, der eigene Körper wird zum letzten Refugium der Beständigkeit in einer Welt des rasenden Wandels – nach Zygmunt Bauman einer der Gründe für den modernen Gesundheits- und Fitnesswahn.

Ich bin in den Niederlanden geboren, genauer in Leeuwarden, der Hauptstadt der niederländischen Provinz Friesland. Meine Mutter war Holländerin, mein Vater ein in den USA geborener Österreicher. Meine Eltern waren Esperantisten, Pazifisten und Kosmopoliten. Sie lebten lange in Frankreich, dann in den Niederlanden, nach dem Krieg kam die Familie nach Deutschland, in den 70er Jahren wanderten meine Eltern nach Kalifornien aus, wo zwei meiner Brüder bereits lebten. Wo ist meine Heimat? Wenn ich im Flugzeug aus den USA heimkehre und aus dem Fenster tief unten den ersten Zipfel Irlands sehe, erfasst mich ein Gefühl der Heimkehr. Ist Europa also meine Heimat? Wenn ich in Deutschland gelandet bin, und um mich herum die vertrauten Werbetafeln und Hinweisschilder sehe, wenn ich die vielen Menschen meine deutsche Sprache sprechen höre, bin ich angekommen. Ist darum Deutschland meine Heimat? Oder ist es immer noch das flache, von Kanälen durchzogene Land mit den von Seerosen bedeckten Seen, in dem ich geboren wurde, oder sind es die norddeutschen Heide- und Marschlandschaften, in denen ich meine Jugend verbrachte? Ist gar inzwischen der Starnberger See mit der Zugspitze an seinem südlichen Ende für mich Heimat geworden? Oder Berlin, wo ich fast 20 Jahre gelebt habe und wo meine Kinder heute zu Hause sind?

Etwas in mir sperrt sich gegen eine Festlegung. Vielleicht kann man mehrere Heimaten haben oder vielleicht setzt sich das, was ich Heimat nenne, in meinem Fall aus ganz verschiedenen Bildern, Gerüchen, Erfahrungen zusammen, die ich mir in verschiedenen Epochen meines Lebens einverleibt habe.

Fremdheitserfahrungen können stimulieren und bereichernd wirken. Sie können aber auch Angst und Fluchtreflexe auslösen. In unseren Großstädten ziehen sich immer mehr Menschen, die es sich leisten können, in separierte, von Wachdiensten gesicherte Trutzburgen zurück, den in den USA schon lange üblichen *gated communities*. Sie abkapseln gegen eine als bedrohlich empfundene Umwelt – der Traum von Sicherheit und Geborgenheit unter Seinesgleichen. Aber wer Heimat in möglichst homogenen Gemeinschaften sucht, neigt oft dazu, sich von Feinden umzingelt zu wähnen, verliert nicht selten den klaren Blick für die Realität der Gesellschaft, in der er lebt, betrügt sich selbst um Impulse und Anregungen von Andersdenkenden und Anderslebenden. In den Worten des Soziologen Zygmunt Bauman: »Das Projekt der Abschottung gegen die Polyphonie des städtischen Lebens in den Enklaven kommunitärer Einförmigkeit ist so selbstzerstörerisch wie selbstverstärkend (...). Mit zunehmender Neigung zur Uniformität wächst der Horror vor den Fremden draußen vor der Tür.« In den *gated communities* haben wir es mit einer Art Schwundstufe dessen zu tun, was Heimat als anschauliches Modell offener Menschlichkeit bedeuten kann: ein bisschen protzig und arrogant, vor allem aber engherzig, provinziell, latent aggressiv und angstbesetzt, das was der Politologe Herfried Münkler eine hinter die Errungenschaften der Moderne zurückfallende »kommunitaristische Regression« nennt.

Für Ernst Bloch war Heimat etwas, »das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war«. Als er das schrieb, lebte er schon im Exil in den USA, arbeitete tagsüber als Hilfsarbeiter und saß nachts über dem Manuskript seines dreibändigen Hauptwerks *Prinzip Hoffnung*. Heimat als Kindheitstraum, als lebenslange Sehnsucht, als U-Topos (Nicht-Ort), als Vorschein auch und Verheißung. Der Blochsche Heimatbegriff ist im genauen Sinn nur verständlich, wenn man ihn im Kontext der Hegelschen und Marxschen Philosophie betrachtet. Heimat ist für Bloch nicht etwas, was man hat oder woran man sich erinnert, weil man es nicht mehr hat. Heimat ist für ihn etwas, was uns noch bevorsteht, was im geschichtlichen Prozess werden will und werden soll.

»Heimat« ist für Bloch das Gegenstück zum marxistischen Begriff der »Entfremdung«, ist der utopische Flucht- und Zielpunkt, in dem sich alles Fremdsein, die ganze Widersprüchlichkeit des Lebens auflöst und die Menschen ganz bei sich selbst sind und versöhnt miteinander leben. Die Frage ist allerdings, ob ein solches Maß an Übereinstimmung und Widerspruchslosigkeit, ob ein solcher »Umbau der Welt zur Heimat«, wie es bei Bloch auch heißt, wirklich sinnvoll und wünschenswert ist. Wäre mit der Aufhebung aller Entfremdung nicht auch das Leben selbst zu Ende?

Es steckt im Begriff der »Heimat« etwas, das sie in Konflikt bringen kann mit dem Leben, das notwendig Auseinandersetzung und Veränderung bedeutet. Wer leben will, kann nicht erwarten, kann nicht einmal wünschen, dass alles bleibt, wie es ist. Wer leben will, erst recht, wer selbstbestimmt leben will, muss die Heimat,

die auch zu einer Fessel werden kann, zumindest vorübergehend abschütteln, muss mit ihr brechen wie mit einer überfürsorglichen Mutter, um ins Offene zu gelangen. Vielleicht auch, um später geläutert und mit einem durch die Erfahrung der Fremde geschärftem Blick zu ihr zurückzukehren, und sei es nur in der Erinnerung. Nur wer mit der Heimat gebrochen oder sie verloren hat, weiß, was er an ihr hatte, als er noch darin war. Auch darum ist Heimat zumeist ein Produkt der Erinnerung, kaum zu trennen von dem nostalgischen Gefühl des Heimatverlusts.



#### **Johano Strasser**

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. 2018 erschien im Europa-Verlag als überarbeitete und aktualisierte Neuauflage: *Als wir noch Götter waren im Mai. Ein deutsches Leben.*

[johano.strasser@t-online.de](mailto:johano.strasser@t-online.de)

*Martin Tschechne*

## **Reden ist Gold**

### **Wie freies Sprechen das Denken beflügelt**

Die Regeln sind ganz einfach, aber inzwischen so ungewohnt, dass sie immer wieder neu eingeübt werden müssen. Regel Nummer eins: Die Debatte folgt keiner Frage, sondern einer zugespitzten These. Also nicht: Welche Rolle spielt die Religion, der Datenschutz oder der öffentliche Nahverkehr in unserer Gesellschaft? Sondern: Ohne A, B oder C wären wir alle besser dran. Oder schlechter, je nachdem. Das legt nämlich die Regel Nummer zwei fest: Jeder Teilnehmende des Disputts nimmt einen Standpunkt ein, begründet ihn, baut ihn aus, verteidigt ihn – und überlässt die Gegenrede den Vertreter/innen der jeweils anderen Seite. Am Ende wird ein Strich drunter gemacht; es siegt das bessere bzw. das besser begründete Argument.

So war es auf der Agora üblich, dem Marktplatz im alten Griechenland, über den die großen Denker ihrer Zeit schlenderten, um im Plauderton das Gespräch mit ihren Mitmenschen zu suchen. Im freien Austausch von Rede und Gegenrede legten sie das Fundament der europäischen Geistesgeschichte, begründeten sie die Idee der Demokratie und entwarfen ein Bild vom Menschen, das jedem seine eigene Position zubilligt. Sokrates, so berichten seine Schüler, behielt zwar am Ende fast immer die Oberhand. Aber den Gewinn an Erkenntnis – den trugen seine Mitbürger und die Nachwelt davon.

Und so fordert es auch die Tradition in den angelsächsischen Ländern, in denen Debatte und Diskurs noch immer als Formen der Kunst gepflegt werden – wie die Kunst des Dramas oder die der musikalischen Komposition. Wer sich, nur nebenbei, fragt, woher etwa der berühmte britische Humor kommt, der könnte im kunstvollen Auseinanderrücken von Person und Argument schon den Ansatz einer Erklärung entdecken: Es liegt etwas Spielerisches darin. Keiner setzt sich gleich mit seiner Rolle, und jeder ist sich dieser Unterscheidung bewusst. So etwas muss man lernen und

einüben – wie lateinische Vokabeln oder die Läufe auf dem Klavier. Aber der Stundenplan lässt den nötigen Raum dafür, von der *Elementary School* bis zum Examen als Lehrer/in oder Rechtsanwalt bzw. Rechtsanwältin oder dem *method acting*, dem Schauspielunterricht am Broadway. So weit liegt das alles ja nicht auseinander. In England oder den USA jedenfalls käme kein Student auf die Idee, ihr oder sein Referat von einem Manuskript abzulesen.

### Die Welt als Cosmopolis

Nun ist die Welt kein Dorf mehr, kein *global village*, wie der kanadische Medientheoretiker Marshall McLuhan den Endpunkt einer Entwicklung bezeichnete, in deren Verlauf erst der Buchdruck, später Rundfunk und Fernsehen den Globus zur Größe eines Dorfplatzes, einer Agora der Antike schrumpfen ließen. Wer live mit Panama oder Polynesien verbunden ist, für den spielen Entfernungen keine Rolle mehr.

Aber nein, korrigiert ihn mehr als 50 Jahre und eine neuerliche, die digitale Revolution später der britische Historiker Timothy Garton Ash: McLuhans Metapher habe sich überlebt. Ein Dorf ist viel zu klein, die Bewohner sind einander bekannt und vertraut; es herrscht dort eine fast schon idyllische Nachbarschaft. Leider sehr weltfremd. Garton Ashs Gegenmodell – für das er, nebenbei, im vergangenen Jahr mit dem Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet wurde: die Welt als Ort, in dem sich die Massen drängen, sich Meldungen und Meinungen in schneller Taktung überstürzen, als globale Riesenstadt, die Welt als »Cosmopolis«.

Die Idee der Vernetzung, der globalen Gleichzeitigkeit, der vielfältigen und in alle Richtungen wirkenden Abhängigkeiten also blieb in dem revidierten Bild erhalten. Nur von dörflicher Überschaubarkeit, gar Beherrschbarkeit kann in Zeiten der Internetkonzerne und ihrer lernenden Algorithmen, in Zeiten der konzertierten Angriffe durch Hacker, Bots und Trojaner längst keine Rede mehr sein. Was in der globalen Großstadt die Beziehungen der Menschen definiert, ist die komplette, von allen Regeln und aller Rücksicht befreite Transparenz und damit – das ist kein Widerspruch – Austauschbarkeit und Anonymität. Wer seinen Alltag mit einem sprechenden und auf jede Äußerung antwortenden Computer teilt, der stellt seine Individualität zur Disposition und macht sich zu einer Art Außenposten eines Rechnerprogramms.

Was daraus folgt, als Forderung wie als Versprechen, ist die Freiheit der Rede – und die Erkenntnis, dass jede Freiheit Hege und Pflege braucht, wenn sie sich nicht sehr schnell in ihr Gegenteil verkehren soll. Also Regeln und Sanktionen, vor allem aber die Reife derer, die sie genießen. Das heißt: Kompetenzen und Moral.

Darf also jeder jeden aus seinem Versteck irgendwo im Dschungel der digitalen Cosmopolis angreifen, bedrohen und beleidigen? Darf ein Kabarettist das Oberhaupt eines fremden Staates verspotten und verhöhnen? Dürfen Karikaturen eines Propheten eine ganze Religionsgemeinschaft lächerlich machen? Wie kann und darf sich die Gemeinschaft dagegen zur Wehr setzen? Und welche Entschädigung steht einem Mann zu, der sein Geld zwar mit Klamauk und öffentlicher Provokation verdient, sich aber eines Tages auf einem frei zugänglichen Video im Internet wiederfindet beim Geschlechtsverkehr mit der Ehefrau des Nachbarn?

Im Fall des amerikanischen Berufsringers Hulk Hogan erkannte das Gericht auf 140 Millionen Dollar. Die Internetplattform ging daran kaputt, was vielleicht kein großer Verlust war. Die anderen Fragen erfordern aber deutlich komplexere Antworten.

### Jenseits des Gereiztheitskorridors

Die Freiheit der Rede hat ihren Preis. Er ist zu bezahlen in Abstrichen von dem, was sich manch eine/r an öffentlicher Ordnung wünscht, an Respekt, sogar an Sicherheit. Er bedeutet Verzicht auf vieles, was man unter gutem Geschmack verstehen mag, unter Kultur oder der gebotenen Rücksicht gegenüber Minderheiten. Die Gesamtheit der freien Rede umfasst auch die schlechte, vulgäre, hasserfüllte und sogar die absichtlich falsche Äußerung.

Die Freiheit der Rede hat große Gedanken großer Frauen und Männer verbreitet, aber auch einen Donald Trump möglich gemacht. Sie schließt sogar die paradoxe Freiheit ein, nach ihrer eigenen Begrenzung zu rufen, nach Einschränkung der Pressefreiheit, Verbot und Zensur. Und sie wurde im März selbst zum Thema – als in Dresden die Schriftsteller Durs Grünbein und Uwe Tellkamp öffentlich u. a. darüber stritten, ob Intellektuelle in Deutschland sich nur in einem eng gefassten Gesinnungskorridor bewegen dürften, oder ob es vielleicht mal geboten sei, sich aus der Komfortzone von Gereiztheit und Wehleidigkeit heraus in einen offenen Diskurs zu begeben. »Wer sich öffentlich äußert«, so notierte Jens Bisky in der *Süddeutschen Zeitung*, »der muss damit rechnen, dass ihm widersprochen wird. Wer das abschaffen will, schafft zugleich die öffentliche Debatte ab und erzeugt Stickluft oder Belanglosigkeit«.

Kompetenz also, Umgangsformen, Formen für den Umgang mit einer Redefreiheit, die auch für die Gegenseite gilt und trotzdem – oder gerade deshalb – eher sehr weite als enge Grenzen benötigt. Viel von dieser Kompetenz ist nicht zu erleben, wenn sich die Teilnehmer einer Debatte über Gesinnungsdruck und Opferrolle eher belauern als einander zuzuhören. Wenn Fragen an ein Gegenüber durch Unterstellungen ersetzt werden. Oder wenn bei Talkshows wie Maischberger oder Anne Will die Vertreter von Verbänden und Parteien sich vor allem in der Fähigkeit messen, hartnäckig weiterzureden, um die Rede der anderen Seite zu übertönen.

Natürlich genügen die überschaubaren Fertigkeiten der Agora nicht, um sich gegen Hass und organisierte Hetze in den sozialen oder asozialen Medien zu wappnen. Aber am Anfang von Diskurs und Demokratie steht nun mal die Grundtechnik. In Berlin ist es Jutta Falke-Ischinger, die aus ihren Beobachtungen vom internationalen Parkett als Journalistin, Redakteurin und Frau des Diplomaten Wolfgang Ischinger eine Geschäftsidee (Disput\Berlin! So geht streiten.) entwickelt hat, die dem Disput einfache Regeln vorgibt und ihn als Spektakel auf die Bühne bringt – sicherlich auch, um tatsächlich Argumente über die Risikoscheu der Deutschen oder den Wert von Treue auszutauschen, vor allem aber, um zu zeigen, wie es funktioniert: wie streiten geht! Inzwischen steht auch bei uns die freie Debatte auf dem Stundenplan vieler Schulen. Und während mancher Helikopter-Elternteil sich noch fragen mag, worin denn wohl der Sinn liegt, nur mal aus Gründen der rhetorischen Ertüchtigung einen

ganz und gar fremden Part einzunehmen, können sich die Nachwuchskräfte der Redekunst darauf freuen, mit ihren neu erworbenen Fähigkeiten vielleicht schon bald die Arena der Demokratie zu betreten.



**Martin Tschechne**

ist Journalist und lebt in Hamburg. 2012 erhielt er den Preis für Wissenschaftspublizistik der Deutschen Gesellschaft für Psychologie DGP.

*Dirk Klose*

## Mit dem Übermenschen zur Republik?

### Rolf Zimmermanns Buch über Friedrich Nietzsche und Thomas Mann

Friedrich Nietzsche (1844–1900) war in seiner Wortwahl selten zimperlich. Wenn er den »Untergang der Mißrathenen, Schwachen, Degenerierten« prophezeite, ging er mit dem Christentum heftig ins Gericht: »Die ächte Menschenliebe verlangt das Opfer zum Besten der Gattung. Sie ist hart, sie ist voll Selbstüberwindung, weil sie das Menschenopfer braucht.« Und weil sich Christen für Schwache und Entrechtete einsetzen, urteilte er, es sei »unanständig, heute Christ zu sein« und weiter: »Das Christentum war bisher das größte Unglück der Menschheit« (*Der Antichrist*).

Berüchtigt sind aus seinem Werk weitere Schlagworte: So schreibt er von Herren- und Übermenschen, Herren- und Sklavenmoral, von notwendigen Kriegen zur Auslese der Besten und – vielleicht das griffigste Schlagwort – vom Willen zur Macht, der das Zusammenleben von Mensch und Gesellschaften präge.

Nietzsche hat immer polarisiert. Nur zu gerne griffen totalitäre Bewegungen seine Lehre zur Legitimierung eigener Ziele auf, vor allem der Nationalsozialismus, aber auch der Bolschewismus, etwa wenn Leo Trotzki den »Übermenschen« als Leitbild für den neuen sowjetischen Menschen propagierte. Auf der anderen Seite sahen seine Befürworter in dieser Radikalität (Nietzsche sagte von sich selbst, er sei »radikal bis zum Erbrechen«) gerade den Ansporn, nicht in Lethargie zu verfallen, sondern für Staat und Gesellschaft Außerordentliches zu leisten.

Thomas Mann (1875–1955) hat sich zeitlebens mit Nietzsche befasst und dessen widersprüchliches Werk überwiegend positiv gesehen. Er habe sich ihm sogar seelenverwandt gefühlt, schreibt der an der Universität Konstanz lehrende Philosoph Rolf Zimmermann in seiner weit ausholenden Untersuchung über Thomas Manns Wandlung vom Nationalisten im Ersten Weltkrieg zum überzeugten Republikaner schon bald nach Kriegsende. Noch 1918 hatte Thomas Mann seine mehrere 100 Seiten umfassenden *Betrachtungen eines Unpolitischen* veröffentlicht, worin er sich der aggressiven Hervorhebung Deutschlands als singulärer Kulturnation anschloss (worüber es zum Zerwürfnis mit seinem Bruder Heinrich kam). Vier Jahre später, am 13. Oktober 1922, bekannte er sich in einer emphatischen Rede zur Weimarer Reichsverfassung

und damit zur Republik. Diese Haltung brachte ihn bald in unversöhnliche Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Regime, das ihn 1936 ausbürgerte; zu diesem Zeitpunkt lebte Thomas Mann schon nicht mehr in Deutschland, nachdem er sich seit der Machtübernahme Adolf Hitlers in Zürich in einer Art Wartestand eingerichtet hatte.

Zimmermann untersucht Thomas Manns Haltung zu Nietzsche sehr genau und wägt sie kritisch, wobei er sich vor allem auf die großen Essays und weniger auf die Romane stützt, auch wenn die Figur des Adrian Leverkühn, Protagonist des Romans *Doktor Faustus*, teilweise nach dem Vorbild Nietzsches angelegt ist. Nietzsches eingangs genannte Schlagworte verfinden bei Thomas Mann nicht: »Ich nahm nichts wörtlich bei ihm«, schrieb er 1930, »ich glaubte ihm fast nichts. Was war mir seine Machtphilosophie und die ›Blonde Bestie‹? Beinahe eine Verlegenheit.« Aber er fährt fort: »Mein Nietzsche-Erlebnis (...) hat (...) mich widerstandsfähig gemacht gegen alle übel-romantischen Reize, die von einer *inhumanen* Wertung des Verhältnisses von Leben und Geist ausgehen können und heute so vielfach ausgehen.«

Was ihn an Nietzsche faszinierte, war vor allem seine Rigorosität in ästhetischen Fragen. Das 1922 abgelegte Bekenntnis zur Republik gründete auch auf der Hoffnung, durch gemeinsame Anstrengung der Eliten eine höhere Kulturstufe zu erreichen. Der »Übermensch«, so interpretiert Zimmermann, wird für Thomas Mann zum Ideal eines neuen Bundes zwischen Erde und Mensch und ist hilfreich bei dem Versuch, sich von problematischen deutschen Traditionen zu lösen; Nietzsches Religionskritik versteht Thomas Mann als Aufforderung zu einer Selbstreinigung der Religionen hin zu neuer Humanität. Er findet bei Nietzsche den Impetus einer neuen Hochkultur, die nicht nur für die Weimarer Republik, sondern für jede Republik essenziell ist.

Auch im Exil – im Februar 1938 war Thomas Mann mit seiner Familie in die USA emigriert, 1944 erhielt er die amerikanische Staatsbürgerschaft – hat Nietzsche ihn nicht losgelassen. Ihn beschäftigte besonders die Frage, ob er als ideeller Vorläufer der faschistischen Bewegungen zu betrachten sei, was damals einer weitverbreiteten Meinung entsprach, als »Zerstörer der Vernunft«, als den ihn Georg Lukács bezeichnete. Thomas Mann sah es »im Lichte der Erfahrung« anders und fast umgekehrt: Nietzsche habe die »fascistische Epoche eher antizipierend« vorausgeahnt; nicht er habe den Faschismus gemacht, »sondern der Fascismus ihn«. Es ist der berühmte Essay *Nietzsches Philosophie im Lichte unserer Erfahrung* von 1947, in dem es an dieser Stelle weiter heißt: »Als sensibelstes Ausdrucks- und Registrierinstrument hat er mit seinem Macht-Philosophem den heraufsteigenden Imperialismus vorempfunden und die fascistische Epoche des Abendlandes (...) als zitternde Nadel angekündigt.«

Für die Leserschaft überraschend konzentriert sich der Autor im letzten Drittel seines Buches fast nur noch auf Nietzsche und dessen Ehrenrettung. Zimmermann sieht ihn als einen in der Tradition der Aufklärung stehenden Kulturkritiker. Er versucht aus seinem Werk herauszufiltern, was der Stärkung republikanischer Staatsformen und Haltungen dienlich sein könnte. Den »Übermenschen« versteht er eher als »Ausnahmemenschen«, der exemplarisch hohe Qualitätsansprüche erfüllen muss: »Die Komplexität, mit der eine europäische Zukunft auf verschiedenen Ebenen behaftet ist, unterstreicht die Qualitätsanforderung, der insbesondere die politischen Führungen der europäischen Demokratien zu genügen haben.«

Zimmermann hat sein gedankenreiches Buch leserfreundlich angelegt. Jedes der acht Kapitel beginnt mit einer Einleitung, in der die folgenden Schritte genau benannt werden, und meist schließt eine Zusammenfassung die jeweiligen Überlegungen ab. Der Versuch, Nietzsche für die heutige Situation von Republik und Demokratie in Dienst zu nehmen und seine Nützlichkeit aufzuzeigen, wird nicht auf ungeteilten Beifall stoßen, denn er ist und bleibt ein Denker, der in viele und auch gegensätzliche Richtungen wirkt. Viel hängt davon ab, an welchen Nietzsche man sich dabei hält: den Kulturkritiker oder den Metaphysiker, den Moralphilosophen oder den Denker der »Ewigen Wiederkehr des Gleichen«, den scharfsinnigen Psychologen oder den »Umwerteter aller Werte«, an den frühen, den mittleren oder den späten Nietzsche, auch wenn sich diese Phasen bei ihm nicht einfach trennen lassen. Zimmermanns Buch wirft Fragen auf, die weiteres Nachdenken erfordern, und er hilft dabei Antworten zu finden. Und mit Thomas Mann hat er sich bei der Würdigung des umstrittenen Philosophen einen guten Gewährsmann geholt.

*Rolf Zimmermann: Ankommen in der Republik. Thomas Mann, Nietzsche und die Demokratie. Karl Alber, Freiburg 2017, 352 S., 29 €.*



**Dirk Klose**

ist freier Journalist in Berlin und arbeitet vorwiegend zu zeitgeschichtlichen und kulturpolitischen Themen. Zuvor war er für Buchkritik verantwortlicher Redakteur der vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Wochenzeitung *Das Parlament*.

*Wolf Scheller*

## **Zwischen Lachen, Hohn und Trauer**

### **Irmgard Keun in einer Werkausgabe**

In den letzten Atemzügen der fiebrigen Agonie der Weimarer Republik erschien in der Literaturszene eine junge Frau wie aus dem Nichts, die praktisch über Nacht zur erfolgreichsten Autorin der 30er Jahre wurde. Aus ihrer atemlosen Prosa hören wir noch heute den Ton dieser Zeit heraus. Irmgard Keun war 26 Jahre jung, als 1931 ihr erster Roman *Gilgi, eine von uns* erschien. Mit der Geschichte der 21-jährigen Stenotypistin, die Gisela heißt, sich aber Gilgi nennt und mit ihren beruflichen und erotischen Beziehungsproblemen für das junge Heer der weiblichen Angestellten stehen sollte, die weit drastischer den zahlreichen Krisen der Weimarer Republik ausgesetzt waren als die Männer, war der Autorin ein grandioser Volltreffer gelungen. Heute würde man von einem Shootingstar sprechen. Und dieser Newcomerin gelang schon acht Monate später mit ihrem zweiten Roman *Das kunstseidene Mädchen* erneut ein Riesenerfolg, der sie endgültig berühmt machte.

Irmgard Keun okkupierte das Image der frischen und frechen jungen Frau, die selbst »eine von uns« ist und sich wie ihre Protagonistin Gilgi nichts gefallen lässt, besonders nicht im Umgang mit den Männern. Je länger eine Frau über einen Mann

nachdenke, sagt Gilgi, desto weniger verstehe sie von ihm. Es sei also nicht nur törricht, auf den idealen Mann zu warten, sondern auch »furchtbar unmoralisch«, man dürfe sich »doch seine Wünsche nicht fortlügen«. Filme und Schlager der frühen 30er Jahre bestimmen das Leben und die Sehnsüchte der Sekretärin Doris, des »kunstseidenen Mädchens«, die aus ihrem kleinen Angestelltenmilieu ausbrechen und Schauspielerin werden will. Sie nimmt sich vor, zu »schreiben wie Film«, sagt: »Ich will ein Glanz werden.« Schlager und Schreibmaschine, innerer Monolog, der Traum von Hollywood, damals schon. Später wird Irmgard Keun sagen: »Also direkte Vorbilder, die hatte ich nie, die hätte ich auch abgelehnt. Denn ich wollte ja ich sein, ich, ich, ich! Das war die Hauptsache.«

Viele ihrer Romane, vor allem die in den 30er Jahren entstandenen, befassen sich mit der Lebenssituation von Frauen und ihrem Kampf um Selbstständigkeit. Es geht dabei nicht um ein abstraktes Emanzipationsprogramm. In dem »Gilgi«-Roman etwa rutscht die Heldin ins Arbeitslosenelend. Doch weiß sie sich zu behaupten, glaubt das zumindest, eignet sich Fremdsprachenkenntnisse an, versucht, durch eine besonders positive Ausstrahlung bei den Herren der Schöpfung zu punkten. Ganz im Gegensatz zu ihrer Freundin Olga, zu der sie sagt: »(...) es ist doch schön, sein Leben wie eine sauber gelöste Rechenaufgabe vor sich zu haben«. Aber die Rechnung geht nicht auf. Ende offen. In *Das kunstseidene Mädchen* führen die Liebe und das Verhältnis zu den Männern die Ich-Erzählerin Doris in eine illusionäre Welt von Trugbildern. Sie will kein Tagebuch führen, »denn so ist mein Leben und wird noch mehr so sein (...) Und wenn ich später lese, ist alles wie Kino – ich sehe mich in Bildern.«

Beide Romane waren Ereignisse. Alfred Döblin, Klaus Mann, Bernard von Brentano und Ludwig Marcuse waren von dieser Debütantin begeistert. Kurt Tucholsky schrieb in der *Weltbühne*: »Eine schreibende Frau mit Humor, sieh mal an! Hurra! Hier ist ein Talent. Wenn die noch arbeitet, reist, eine große Liebe hinter sich und eine mittlere bei sich hat: aus dieser Frau kann einmal was werden.« Und Döblin, der sie entdeckt hatte, schrieb ihr: »Wenn Sie nur halb so gut schreiben wie Sie sprechen, erzählen und beobachten, dann werden Sie die beste Schriftstellerin, die Deutschland je gehabt hat.«

Es kam anders. Die Nationalsozialisten ächteten die Bücher der jungen Schriftstellerin als »entartete Literatur«, die die Werte von Familie, Ehrbarkeit und deutscher Volkstradition zersetze, warfen sie auf die Scheiterhaufen der Bücherverbrennung. Irmgard Keun verklagte die Regierung – allerdings vergeblich – auf Schadenersatz. Übelgenommen wurde ihr später, dass sie den Versuch unternahm, in die Reichsschrifttumskammer aufgenommen zu werden. Als ihr dies verwehrt wurde, gab es nur noch den Weg ins Exil. Vom Leben in Hitlerdeutschland erzählt ihr Roman *Nach Mitternacht* (1937), dessen Handlung an genau zwei Tagen 1936 in Frankfurt am Main spielt. Susanne, die Erzählerin, beobachtet am Opernplatz die Ankunft Adolf Hitlers: »Und langsam fuhr ein Auto vorbei, darin stand der Führer wie der Prinz Karneval im Karnevalszug.« Die Handlung wird nicht kontinuierlich erzählt, sondern von ihrem Ende her aufgerollt. In die Schilderung dieser zwei Tage lässt Susanne Erinnerungen an die vergangenen Jahre einfließen, die ihre persönliche wie auch die allgemeine politische Situation erhellen. So entlarvt der Roman in ironisch-satiri-

scher Darstellung die Haltung des Bürgertums im nationalsozialistischen Deutschland aus der Sicht eines jungen Mädchens.

Im belgischen und holländischen Exil fand Irmgard Keun in Joseph Roth, den sie durch Egon Erwin Kisch in Ostende kennengelernt hatte, ihre »große Liebe«. Roth nannte sie wegen ihrer Zartheit sein »scheenes Kaninchen«. Roth, so bekannte sie später, »war ja auch der einzige Mann, der mich je gefesselt hat, so daß manches Wort von ihm in meiner Seele Wurzeln schlug. Er machte einen so starken Eindruck auf mich, daß ich es nicht nötig fand, seine Bücher zu lesen.« Sie arbeiteten zusammen, gaben sich gemeinsam dem Alkohol hin, was dazu führte, dass Irmgard Keun bis zu ihrem Tod 1982 mehrfach in einer Heilanstalt behandelt wurde. Dennoch war das Exil für beide eine produktive Zeit. Roth schrieb seine Romane *Beichte eines Mörders*, *erzählt in einer Nacht*, *Das falsche Gewicht* und *Die Kapuzinergruft*, Irmgard Keun *Das Mädchen, mit dem die Kinder nicht verkehren durften*, *Kind aller Länder* und *D-Zug dritter Klasse*.

Ihre Jugend hatte die ursprünglich aus Berlin stammende Kaufmannstochter in Köln verbracht, wo sie nach Roths Tod die Kriegsjahre unter falschem Namen in ständiger Angst vor Entdeckung überstand. Das gelang ihr unter anderem auch durch eine Falschmeldung des *Daily Telegraph*, der sie 1940 für verstorben erklärt hatte. Im Oktober 1946 schrieb sie an Hermann Kesten: »Ich habe wieder etwas Hoffnung. Die Menschen in Deutschland sind genau wie sie immer waren. Sie tragen keine Hakenkreuze mehr am Anzug, aber sonst hat sich nichts mit ihnen geändert. An Köln ist das beste, dass es kaputt ist. Sowas darf ich aber noch nicht einmal den paar Leuten sagen, die keine Nazis sind und auch keine waren.« Nach 1945 war die einst so erfolgreiche Erzählerin weitgehend vergessen. Auch die »Gruppe 47« nahm keinerlei Notiz von ihr, ein Schicksal, das sie mit anderen Exilautoren teilte. Dennoch waren ihr Sarkasmus, ihr Witz nach wie vor präsent. Davon zeugt ihr letzter, von der Kritik weitgehend übersehener Roman *Ferdinand, der Mann mit dem freundlichen Herzen*. Anfang der 80er Jahre wurden einige ihrer Romane bei Claassen neu aufgelegt. Aber erst jetzt liegt ihr komplettes Werk in drei Bänden mit einem einfühlsamen Vorwort von Ursula Krechel vor. Es hat Irmgard Keun nicht an Selbstbewusstsein gefehlt, auch nicht an Humor. Melodramatik war ihr fremd. Trotz, Empörung und Hass waren die Antriebskräfte ihrer Kreativität. In dem Nachkriegstext *Wenn wir alle gut wären* von 1954, einer ihrer letzten Arbeiten, heißt es: »Ich zögerte auch noch, meinen Haß, den ich für meine Arbeit brauchte, wieder wach werden zu lassen – diesen Haß gegen das dumpfe und hoffnungslose Böse, gegen die häßliche Unlust am klaren Gedanken – diesen Haß, den ich nie loswerden kann und will.«

*Irmgard Keun: Das Werk* (hg. im Auftrag der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und der Wüstenrot Stiftung von Heinrich Detering und Beate Kennedy). Wallstein, Göttingen 2017, 3 Bde., 2.044 S., 39 €.



**Wolf Scheller**

war Rundfunkredakteur in Köln und ist nun freier Autor. Seine Schwerpunkte sind jüngere Zeitgeschichte und Literatur.

[wolfscheller@gmx.de](mailto:wolfscheller@gmx.de)

Ulrich Baron  
**»Riot«?**

### Publikationen zum Protest gegen den Hamburger G20-Gipfel

Die Ergebnisse des G20-Gipfels der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in Hamburg versanken am Ende ebenso im Nebel wie die Proteste gegen dieses Treffen im Sommer 2017. In dessen von Straßenschlachten und Brandstiftungen geprägten Umfeld machte aber ein Wort eine seltsame Karriere: *Riot. Was war das los in Hamburg?* betitelten entsprechend die Herausgeber ihren Sammelband aus dem Laika-Verlag, der die Ereignisse jener Tage aus Sicht der Vertreter eines radikalen Antikapitalismus interpretiert. Dabei beziehen sie sich auf ein Werk des amerikanischen Dichters und Literaturprofessors Joshua Clover, der in seinem aktuellen Buch unter dem markigen Titel *Riot. Strike. Riot* unlängst eine neue Ära von Aufständen proklamiert hat. Mit einer gewissen anarchistischen Ironie hingegen hat bei Nautilus das anonyme »Komitee 17« seine G20-Flugschrift *Verkehrsprobleme in einer Geisterstadt* überschrieben. Der Freiburger Jurist Benjamin Rusteberg wiederum analysiert auf dem *Verfassungsblog* unter dem Titel »Schrödingers Camp oder die Versammlungsfreiheit vor dem Gesetz« das aus Laiensicht absurd anmutende Tauziehen um ein geplantes Protestcamp, »das gleichzeitig der Versammlungsfreiheit unterfällt und der Versammlungsfreiheit nicht unterfällt«.

Der Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 war in mehrfacher Hinsicht auch ein Gipfel der Entfremdung. Hamburg sei den Teilnehmenden als eine Stadt präsentiert worden, deren öffentliches Leben aus der großräumigen Sicherheitszone verbannt war, heißt es im Nautilus-Band: »Den internationalen Gästen wurde eine betäubte Lebenswelt zu Füßen gelegt.« Diesem Politikertreffen, das von einem polizeilichen Großaufgebot so massiv abgeschottet wurde, dass man es auch auf einer Raumstation hätte abhalten können, stand eine militante politische Linke gegenüber, deren Drang zur direkten Aktion in Hamburg die Toleranzbereitschaft selbst ihrer Sympathisanten exzessiv überstrapazierte. Das ergab einen grotesken Antagonismus: Hier eine radikale Opposition, die die Gesellschaftsordnung als prinzipiell falsch und unerträglich ansieht, dort eine Politik, die sich selbst für alternativlos hält. Und irgendwo dazwischen stand die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die spürt, dass es so mit der Welt nicht weitergehen kann. Die mit den Protestierenden manchmal sympathisiert, aber nicht zu radikalen Schritten neigt, obwohl ihr der Glaube, durch Wahlen etwas verändern zu können, zusehends abhandenkommt.

Abhandengekommen ist der radikalen Linken wiederum ihr politisches Subjekt, und das schon seit einem Jahrhundert. Clovers titelgebende Formel *Riot. Strike. Riot* zielt auf diesen historischen Wandel. Dabei versteht der Autor den Ausdruck »Riot« im Sinne von »Aufstand«, weist aber darauf hin, dass er früher für eine »kriminelle, lose oder wüste Lebensweise« gestanden und erst im 18. Jahrhundert die Bedeutung einer »gewaltsamen Störung des öffentlichen Friedens durch eine Versammlung oder Gruppe von Personen« angenommen habe.

An die Stelle solcher gewalttätiger »Versammlungen«, etwa Hungerrevolten, die rechtlich als »Ausbruch aktiver Rechtlosigkeit oder Unordnung des Pöbels« behandelt wurden, sei im Zuge der Industrialisierung der Streik getreten, dessen Macht sich freilich mit dem »Niedergang der Arbeiterbewegung im Westen« erschöpft habe. Die einst machtvollen, organisierten Streiks seien seit Ende des 20. Jahrhunderts wiederum durch neue »Riots« abgelöst worden, die sich, wie die in Los Angeles im Jahr 1992, oft an Übergriffen der Polizei entfacht hätten. Seinen drei historischen Phasen ordnet Clover spezifische Schauplätze zu: »Für die frühe Ära der Aufstände ist dieser Ort der Markt oder, mehr noch, der Hafen; für die Ära der Streiks die Fabrikhalle und für die neue Ära der Aufstände der Platz und die Straße.«

### Vandalismus statt Revolution

Hamburgs Straßen und Plätze schienen einen geradezu idealen Raum zu bieten, um zeitgemäße »Riots« zu inszenieren. Dazu zählte das seit den Tagen der Occupy-Bewegung obligatorische Protestcamp, die »Welcome-to-Hell«-Demo mit Verstößen gegen das Vermummungsverbot und brutalen Polizeiaktionen, ein friedlicher, aber kaum beachteter Massenprotest und endlich Vandalismus mit Brandstiftungen an der Elbchaussee und Plünderungen im Karolinenviertel, die von Teilen der Linken publizistisch als »Riot« gefeiert, von anderen hingegen scharf verurteilt wurden.

In der *taz* vom 10. Juli 2018 ging Roger Behrens mit den Publikationen von Nautilus und Laika ins Gericht und nannte die »Riots« eine »Konstellation, die man sich als revolutionäre Situation erhoffte und die dann doch nicht mehr war als ein brutales und überdies ziemlich fantasieloses, unüberlegtes Scharmützel«.

Als Hintergrund für eine »revolutionäre Situation« war das G20-Treffen viel zu diffus, aber schon im Vorfeld zeigte der Versuch, Protestcamps einzurichten, dass man den internationalen Politiktourismus mit einem ebensolchen Protesttourismus konfrontieren wollte. Hamburg sollte zum Schauplatz eines großen Schauturniers gegen die Herrschenden der Welt werden, doch die blieben in ihrer Manege unter sich und bekamen von der Asymmetrie zwischen Staatsaktionen und Straßenkrawallen wahrscheinlich am wenigsten mit.

Schon zuvor war das im Artikel 8 des Grundgesetzes verankerte Versammlungsrecht zum Zankapfel geworden. Dort heißt es im ersten Satz: »Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln«, und weil dies ausdrücklich nur für »alle Deutschen« gilt, sollte sich daraus eigentlich keine Erlaubnis für ein internationales Protestcamp ableiten lassen. Zudem gilt auch der zweite Satz: »Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.«

Gerade solche Beschränkungen wollten Behörden und Polizei durchsetzen – wegen der Möglichkeit, dass die Camps zu Rückzugsorten gewaltbereiter Aktivisten werden können, aber auch, weil ein wildes Campieren in Deutschland verboten ist. Es gibt in und um Hamburg attraktive Campingplätze und zahlreiche Übernachtungsmöglichkeiten. Wer meinte, unbedingt in Hamburg selbst gegen den G20-Gipfel demonstrieren zu müssen, hätte hier durchaus unterkommen können – freilich zu ortsüblichen Preisen. Andreas Engelmann und Max Pichel erläuterten

jedoch auf dem juristischen Blog *juwiss* unter dem Titel »Schlaflos in Hamburg«: »Wer aktuell versuchen sollte, in Hamburg bezahlbare Unterkünfte zu erhalten, dürfte es schwer haben. Der Bund bezahlt dabei die Kosten für die Unterbringung der Gipfelgäste, während es den Gegendemonstrant\*innen versagt sein soll, in Zelten zu schlafen?«

### Rausch ohne Kater?

Niemand hat es den »Gegendemonstrant\*innen« versagt, in Zelten zu schlafen, nur wurde zwischen geladenen und ungeladenen Gästen unterschieden, weshalb letztere in Hamburg auch keinen Limousinenservice und kein Begleitprogramm geboten bekamen. Für eine »Konkurrenz zu einem internationalen Gipfeltreffen« fehlte ihnen neben der Einladung auch das politische Mandat. Der Funke, der dann durch Brandstiftungen, Zerstörungen und Plünderungen entstand, ist dann trotz seiner viralen Verbreitung im Netz auch nicht übergesprungen. Stattdessen räumten tags darauf etliche Freiwillige die Spuren der Exzesse auf, was den ernüchternden Eindruck einer für (fast) alle peinlich aus dem Ruder gelaufenen Party hinterließ, die man lieber heute als morgen vergessen wollte.

In der Publikation des Laika-Verlags erscheint der »Riot« hingegen als ein Rausch ohne Kater: »Das kollektive Subjekt, das dort spontan in Aktion trat, die Schwingungen, die zwischen den leuchtenden Augen hin und her waberten, das unausgesprochene Einverständnis und überhaupt das Verständnis füreinander: mit einem mal wie weggeblasen der unerklärliche Erklärungsdruck über das ›praktische politische Engagement‹, das oft gegenüber ›fremden‹ Menschen auftritt. Die Barrieren zwischen ›radikalen Linken‹ und vielfältigen Anderen lösten sich auf in den Barrikaden an den Kreuzungen, endlich standen wir gemeinsam auf einer Seite, e i n e soziale Bewegung.« Was selbst der CSU nur im Bierzelt gelingt, gelang hier angeblich mitten auf den Straßen Hamburgs. Zwar sei St. Pauli auch ein besonders »widerständiges Territorium«, räumt Autor Yann Döhner ein, doch ein Anfang sei gemacht: »Im Vergleich mit defensiven, statischen Aktionsformen, wie etwa passiver Widerstand durch den Versuch der Blockade einer Zwangsräumung, haben Riots das Potential, aktiv die Situation zu bestimmen – und scheinen dabei wesentlich anschlussfähiger für Menschen zu sein, die (noch) nicht aus tiefer antikapitalistischer Überzeugung handeln.« Die anhaltende Debatte darüber böte die »traumhafte Chance, den Riot als politische Handlungsoption im direkten Austausch mit der – (bewusst oder unbewusst) sehnsüchtig auf Befreiung aus der alltäglichen Demütigung wartenden – Nachbarschaft auf den Plan zu rufen«.

Sind die Brandstifter und Plünderer von Hamburg also Leute, auf die wir alle (bewusst oder unbewusst) sehnsüchtig gewartet haben? Weniger ironisch gefragt: Wie hätte jene Nachbarschaft reagiert, wenn es Brandopfer gegeben hätte? Und was wäre geschehen, wenn ein gut organisiertes Terrorkommando die eskalierende Lage für Schüsse auf Polizisten genutzt hätte? Souverän ist nicht, wer den Ausnahmezustand herbeiführt, sondern wer ihn beherrscht. Die Hamburger »Riots« haben das Momentum des Widerstandes gegen G20 nicht politisch umgesetzt, sondern es gegen die Wand gefahren. Dass dabei wieder auch Bankfilialen »entglast« wurden, wird

manche Vorstände freuen. Argumente für weitere Filialschließungen und Entlassungen sind jederzeit willkommen.

Das »kollektive Subjekt« eines emanzipatorischen Aufstandes blieb ein bloßer Wunschtraum. Der »Riot« von Hamburg hat sein Ziel nicht erreicht – auch weil die viel beschworene »internationale Gemeinschaft« beim Politikertreffen ein Phantom blieb, ungreifbar und damit fast schon unangreifbar.

*Joshua Clover: Riot. Strike. Riot. The New Era of Uprisings. Verso, London/New York 2016, 224 S., 16,99 €.* – *Karl-Heinz Dellwo/Achim Szepanski/J. Paul Weiler (Hg.): Riot. Was war da los in Hamburg? Theorie und Praxis der kollektiven Aktion. Laika, Hamburg 2018, 268 S., 16 €.* – *Komitee 17: G20. Verkehrsprobleme in einer Geisterstadt. Nautilus Flugschrift, Edition Nautilus, Hamburg 2018, 98 S., 10 €.*



**Ulrich Baron**

ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

[ulrich.baron@t-online.de](mailto:ulrich.baron@t-online.de)

Beate Tröger

## Zwischen Blitz und Donner

### Über die Rolle des Biografischen in der Literatur

Allzu häufig kommt es im Literaturbetrieb nicht (mehr) vor, dass ein Buch oder eine Veranstaltung derart heftige Diskussionen auslöst, ja regelrecht für Aufruhr sorgt, wie es im Mai dieses Jahres bei der traditionsreichen Frankfurter Poetikvorlesung der Fall war. Eingeladen worden war der 1966 in der Schweiz geborene, heute in den USA lebende Christian Kracht, um über sein Schreiben zu sprechen. Kracht, der 1995 mit seinem Romanerstling *Faserland*, einer bitterbösen Deutschlandreise, schlagartig zum schillerndsten Autor der Popliteratur wurde und heute als einer der Erfolgreichsten der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur gilt, polarisiert. Seine Bücher werden bei Erscheinen stets heftig diskutiert. Seine Auftritte in der Öffentlichkeit sind selten und gehen stets mit großer Zurückhaltung vonstatten, insbesondere, wenn es um Privates und Biografisches geht. Kracht kontrolliert die Veröffentlichung seines Werks sehr genau, gilt als Virtuose der Selbstinszenierung.

Auch bei seinem Auftritt im Rahmen der Frankfurter Poetikvorlesungen unter dem Titel »Emigration« wurde Kracht seinem Ruf gerecht. Die Plakate, die sein Kommen ankündigten, zeigten ihn wettergegerbt, sein Porträt erinnerte an Fotos des Erfolgsautors Karl-Ove Knausgård. Kracht verfügte, dass keine Mitschnitte von der Vorlesung angefertigt werden, dass das Skript der Vorlesung, entgegen der Gepflogenheiten des Formats, nicht vorher an die Journalisten ausgegeben und (bis auf Weiteres) nicht gedruckt wird.

Am Beginn der ersten Vorlesung stand ein Bekenntnis. Doch zunächst brachte Kracht seine »unendlich tiefe Angst«, vor Publikum zu sprechen zum Ausdruck. Er werde von einem Skript ablesen, um nicht zu klingen wie ein »autistischer Säugling« – eine *captatio benevolentiae*, mit der der Autor sich als paradoxerweise auf der »Bühne«, in der öffentlichen Redesituation im Hörsaal, als bühnenuntauglich in Szene setzt und so im Vorlauf versucht, das Wohlwollen des Publikums zu erheischen.

Zur Vorbereitung auf die Vorlesung so Kracht, habe er alle seine Bücher noch einmal gelesen. Durch diese Aussage rückte er sich in gewisser Weise in die Rolle des Lesers, trat seine Autorschaft ein Stück weit in den Hintergrund, was, so könnte man sagen, die potenzielle Bereitschaft des Publikums erhöhte, sich auf die Situation noch bereitwilliger einzulassen, als es im Rahmen einer Poetikvorlesung ohnehin der Fall sein dürfte.

Anschließend berichtete Kracht von dem sexuellen Missbrauch, den er als zwölfjähriger Junge im kanadischen Lakefield College durch den 2009 verstorbenen Father Keith Gleed erfahren, in der Erinnerung aber über Jahrzehnte hinweg als »false memory« abgespeichert hatte. Er schilderte, wie er als einer von zahlreichen Schülern des Internats in die Gewalt des Geistlichen geriet, der die Internatszöglinge zunächst durch Freundlichkeit für sich einnahm, um sie anschließend zu missbrauchen. Der Schüler Kracht wurde gezwungen, die Hose ausziehen, dem Pastor den nackten Hintern zuzudrehen, sich mit Schlägen malträtieren zu lassen und dann Geräusche vernahm, die darauf schließen ließen, dass der Pastor sich selbst befriedigte. Nie habe er sich umgedreht, so Kracht, er habe die Erfahrungen in den »Tümpel der Erinnerung« verbannt. Der Versuch, sich am Telefon Hilfe bei den Eltern zu holen, verpuffte. Sie deklarierten die Schilderungen des Sohnes als Auswüchse seiner kindlichen Fantasie und trugen dazu bei, dass die reale Erfahrung ins Phantasmatische verschoben wurde.

Kracht setzte die erste Vorlesung fort, indem er seine eigenen Romane vor diesem Horizont neu deutete. Unter Bezugnahme auf Klaus Theweleits *Männerphantasien* aus dem Jahr 1977, der die Frage nach der Bildung von faschistischem Bewusstsein und die soldatische Prägung des Ichs ins öffentliche Blickfeld rückte, erklärte er, wie der ins Unbewusste verschobene Missbrauch von dort heraus dazu geführt habe, seine Romanhelden zum großen Teil als Personen vom »faschistischen Typ« zu inszenieren, die durch Prügel und militärischen Drill ein sekundäres Ich in Form eines »Körperpanzers« erworben haben. Mavrocordato oder Christopher aus 1979, Masahiko Amakasu aus *Die Toten* entsprächen fast idealtypisch dem faschistischen, soldatischen Ich, das Theweleit analytisch beschreibt.

Krachts Ausführungen wurden zu Recht als schockierende Enthüllung wahrgenommen. Ein Erfolgsautor als #MeToo-Opfer – die Reaktionen waren heftig und zahlreich. Im Hinblick auf das Bekenntnis sollte man jedoch im Auge behalten, dass in Krachts Schilderung Zeitungsartikel der Auslöser für die Einsicht waren, tatsächlich missbraucht worden zu sein, den Missbrauch aus der Sphäre des Traumatischen in die Sphäre des Sagbaren zu verschieben.

In seiner zweiten Vorlesung relativierte Kracht den traurigen Ernst seines Bekenntnisses: »Alles, was sich selbst zu ernst nimmt, ist reif für die Parodie, auch diese Vorlesungsreihe«. Die Anwesenden und die Leser der Berichterstattung über

die Poetikvorlesung konnten schier mit Händen greifen, wie sich die Betroffenheit angesichts des schwerwiegenden Missbrauchsbekenntnisses ein Stück weit in Irritation verwandelte, angesichts eines »Grenzgang[s] zwischen Offenbarung und (juristisch sanktionierter) Verbergung«, wie die Literaturwissenschaftlerin Claudia Dürr die Redesituation treffend in ihrem online nachlesbaren bilanzierenden Text »Dabeisein ändert alles? Die Aufregung um Christian Krachts Poetikvorlesung in der Mediennachlese« beschrieben hat.

Was blieb und bleibt, waren offene Fragen, waren Reaktionen der Betroffenheit und des Zweifels gleichermaßen, war auch die Frage, ob man nun also, wie ich es selbst nach dem Besuch der ersten Vorlesung angenommen und vertreten habe, das Werk Krachts neu und auf der Folie dieser schrecklichen biografischen Umstände neu lesen soll?

Jeder Autor tritt gleichermaßen als existierende und sozial verantwortliche Person in die Öffentlichkeit und als Produzent eines Diskurses. Die Äußerungen von Kracht zum Missbrauch sind also auf zwei Ebenen lesbar, einmal als Bekenntnis der existierenden Person Kracht und deren Beitrag zur nachvollziehbar stark emotional aufgeladenen Diskurses über Missbrauch im Kontext der #MeToo-Debatte. Indem Kracht sich in seiner Vorlesung auf einen die Medien beherrschenden Diskurs derart bezog, als er ihn zum Auslöser der Entdeckung seiner eigenen Missbrauchserfahrung erklärte, machte er das Publikum einerseits darauf aufmerksam, wie stark mediale Einflüsse wirken können, und wie durch diese Debatte die Frage stärker in den Vordergrund tritt, inwiefern sich die Rezeption von Kunst und Literatur vom Ästhetischen ins Moralische verschiebt – eine Frage, die in der Folge von #MeToo vorher in Artikeln wie »What Do We Do with the Art of Monstrous Men?« von Claire Dederer in *the Paris Review* vom November 2017 oder in »Geniale Monster« von Hanno Rauterberg in der *ZEIT* (6/18) wiederholt aufgeworfen worden war.

Die Ungewissheiten, die Krachts Vorlesung in ihrem Wechsel aus Bekenntnis und Geheimnis, aus eigener und fremder Rede, hinterlassen, können also unter anderem dazu führen, in der Literaturkritik und in der literarischen Interpretation die Trennung von Autor und Werk, von biografischen Realien und ästhetischen Eigengesetzlichkeiten nicht vorschnell ineinander zu verschränken, das sprechende Ich eines Textes nicht mit einem sprechenden Ich eines literarischen Textes gleichzusetzen.

Auch Bodo Kirchoffs jüngster »Roman der frühen Jahre« *Dämmer und Aufruhr*, ein autobiografisches Werk, in dem von Missbrauch die Rede ist, und der, anders als Krachts Romane, offen autobiografisch ist, da der Autor und der Erzähler den gleichen Namen tragen, stößt aus einer anderen Richtung solche Überlegungen an. Er beginnt mit der Frage: »Wer spricht da, wenn einer von früher erzählt, sagt Es war einmal?« Die Frage bringt mit der Erzählformel »Es war einmal« das märchenhafte Moment zum Ausdruck, das jeder, insbesondere aber der literarischen Erinnerung innewohnt, auch und, so muss man sagen, gerade wenn sie den Anspruch transportiert, eine Wahrheit zu ergründen. Kirchoffs Roman ist, wie Krachts Poetikvorlesungen, eine höchst empfehlenswerte Lektüre, wenn es darum geht, sich das ganze Differenzierungsvermögen literarischen Erzählens zu vergegenwärtigen und das komplexe Wechselverhältnis von Ästhetik und Moral genauer zu beleuchten. In *Dämmer und Aufruhr* ist das Schreiben ein unablässiger

Versuch, der das Ziel stets verfehlen muss, um dessen Erreichen der Schreibende aber ständig ringt. Er ringt um Worte, die eine »sprachlose Wahrheit« fassen, »eine Brücke zum Wahrscheinlichen« schlagen. Literatur ist in ihrem Oszillieren zwischen Fiktion und Faktischem Ausdruck von Aufruhr, sie ruft, indem sie die Spannungen zwischen Empirie, Erinnerungen und Einbildungskraft im Medium der Sprache differenziert betrachtet, den Aufruhr hervor. Darin liegt, jenseits aller an die Person des Autors gebundenen Posen und Inszenierungen, ihr Vermögen – eine Vorstellung, die auch Christian Kracht in seiner ersten Poetikvorlesung und in einer anderen Tonlage artikuliert, als er aus Walter Benjamins »Über den Begriff der Geschichte« zitierte: »Das wahre Bild der Vergangenheit huscht vorbei. Nur als Bild, das auf Nimmerwiedersehen im Augenblick seiner Erkennbarkeit eben aufblitzt, ist die Vergangenheit festzuhalten«. Benjamin leitete daraus ab: »In den Gebieten, mit denen wir es zu tun haben, gibt es Erkenntnis nur blitzhaft. Ein Text ist der lang anhaltende Donner«.



#### **Beate Tröger**

hat Germanistik, Anglistik und Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft studiert. Sie lebt in Frankfurt am Main, wo sie als freie Kritikerin vor allem für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und den *Freitag* tätig ist.

[troegerb@gmx.de](mailto:troegerb@gmx.de)

*Peter Brandt*

## **Arbeiter und Soldat**

### **Die Widerstandstätigkeit des Berliner Juden Martin Month**

Spezialisten der Geschichte des Widerstands gegen das »Dritte Reich« seitens der deutschen linkssozialistischen Klein- und Zwischengruppen ist schon lange die Existenz einer an Wehrmachtssoldaten in Frankreich gerichteten illegalen trotzkistischen Zeitschrift mit dem Titel *Arbeiter und Soldat* bekannt. Die aus der Zeit zwischen Juli 1943 und Juli 1944 erhaltenen sechs Ausgaben sowie ein lückenhaftes Fragment wurden jetzt erstmals für deutsche Leser/innen ediert.

Im Unterschied zu fast allen anderen politischen Strömungen des Sozialismus entfalteten die Autoren dieser Zeitschrift seinerzeit ein politisches Projekt, das – in Analogie zur Position der äußersten Linken im Ersten Weltkrieg – unmittelbar auf die internationale proletarische Revolution zielte und den Krieg im Süden und Westen Europas 1943/44 als innerimperialistischen Konflikt begriff. (Auch das Regime Josef Stalins in der Sowjetunion wurde abgelehnt, doch galt hier die Doktrin Leo Trotzki vom »bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat«: Die »sozialen Grundlagen« der UdSSR seien unbedingt zu verteidigen und damit der Sowjetstaat gegen den deutschen Angriff.)

Es ging bei der defätistischen Propaganda unter den deutschen Soldaten, die an den alltäglichen Sorgen und Problemen der Landser ansetzte, deren Schilderungen aber

mit Parolen verband, die denen der Bolschewiki von 1917 entlehnt waren, also nicht darum, die bevorstehende bzw. stattgefundene Invasion der Briten und Amerikaner zu unterstützen. Vielmehr galt es, ihr zuvorzukommen bzw. sie durch Verbrüderung der deutschen mit den alliierten Soldaten zu konterkarieren: »Die Frage heißt nicht: Hitler oder Eisenhower, sondern: Wer schlägt Hitler? Eisenhower oder das deutsche Proletariat.« Immer wieder wurden die Wehrmachtssoldaten aufgerufen, sich auf die Seite von streikenden Arbeitern im besetzten Westeuropa zu stellen, wie umgekehrt antideutscher Chauvinismus und individueller Terror gegen Besatzungssoldaten als der Arbeiterbewegung fremde und kontraproduktive Kampfformen verurteilt wurden.

Welche Wirkung *Arbeiter und Soldat* hatte, ist nach wie vor schwer zu beurteilen. Skepsis ist angebracht, auch wenn es gute Gründe gibt, die heute verbreitete Vorstellung einer nahezu komplett nazifizierten »Volksgemeinschaft«, insbesondere innerhalb der Armee, zu bezweifeln. Die Zeitschrift ging vom Weiterwirken des durch die Niederlage von 1933 lediglich verschütteten Klassenbewusstseins bei großen Teilen der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter aus, an das appelliert werden konnte. Immerhin schien die Existenz einiger oppositioneller Zirkel, namentlich in der deutschen Garnison in Brest (Bretagne), gesichert. Als sie aufgedeckt wurden, wurden etliche Beteiligte im Oktober 1943 zusammen mit französischen Aktivisten hingerichtet, insgesamt mindestens zehn Soldaten.

Die Idee einer deutschen sozialistischen Revolution, beginnend mit dem Sturz Adolf Hitlers, und letztlich die Weltrevolution auslösend, erwies sich in der konkreten historischen Situation als Hirngespinnst – und das nicht nur und nicht einmal in erster Linie wegen der Kriegführung (z. B. Flächenbombardements) und der Politik (u. a. die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation) der Anti-Hitler-Koalition.

Die Edition von *Arbeiter und Soldat* macht den zweiten Teil eines Buches aus, in dessen erster Hälfte Wladek Flakin aufwendig die Biografie eines der Hauptakteure rekonstruiert, und das ist eine faszinierende Geschichte. Hans Monath, Jahrgang 1913, wuchs als Sohn eines ostjüdischen Kleinhändlers in Berlin auf und schloss sich einer linkszionistischen Jugendorganisation an, die die Ausreise nach Palästina propagierte und vorbereitete. Wegen dieser Orientierung wurden zionistische Bestrebungen im nationalsozialistischen Deutschland noch jahrelang als legal geduldet. Monath (»Monte«) studierte Mathematik an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg; er scheint ein hochintelligenter, vielseitig begabter und energischer junger Mann gewesen zu sein. Als Jugendleiter im Verband Hashomer Hatzair (Der junge Wächter) machte er auch Bekanntschaft mit marxistischen Schriften und, weil in hebräischer Übersetzung vorliegend, sogar mit einem Ende 1933 legal nach Deutschland gelangten Text Leo Trotzki's. Wie Monath kamen auch andere europäische Trotzki'sten, in Deutschland etwa Jakob Moneta und Rudolf Segall, ursprünglich vom linken Zionismus; der Übergang erfolgte indessen nicht ohne politischen Bruch.

Der staatenlose Monath zog 1936 mit seiner jungen Freundin nach Polen, kehrte aber 1938 nach Berlin zurück, von wo er im Mai 1939 nach Brüssel ausreiste. Sein Plan, in Paris das Studium fortzusetzen, ließ sich nicht verwirklichen; er lebte jahrelang unter der deutschen Besatzung in Brüssel, wo er schnell Kontakt zu An-

gehöriger der 1938 gegründeten Vierten Internationale fand und sich dann in der belgischen Sektion engagierte. Offenbar übernahm Monath schnell deren politische Positionen, insbesondere die zum begonnenen Zweiten Weltkrieg: Nicht zwischen Faschismus und Demokratie (was Trotzlisten durchaus zu unterscheiden wussten) ginge das Ringen, sondern um die Neuaufteilung der Welt zwischen den kapitalistischen Imperialismen.

Inzwischen illegal nach Paris übergesiedelt, gehörte Monath seit Sommer 1943 einem provisorischen Europäischen Sekretariat der Vierten Internationale an, das ihn beauftragte, mit revolutionär-sozialistischer Zersetzungsarbeit in der deutschen Wehrmacht zu beginnen. Im großen Kriegshafen Brest (Bretagne) entstand zunächst eine hauptsächlich von deutschen Soldaten selbst geschriebene und gestaltete, mithilfe französischer Trotzlisten vervielfältigte und verbreitete Zeitung. Im Unterschied zu den Ausgaben im Sommer und Herbst 1943 – bis zur Enttarnung der Soldatenkomitees und des überwiegenden Teils der französischen trotzkistischen Organisation, die Rede ist von rund 100 Verhafteten – dienten die ab Mai 1944 erscheinenden Nummern von *Arbeiter und Soldat* der breiteren Agitation unter den deutschen Soldaten: »Bei euch liegt die Entscheidung!« Es gelte, sich subversiv zu organisieren und letztlich die Waffen umzudrehen, statt individuell zu desertieren.

Monath war der Verhaftungswelle im Oktober 1943 entkommen – hier wie bei allen seinen abenteuerlichen Unternehmungen bewies er in bemerkenswerter Weise Kaltblütigkeit und Geschick, möglicherweise begünstigt durch eine im Februar 1939 in Berlin erzwungene Namensänderung – und vorübergehend erneut nach Belgien ausgewichen, doch am 13. Juli 1944 ging auch er in Paris der kollaborierenden französischen Polizei ins Netz und wurde an die Gestapo ausgeliefert. Mit zwei Pistolenschüssen im Wald von Vincennes vermeintlich getötet, wurde er schwer verletzt gefunden, ins Krankenhaus gebracht und operiert, nach seiner erneuten Entdeckung durch die Gestapo jedoch endgültig umgebracht, bevor ihn seine Genossen hätten aus dem Hospital schaffen können.

Die vom Autor gelieferte biografische Skizze – mehr ist aufgrund der sehr fragmentarischen Quellenlage offenbar nicht machbar – ist inhaltlich und schriftstellerisch gut gelungen. So sehr die Schilderung von Empathie und Sympathie getragen ist, ist doch keine blinde Hagiografie entstanden, und es wird die gebotene Distanz des Historikers im arbeitstechnisch-methodischen Sinn beibehalten. Nicht in jedem Fall sachgerecht sind die Kommentare, die jenseits des Themas im engeren Sinn angesiedelt sind, wenn etwa Karl Kautskys Position zum Ersten Weltkrieg als Kriegsunterstützung bezeichnet wird. Aber das kann hier nicht schwer wiegen.

*Wlodek Flakin: »Arbeiter und Soldat«. Martin Monath – Ein Berliner Jude unter Wehrmachtssoldaten. Schmetterling, Stuttgart 2018, 196 S., 14,80 €.*



#### **Peter Brandt**

ist Professor (i. R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatos-Instituts (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen. In der edition bodoni erschien zuletzt der zweiteilige Sammelband »Freiheit und Einheit«.

[peter.brandt@fernuni-hagen.de](mailto:peter.brandt@fernuni-hagen.de)

**Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von**

Kurt Beck, Jürgen Kocka, Thomas Meyer, Bascha Mika, Andrea Nahles,  
Angelica Schwall-Düren und Wolfgang Thierse

**Redaktion**

Thomas Meyer (Chefredakteur und verantwortlich), Jana Heisel, Hanjo Kesting,  
Dirk Kohn, Klaus-Jürgen Scherer, Clemens Kind (Internet)

**Redaktionsberater**

Peter Brandt, Johano Strasser

**Anschrift Redaktion**

Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, T (030) 26935 7151, -52, -53  
F (030) 26935 9238, [www.ng-fh.de](http://www.ng-fh.de), [ng-fh@fes.de](mailto:ng-fh@fes.de)

**Redaktionsbeirat**

Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Eckhard Fuhr, Susanne Gaschke, Gerhard Hofmann, Richard Meng, Wolfgang Merkel, Siegmars Mosdorf, Herfried Münkler, Karsten Rudolph, Hans-Joachim Schabedoth, Thorsten Schäfer-Gümbel, Beate Tröger, Volker Ullrich, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Christoph Zöpel

**Verlag**

Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn,  
T (0228) 184877-0, F (0228) 184877-29, [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)  
Geschäftsführer: Uwe Optenhögel, Amtsgericht Bonn HRB887,  
Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 122118114

**Bezugsbedingungen**

Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag.

Vertrieb: Heidemarie Pankratz ([heidemarie.pankratz@dietz-verlag.de](mailto:heidemarie.pankratz@dietz-verlag.de))

Die NG/FH erscheint zehnmal im Jahr (Heft 1+2 und 7+8 als Doppelheft).

ISSN 0177-6738.

Einzelheft: € 5,50; Doppelheft: € 10,80 (zzgl. Versand); Jahresabonnement: € 50,60 (frei Haus). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

**Anzeigen**

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 5.7.2018, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH  
Mareike Malzbender ([mareike.malzbender@dietz-verlag.de](mailto:mareike.malzbender@dietz-verlag.de))

**Gestaltungskonzept**

tiff.any GmbH, Berlin

**Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung**

Limberg Druck GmbH, Kaarst

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.